

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Mittwoch, den 17. August 1910.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement-Preis halbjährlich: 3,50 RM, monatlich 1,10 RM, wöchentlich 26 Pf., frei ins Haus. Einzelne Nummer 6 Pf., Sonntagsnummer mit Wochenspiegel 10 Pf., Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich: 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Ercheint täglich außer Montags.

Die Interlions-Gebühr
Beträgt für die hochgelehrten Kolonialgelehrten oder deren Assistenten, für politische und gesellschaftliche Vereinstag- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf., „Kleine Anzeigen“, das erste (letztgedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf., Stellenangebote und Stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf., Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Tarife für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Ein perfider Anschlag.

Der Freiherr v. Jeddly ist während der letzten Wahlrechtskampagne mit heissem Eifer bemüht gewesen, als „ehrlicher Kaffler“ die bürgerlichen Parteien des Abgeordnetenhauses auf eine Wahlreform zu einigen, bei der die Interessen des Geldbesitzes nach Möglichkeit gesichert gewesen wären. Die Raffertätigkeit des gerissenen reaktionären Drahtziehers scheiterte jedoch an der Haltung des blauschwarzen Blokes einerseits und dem Widerstand der Nationalliberalen auf der anderen Seite. Das Zentrum hatte sich von vornherein unter Verzicht nicht nur auf seine programmatischen Forderungen, sondern auch auf jede bescheidenste Teilreform so ungestüm in die Arme der Konservativen geworfen, daß diese schließlich auch dem Zentrum aus Dankbarkeit die Treue hielten, als es galt, dem Zentrum zuliebe an der Steuerdrittteilung nach Umrwahlbezirken festzuhalten. Diese Form der Steuerdrittteilung war aber schließlich der schwerste Stein des Anstoßes, auf dessen Hinwegräumung die Nationalliberalen, die um diesen Preis wahrscheinlich ihre „liberalen“ Forderungen preisgegeben hätten, nicht verzichten wollten. So war denn eine Einigung des blauschwarzen Blokes mit den sogenannten Mittelparteien ausgeschlossen.

Nun hat aber die Regierung inzwischen ausdrücklich erklärt, daß sie in absehbarer Zeit eine neue Wahlrechtsvorlage einzubringen gedenke. Das verstand sich von selbst, auch wenn es sich nicht um die Einlösung eines feierlichen Versprechens der Krone gehandelt hätte, denn daß sich das preussische Volk auf die Dauer die Dreiklasseninfamie nicht länger gefallen lassen würde, das hatten ja die Wahlrechtskündigungen der letzten Jahre nur zu eindringlich bewiesen. Wenn aber eine neue Wahlrechtsvorlage kommt und sie nicht wieder ebenso kläglich scheitern soll, wie das letzte Mal, gilt es für die reaktionären Parteien, trotz aller entgegengesetzten Interessen im einzelnen doch zu einem Kompromiß zu gelangen, das, wenn es auch keine der Parteien allzusehr befriedigt, doch durch die Hintertreibung einer wirklichen Wahlreform die gemeinsamen Interessen der Kapitalistenklasse nach Möglichkeit schützt.

Herr v. Jeddly hat sich nun daran gemacht, ein solches Wahlkompromiß auszutüfteln, auf das sich seiner Ansicht nach sowohl Zentrum und Konservative als auch Freikonservative und Nationalliberale einigen können. Und man muß gestehen, daß die Rechnung des Oberscharfmachers gar nicht so übel ist, daß es vielmehr in der Tat auf der von dem Freiherrn v. Jeddly empfohlenen Wais sehr leicht zu einer Verständigung der reaktionären Parteien kommen könnte, wenn nicht — die Waffen der Entrechteten auf der Hut sind und rechtzeitig durch eine noch wichtigere Wahlrechtsbewegung, als sie das Jahr 1910 gesehen hat, den Kuhhandel der reaktionären Wahlrechtsverräter zu durchkreuzen verstehen!

Es versteht sich von selbst, daß der Freiherr v. Jeddly jeden Gedanken der Einführung des Reichstagswahlrechts weit von sich weist. Er unterstellt dabei den bürgerlichen Parteien, daß auch keine einzige von ihnen im Ernste an eine Übertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen denkt! Den Sozialdemokraten allerdings sei die Forderung der unvorzähligen Einführung des Reichstagswahlrechts bitterer Ernst. Denn:

„Sie erhoffen von diesem die Vorherrschaft des Proletariats und damit die freie Verfügung über den Hauptteil dessen, was andere erworben haben, zum wirtschaftlichen Nutzen des Letzteren“.

In seiner Absicht, die bürgerlichen Parteien durch die Furcht vor einer sozialistischen Expropriation zusammenzuführen, hat Herr v. Jeddly hier neben einer seiner bekannten Impertinenzen auch eine anerkennenswerte Wahrheit ausgesprochen. Er hat hier anerkannt, daß die Sozialdemokratie tatsächlich die Demokratie in Preußen erstrebt, um die Lage der übergroßen Mehrheit des Volkes wirtschaftlich zu heben — eine Auffassung, die sich von den üblichen reichsverbändlerischen Kreismissemen ganz erfreulich abhebt. Nur darin irrt er sich freilich, wenn er meint, die Sozialdemokratie wolle mittels des gleichen Wahlrechts das, was andere erworben haben, zum wirtschaftlichen Nutzen des Proletariats, das heißt der großen Volksmehrheit, verwenden. Die Sache verhält sich vielmehr gerade umgekehrt: Gerade durch das infame Dreiklassenwahlrecht will ja die Kapitalistenklasse die freie Verfügung über die Reichtümer, die andere, nämlich die Proletarier, geschaffen haben, zum wirtschaftlichen Nutzen einer kleinen kapitalistischen Minderheit aufrechterhalten!

Aber der Freiherr von Jeddly rechnet mit seiner grundverkehrten Darstellung der Verhältnisse ja auch nicht auf den Beifall der unter dem Doppeljoch der kapitalistischen Ausbeutung und der politischen Entrechtung seufzenden Volksmehrheit, sondern auf die Ausbeuter- und Herrschaftsinстинkte der kapitalistischen Parteien!

Scharf abweisend verhält sich Herr v. Jeddly auch einem Pluralwahlrecht gegenüber, das ihm nach den tatsächlichen Erfahrungen allzu gefährlich erscheint. Dagegen gibt er zu, daß sich nicht nur das öffentliche Stimmrecht nicht mehr aufrecht erhalten lasse, sondern auch das indirekte Wahlrecht. Die vom blauschwarzen Bloke vorgenommene Verbindung von indirektem Wahl und geheimer Stimmabgabe biete schwerlich noch Aussicht auf die Dauer. Ob die direkte Wahl gleich oder erst nach einer Anstands-pause der öffentlichen Stimmabgabe in den Ortus folge, hänge von der allgemeinen politischen Lage zur Zeit der Entscheidung ab, sei aber im allgemeinen nicht von Erheblichkeit. Müße man aber mit der Wahrscheinlichkeit rechnen, daß bei der endgültigen Neuordnung des Wahlrechts die Wahl direkt und die Stimmabgabe geheim sein werde, so komme alles auf die richtige Verteilung der Wähler in die Wahlabteilungen an.

Man sieht: Herr v. Jeddly hat sich mit dem Gedanken vertraut gemacht, daß die geheime und direkte Wahl zugestanden werden müsse. Das hält er auch nicht für das wesentliche. Ganz richtig ist er der Meinung, daß das Zugeständnis der geheimen und der direkten Wahl den entrechteten Volksmassen noch verzeihlich wenig nützt, ihnen zum mindesten noch keinerlei politischen Einfluß einräumt, wenn das Dreiklassenwahlrecht auch nur annähernd in der alten gleichen Niedertracht aufrecht erhalten wird.

Dies Dreiklassenwahlrecht aber, das ist der Kern der Ausführungen unseres Scharfmachers, müsse unter allen Umständen in einer Form aufrechterhalten werden, die den Gefahren der Demokratie ein für alle Male einen Niegel vorschleibe. Und da nimmt nun Herr v. Jeddly einen alten Gedanken wieder auf. Er schreibt:

„Anstatt durch Drittelung erfolgt die Bildung der Wahl-abteilungen, abgesehen von der Zuweisung von sogenannten Kulturträgern, durch Festsetzung eines Mindesteinkommens für die Begrenzung der ersten und zweiten Abteilung nach unten. Alle Wähler, welche das Mindesteinkommen für die erste Abteilung und darüber haben, sind dieser, diejenigen, welche weniger, aber noch das Mindesteinkommen für die zweite Abteilung oder mehr besitzen, der zweiten Abteilung und die übrigen der dritten Abteilung zuzuwenden. Reichtum und Mittelstand bilden die Nichtlinien für die Festsetzung der Mindesteinkommen. In Umrwahlbezirken, in welchen Wähler erster oder selbst zweiter Abteilung fehlen, wird die erste Abteilung durch die höchstbesteuerten Wähler in der doppelten Zahl der zu wählenden Wahl-männer, die zweite durch die alsdann höchstbesteuerten Wähler etwa in der fünffachen Zahl der zu wählenden Wahl-männer gebildet.“

Vom Standpunkt des Scharfmachertums aus hat diese Lösung der Drittungsfrage entschiedene Vorzüge. Sie ermöglicht es, das Proletariat in seiner großen Mehrheit ein für allemal und über das ganze Land in die dritte Klasse zu verbannen, wo sie so gut wie völlig einflusslos ist. Auch hofft man dadurch, daß man den Mittelstand und alle sogenannten Kulturträger in die zweite, die Letzteren eventuell auch in die erste Klasse bringt, diese bei dem heutigen Wahlsystem zum guten Teil ebenfalls zur dritten Klasse gehörigen Elemente von der Masse der Wahlrechtsbelosten loslösen und für die fernere Wahlrechtsbewegung neutralisieren zu können!

Trotz des geheimen und direkten Wahlrechts würde dann die in ihrer übergroßen Mehrheit auf die dritte Klasse verwiesene Arbeiterschaft politisch vollständig recht- und einflusslos sein, weil ja nur dann die dritte Klasse ein Mandat zu er-obern vermöchte, wenn sie auch die Mehrheit der Wähler der zweiten Klasse zu gemeinsamem Vorgehen veranlassen könnte. Man braucht also bloß das Mindesteinkommen für die zweite Klasse entsprechend hoch anzusetzen, um dem Proletariat jede Möglichkeit der Eroberung auch nur einiger Mandate, geschweige denn eines maßgebenden politischen Einflusses zu berauben!

Wäre aber nicht eine Reform, die zwar das geheime und direkte Wahlrecht bietet, die gewisse Schichten des Mittelstandes aus der dritten Klasse emporhebt, dabei aber an der Diktatur des Geldbesitzes und der Rechtlosigkeit der Arbeiter nicht das geringste ändert, gewissermaßen das Ideal aller kapitalistisch interessierten Parteien!

Bei einer solchen Drittelung fiele auch der Streit, ob nach Umrwahlbezirken oder größeren Bezirken geteilt werden sollte, vollständig weg. Der Streitpunkt zwischen Zentrum und Nationalliberalen wäre also beseitigt, und beide Parteien könnten nunmehr Schulter an Schulter gegen die Volksrechte ankämpfen!

Unzweifelhaft hat also der Kriegsplan des Freiherrn v. Jeddly außerordentlich viel Bestechendes für unsere reaktionären Parteien. Und es wäre nicht ausgeschlossen, daß er auch tatsächlich unter der Protektion des Herrn v. Bethmann Hollweg realisiert werden könnte, wenn nicht die Opfer eines solchen Anschlags beizeiten alles auf-bieten, ein solch perfides Wahlrechtsattentat zu vereiteln!

Bayerischer Parteitag.

In Ergänzung unseres gestrigen telegraphischen Vorberichts geben wir heute die folgenden eingegangenen Meldungen.

Erlangen, 13. August. (Eig. Ber.)

Der bayerische Parteitag tritt bekanntlich in der Regel nur alle zwei Jahre zusammen. Er tagt diesmal in dem freundlichen Anversitätstädtchen Erlangen, gelegen in einem der überwiegend protestantischen Frankenkreise. Der Landesparteitag ist, wie das in der geographischen Lage des Versammlungsortes be-gründet ist, überwiegend von Delegierten aus Nordbayern besucht, welche Tatsache den Charakter der Debatten und Beschlüsse nicht unwesentlich beeinflusste.

Nach den üblichen Vorbereitungen und Einleitungen erstattete der Landessekretär den Bericht des Landesvorstandes. Die De-batte zog sich recht lange hin und verteilte mit besonderer Vor-liebe bei einer Resolution, die, im Sinne des Landesvorstandes gestellt, gegen die Agitation der Freidenker sich richtete. Die Resolution sollte ein Kommentar zu dem Parteiprogramm „Religion ist Privat-sache“ sein. Sie war veranlaßt durch eine zweifellos außerordentlich ungeschickte, taktlose und die Sache selbst schädigende Agitation der Freidenker in dem katholischen Südbayern und durch eine nicht zu billigende Übertragung der Frei-denkerpropaganda auf die Parteibewegung und die Parteiorganisationen.

Gegen die Resolution erhob sich ein lebhafter Widerspruch, besonders aus den mehr protestantischen Gegenden Nordbayerns und der Pfalz. Man hielt sie für vollständig überflüssig, weil das, was in Hinsicht auf unsere Stellung zur Religion im Parteiprogramm niedergelegt sei, vollständig genüge. Auch kam das weitere Bedenken zum Ausdruck, daß durch die Annahme der Resolution die Freidenkerbewegung schlechter behandelt würde, als die Religionsgesellschaften. Man sagte: Wenn auch von unserm Partei-standpunkt daran festzuhalten ist, daß die Freidenkerbewegung mit unserer politischen Bewegung nichts zu tun haben darf, so besteht doch kein Grund, ihr gegenüber unsern Neutralitätsstand-punkt zu verlassen.

Die Resolution wurde schließlich, nachdem man sich auf Grund der Diskussion zu einer Milderung derselben verstanden, nahezu einstimmig angenommen. Sie lautet in ihrer endgültigen Fassung:

„Punkt 6 des allgemeinen Parteiprogramms, der die völlige Neutralität unserer Partei gegenüber allen religiösen und konfessionellen Fragen ausspricht, garantiert die völlige Freiheit der religiösen Überzeugung. Demnach lehnt die Partei jede Einmischung in religiöse und konfessionelle Angelegenheiten, die sie als Dingersache jedes Einzelnen erachtet, entschieden ab.“

Erlangen, 14. August. (Eig. Ber.)

Auch der zweite Verhandlungstag verläuft in voller Harmonie. Der eine Hauptgegenstand ist die Revision des Parteistatuts. Zu-meist handelt es sich um formelle oder unbedeutende Änderungen. Interesse erweckte ein Antrag Nürnberg, der sich auf die Wahl des Landesvorstandes bezog.

Bisher herrschte bei der Zusammensetzung des Landesvorstandes, allerdings nicht strenge durchgeführt, das Prinzip der Zentralisation. Vorort war München, und München stellte bisher von den neun Mitgliedern sieben, während die Gaue Nordbayern und Pfalz mit je einem Vertreter bedacht waren. Nun rebellierte Nordbayern gegen das numerische Uebergewicht Südbayerns, d. h. Münchens, und verlangte in dem Vorstand eine seiner Organi-sationsstärke entsprechende Vertretung. Es ist klar, daß man die Forderung der Nürnberger so begründen kann, wie es geschehen ist. Doch zeigte der ganze Verlauf der Debatte, daß die Ursache des Vorgehens der Nordbayern auch in sachlichen Meinungs-unterschieden liegt. Es handelt sich dabei nicht um grund-sätzliche Fragen, so daß es viel zu weit ginge, von einer Donau-linie in Bayern zu sprechen. Immerhin steht soviel fest, daß der Gau Nordbayern die schärfere Richtung vertritt, daß zwischen Süd- und Nordbayern eine gewisse Spannung besteht, vielleicht ein Rückstand des Budgetstreites vor zwei Jahren.

Der Landessekretär wehrte sich entschieden gegen den Nürn-berger Antrag und sah in der Tendenz desselben ein Mißtrauens-votum gegen den bisherigen Landesvorstand. Der Landessekretär unterlag mit den Südbayern in der Abstimmung des Nord-bayern, zu denen als Hilfstruppen die Pfälzer gestoßen waren. Diese verschlossen sich nicht der Erkenntnis, daß es nur der Gerech-tigkeit und Billigkeit entspricht, wenn die Nordbayern eine stärkere Vertretung im Landesvorstand erhalten.

Die Vorstandswahl ergab also eine stärkere Vertretung Nordbayerns in dem Landesvorstand. Es wird anstatt eines Vertreters jetzt deren drei erhalten. 1. Vorsitzender ist v. Bollmar, 2. Vorsitzender Müller-München, Landes-sekretär Auer. Als Beisitzer sind gewählt Reith-München, Treu und Simon-Nürnberg. Dazu kommen jetzt noch drei Beisitzer, welche von den einzelnen Gauen zu wählen sind.

Erlangen, 15. August. (Eig. Ber.)

Der Nachmittag des zweiten und der Morgen des dritten Verhandlungstages brachte den parlamentarischen Be-richt der Landtagsfraktion. Er wurde erstattet durch die Ge-nossen Müller, Haller und Segiß, die der Reihe nach über die „Allgemeine Politik“, die „Steuerpolitik“ und die „Sozial-politik“ referierten.

Die drei Referate gewährten ein vortreffliches Bild der un-ermüdbaren, aber gänzlich unfruchtbaren Tätigkeit unserer Land-tagfraktion in der verflochtenen Session. Genosse Adolf Müller gab in seiner scharf-sarkastischen Art eine Darstellung der poli-tischen Lage, wie sie durch die abgelassene parlamentarische

Session in Bayern geschaffen wurde. Nach seiner Auffassung, die er durch eine Reihe von Tatsachen stützt, hat in Bayern ein völliger Umschwung in der Politik der maßgebenden Zentrums-Partei stattgefunden. Jeder demokratische Gedanke sei aus der Politik des Zentrums verschwunden, die Reaktion herrsche unumschränkt. Genosse Müller, wie auch die zwei anderen Referenten weisen darauf hin, daß die selbstverständliche Folge der neuen politischen Lage in Bayern eine scharfe Kampfesstellung gegen das Zentrum sein müsse.

Dieser Gedanke kam scharfer noch als bei Genossen Müller zum Ausdruck in der Steuerrede des Genossen v. Haller. In großen Zügen charakterisierte dieser die ungerechte, rücksichtslose und arbeitserfeindliche Steuerpolitik des Zentrums in der letzten Session des bayerischen Landtages. Er wies auch darauf hin, daß der bayerische Kammerliberalismus dabei eine bedauernd wertvolle Rolle gespielt und sich mitschuldig an der Ausbeutung des Volkes gemacht habe.

Genosse Segib wußte den jetzt unverhüllt gutagete tretenden reaktionären Charakter der Zentrums-Partei auf dem Gebiete der Sozialpolitik an einer Reihe von Vorgängen im Parlamente deutlich zu illustrieren. Auch auf diesem Gebiete eine vollständige Umkehr der Zentrums-Partei innerhalb weniger Jahre!

Die wohl allgemeiner erwartete Budgetdebatte blieb vollständig aus, und es war gut so. Ueber diese Angelegenheit entscheidet der deutsche Parteitag zu Magdeburg und es hätte nicht zur friedlichen Erledigung beigetragen, wenn schon auf dem bayerischen Parteitag eine scharfe Auseinandersetzung stattgefunden hätte.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 16. August 1910.

Die Wahlbewegung im Kreise Bschopau-Marienberg.

Aus dem Wahlkreise wird uns geschrieben: Mittwoch nächster Woche wird die Wahlschlacht geschlagen. Der Kampf der Parteien wird immer heftiger. Die Gegner der Arbeiter machen wilde Anstrengungen, den Sieg der Sozialdemokratie zu verhindern. Das schädliche Mittel des Saalabtreibens ist ihnen gerade recht, um zu verhindern, daß unser Kandidat, Genosse Göhrke, zu den Wählern sprechen kann. Besonders in der Amtshauptmannschaft Marienberg steht die Praxis in Blüte. Die Amtshauptmannschaft hat 41 Wahlbezirke, nur in 12 Orten konnte die Sozialdemokratie Säle und in sieben Orten Grundstücke erhalten. Die Behörde erhebt entgegen der Bestimmung des Reichsvereinsgesetzes auf Grund eines alten sächsischen Regulativs Gebühren von 5—10 M. für Versammlungsammlungen. In und um Wolkstein können keine Versammlungen abgehalten werden. Kommen Grundstücke in Frage, dann wird den Besitzern, die Hypotheken von Sparcassen haben, damit gedroht, daß ihnen die Hypotheken gekündigt werden.

In Geringswalde bei Wolkstein kam der Gemeindevorstand in den Gasthof, wo die Partei schon wiederholt Versammlungen abgehalten hat, um zu fragen, ob wieder sozialdemokratische Versammlungen abgehalten würden. Wenn das der Fall sei, würde das Wahllokal wo anders hin verlegt werden. So beteiligt sich auch die Behörde am Saalabtreiben. In Griebach bei Scharfenstein, wo sonst die Wahlen im Gasthof stattgefunden haben, wurde, nachdem die Sozialdemokratie dort eine Versammlung abgehalten hatte, das Wahllokal in ein anderes Restaurant verlegt. Das gleiche ist in Venusberg bei Gelenau geschehen. Dieser Saal- und Grundstücksboykott wird den sächsischen Landtag bei seinem Zusammentritt beschäftigen.

In einem Flugblatt, das besonders für die Bezirke Marienberg und Wolkstein geschrieben und am letzten Sonntag dort verbreitet worden ist, sind diese Praktiken der Gegner gebührend gekennzeichnet, damit die Wähler wissen, mit welchen schmutzigen Mitteln die Arbeiterfeinde die Sozialdemokratie hindern, zu den ergebirgischen Arbeitern zu reden. Die Flugblattverbreitung ging überall glatt von statten, trotz des abschreckenden Regens, mit dem das Erzgebirge wieder heimgesucht wurde.

Mit Freude ist gegenwärtig zu bemerken, daß auch die ergebirgischen Frauen sich immer zahlreicher in den Versammlungen einstellen. Die sozialdemokratischen Versammlungen sind massenhaft besucht, der 21. August wird ein Tag der Abrechnung der arbeitenden Massen des 20. Kreises mit den Arbeiterfeinden werden. Die Reformer haben völlig abgewirtschaftet; sie können Versammlungen nur in Gesellschaftsstuben, manchmal auch gar nicht abhalten, weil die Zuhörer fehlen. Unsere Genossen arbeiten mit aller Kraft und erwarten einen schönen Erfolg.

Der Fleischwucher.

Die zunehmende Fleischnot kann selbst von der Regierung nicht bestritten werden. Den einfachsten Weg, die Grenzen Hollands und Dänemarks zu öffnen, gedankt man aber nicht zu gehen, vielmehr hat der preussische Landwirtschaftsminister v. Schorlemer sich damit begnügt, einen Erlaß an die Landwirtschaftskammern hinauszugeben, in dem auf die Notwendigkeit einer größeren Stetigkeit im Viehbestand hingewiesen wird. Zu diesem lebenswichtigen Vorgehen des Landwirtschaftsministers sagt die „Deutsche Fleischzeitung“:

Ganz verkehrt gibt der Minister also zu, daß eine Verminderung der Viehbestände eingetreten ist und daß etwas geschehen muß. Er hofft zwar, daß jetzt genügend Jungvieh vorhanden ist, das im nächsten Jahre schlachtreif wird, so daß dann keine Fleischnot zu befürchten ist. Aber so ganz sicher ist er seiner Sache doch nicht! Also gibt der Herr Minister für alle Fälle den guten Rat, mehr Jungvieh zu züchten und mehr Futterbau zu treiben. Dem andauernden Mangel an Vieh wird man damit natürlich in keiner Weise abhelfen. Die hohen Futtermittelpreise lassen ja eine Vermehrung der Viehzucht in wirklich großem Maße gar nicht zu. Alle diese Mittelchen nützen nichts. Nur eine dauernde Aufhebung aller Grenzperren und eine Ermäßigung der Vieh- und Futtermittelpreise bleiben die einzigen Maßnahmen, von denen Fleisch und Publikum wirklich Abhilfe erwarten können.

Der schädliche Versuch des Ministers, den Agrariern die Unhaltbarkeit des gegenwärtigen Zustandes vor Augen zu führen, hat sofort die „Deutsche Tageszeitung“ auf den Plan gerufen, die den Minister in dieser Weise anfaßt:

Auf die Notwendigkeit einer größeren Stetigkeit in der Haltung der Schwärme haben wir in früheren Jahren öfter hingewiesen. Aber diese Stetigkeit ist nur unter einer Bedingung zu erreichen, nämlich unter der, daß der Staat gegen die Viehzüchter des Auslandes nicht vorgeht, sondern vielmehr verstärkt werde. Jede Seucheneinbringung gefährdet selbstverständlich die Stetigkeit, jede Seucheneinbringung schädigt und bedroht den Viehbestand. Alles das wird sich der Herr Landwirtschaftsminister selbst sagen. Deshalb glauben wir überzeugt sein zu dürfen, daß er in eine Schwächung des unbedingt notwendigen Grenzschutzes nicht willigen wird. Die Landwirtschaft muß gewiß das Ihre tun, um den heimischen Fleischbedarf ausreichend und völlig zu decken; sie hat auch das Ihre getan und wird es in Zukunft tun, vorausgesetzt, daß die Regierung die Vorbedingungen dazu schafft und sichert.

Das setzt nun allerdings der Unstrenghheit die Krone auf — die Agrarier verlangen eine erhöhte Verschärfung des „Grenzschutzes“. Wenn erst das neue Viehseuchengesetz in Kraft getreten sein wird, dann kann jede, auch noch so geringfügige Vieheinfuhr unterbunden werden. Nach diesem geradezu gemeingefährlichen Gesetz kann nämlich Vieh von der Einfuhr schon dann zurückgewiesen werden, wenn nur der Verdacht besteht, daß dieses gesunde Vieh mit seuchenempfindlichem Vieh in Berührung gekommen ist. Seuchenempfindlich ist nun aber jedes Tier, das hat das unerbittliche deutsche Tuberkelvieh bewiesen, mit dem die deutschen Agrarier auf der Ausstellung in Argentinien die Erfolge der deutschen Viehzucht vordemonstrieren wollten. Das Vieh mußte zurückgewiesen werden, damit die Seuche nicht nach Argentinien eingeschleppt wurde. Selbst Butter, Eier, Milch usw. können nach dem neuen Viehseuchengesetz als eventuelle Träger des Ansteckungsstoffes ohne weiteres von der Einfuhr ausgeschlossen werden. Das ist der Grund, weshalb die Agrarier die schleunige Durchführung dieses Gesetzes verlangen. Das Volk mag hungern, wenn es die Wucherpreise nicht bezahlen kann, die ihm die agrarische Unverschämtheit diktiert.

Die politische Anschuldigung der Werftarbeiterbewegung

Ist ein Kunststück, das sich die „Deutsche Tageszeitung“ leistet. Sie fordert ziemlich unerbittlich die gesamte Eisenindustrie auf, den Werften beizuspringen und etwa 200 000 Arbeiter auszusperren. Der Kampf auf den Werften soll nach dem agrarischen Blatt ein weiterer Beweis dafür sein, daß von einer Bündnisfähigkeit der Sozialdemokratie mit anderen Parteien nicht die Rede sein kann.

Es macht sich gut, daß ausgerechnet die „Deutsche Tageszeitung“, das Organ des nimmermatten Junkertums, eine solche infame Hege gegen die Werftarbeiter betreibt. Wenn die Werftarbeiter höhere Löhne haben müssen, so ist das nicht in letzter Linie dem Umstande zuzuschreiben, daß die Agrarier die Lebensmittelpreise auf eine fast unerschwingliche Höhe hinaufgeschraubt haben. Wohlwollend steht das dreifache Junkertum dabei und sieht, wie die breiten Massen sich abquälen und abbarben müssen, und sobald diese Massen daran gehen, ihre Lage etwas zu verbessern zu wollen, dann heßt das Organ des Junkertums dazu, diese Massen brutal auf Pfahle zu werfen.

Erschwerung des Referendarexamens.

Die Minister des Kultus- und des Justizwesens in Preußen beschäftigen sich zurzeit mit einer Erschwerung des Referendarexamens, um damit dem großen Andrang zu der Justizlaufbahn zu wehren. Sie suchen dieses Ziel dadurch zu erreichen, daß eine weitere Klausur eingeführt werden soll, die in der Uebersetzung einer Handeltensstelle zu bestehen hätte. Dieser Vorschlag beweist, wie weltfremd man doch in den gesamten Ministerien ist. Allgemein wird verlangt, daß die jungen Juristen eine vielseitigere Ausbildung im praktischen Leben erfahren sollen, das Justizministerium will ihnen dagegen noch mehr Dinge einprägen, die praktisch schließlich gar nicht verwendet werden können. Daß das erstrebte Ziel, die Zahl der Justizwärter zu verringern, auf die angegebene Weise erreicht wird, ist schließlich möglich, daß aber die Juristen dadurch zu wirklich praktischen Leuten werden, ist völlig ausgeschlossen.

Warum versagte die Schulaufsicht?

Unter diesem Titel wird der „Berl. Volksztg.“ von einem Lehrer geschrieben:

Die dem Rektor Bod zur Last gelegten schweren Verbrechen werden, soweit es möglich ist, durch die Justiz ihre Sühne finden. Damit ist die Angelegenheit aber nicht erledigt. Warum versagte die Schulaufsicht? Im Schulhause unterrichteten außer dem Rektor und dem mitverhafteten Lehrer Knöfel zwei Lehrer und vierzehn Lehrerinnen, hielt der Stadt- und Kreisinspektor zweimal wöchentlich seine Sprechstunden ab, ging der Geistes aus und ein. Das Schulhaus selbst ist doch kein geheimer Winkel, kein abgeschlossenes, verborgenes Quartier. So hohles Aug kam Rektor Bod sein Treiben nicht angestellt haben, daß nicht etwas durchsickerte. Sollen doch Lehrerinnen die SchülerInnen gewarnt haben. Es muß entweder eine unverzeihliche Ahnungslosigkeit obgewaltet, oder eine gewisse Scheu, den Gerichten nachzugehen und sie aufzudecken, geherrscht haben... Wer den Ursachen weiter nachspürt, wird zu der Ueberzeugung gelangen, daß in letzter Linie nicht die Personen, sondern das Schulaufsicht- und Verwaltungssystem solche Zustände geschaffen hat. Dies System muß reformiert werden, damit Eltern und Kinder die Gewißheit haben, daß weder Wüstlinge sich in den Lehrerstand einschmuggeln, noch ihr verbrecherisches Treiben ausüben können.

Man blicke in die Fachblätter der Lehrer. Welche harten Anklagen gelten der Vorbildung der Erzieher. In löstlicher Enge, in geistigem Zwange, ohne freie Entfaltung, werden sechs Jahre der schönen Jugendzeit verbracht. Kein freier Zug, morgens beten, mittags beten, abends beten. Religion und „Patriotismus“ werden täglich eingeprägt. Den Ruf nach freieren Seminaren, nach Öffnung der Universtität überhört man in den oberen Instanzen. Solche Seminarlust tötet keine verbrecherischen Reigungen, noch stärkt sie schwankende Geister. Am Gängelbände führt man die Jugend an den läuternden Klippen des Lebens herum. Dann wundert man sich, daß diese gegängelten Jünglinge im Amt keine gefestigten Männer sind...

Noch schärfer aber protestieren die Lehrer gegen das System der Schulaufsicht. Erst in Straßburg stand die Frage der Schulaufsicht und Schulleitung zur Besprechung. Dort sah das herrschende System auf der Anklagebank. Aber wo war der Vertreter des preussischen Staates bei dieser Debatte?

Man sollte meinen, die Schulaufsicht sei in erster Linie der Schule wegen da, sie Sorge mit verständnisvollem Herzen dafür, daß Lehrer und Schüler zur freien und vollen Entfaltung ihrer sittlichen Kräfte kommen. Rein in Preußen dient die Aufsicht in erster Linie der Staatsautorität, wie die gesamte Staatsaufsicht (Polizei) alles von dem einen Gesichtswinkel betrachtet, daß der „Staat“ nicht ruiniert werde...

Dieser Geist, in allem die „Staatsautorität“ auf thönerem Sockel sicherzustellen, durchzieht unser Schulwesen und die Schulaufsicht. Kaum hatten die Rattowitzer Lehrer katholisch-polnische Stimmen bei der Stadtverordnetenwahl abgegeben, da war das Aufsichtsaug schon auf sie gelenkt. Wie hat man den Lehrer Janzen in Schleswig-Holstein durchmustert, ob er sozialdemokratische Bestimmungen hege. Des Lehrers Bläser Kaisergeburtstagsrede wurde gründlich durchforstet. Wäre Rektor Bod wohl zehn Jahre lang un-erkannt und undurchforstet geheimeres Mitglied des Polenklubs oder gar der Sozialdemokratie geblieben? Wie impft man im Unterricht Patriotismus und Religion ein! Die Jugend soll Achtung vor der „Staatsautorität“ lernen...

Die Autoritätsstärkung hat sich aber auch auf die Personen übertragen. Der Vorgesetzte ist Autorität, mag er auch sein, wie er will. Hier heißt es: der Vorgesetzte hat recht, der Untergebene hat zu gehorchen. Wehe dem, der dem Vorgesetzten zu nahe tritt. Insubordination gibt's nicht! Dieses Populturn im kleinen läßt es unmöglich durch, daß ein Kleiner gegen den Großen aufbegehrt. Was wäre dem Lehrer wohl geschehen, der Gerüchte über Herrn Bod den vorgelegten Behörden angedeutet hätte, und sie nicht beweisen konnte. Denn Herr

Bod war Rektor, und der ist die erste Autorität. Dies Autoritätssystem greift auf die Schule selbst über. Hier ist der Lehrer Autorität, so lange nicht ein Höherer über ihn kommt. Wie wäre es sonst möglich, daß die Schülerinnen des Rektors so lange schwiegen? Die Scham allein tat es nicht; die Furcht kam hinzu.

Das Disziplinarverfahren gegen den früheren Bürgermeister Schüding.

Das Oberverwaltungsgericht hat bekanntlich Bürgermeister Schüding seines Titels und Pensionsanspruchs für verlustig erklärt. Da das Verfahren in nichtöffentlicher Sitzung stattfand, werden jetzt erst die Gründe des schriftlichen Erkenntnisses bekannt.

Schüding war zur Last gelegt worden, durch die Veröffentlichung von Zeitungsartikeln und eines anonym erschienenen Buches die Ehre der Provinz gegen den Landesherren und die schuldige Achtung gegen den andern Inhaber öffentlicher Ämter verlegt, ferner Staatseinrichtungen und Anordnungen der Obrigkeit verächtlich gemacht zu haben. Wenn ein Beamter, heißt es in der Urteilsbegründung, sich durch die Veröffentlichung einer Schrift disziplinarisch strafbar gemacht hat, so ist es nach Ansicht des Oberverwaltungsgerichts ohne Belang, daß seine Schrift anonym erschienen ist. Ein Beamter untersteht in seinem gesamten dienstlichen und außerdienstlichen Verhalten der Aufsicht und Beurteilung der Dienstbehörden. Ohne Bedeutung ist der Einwand, daß der Beamte die ihm zur Last gelegten Handlungen als Privatmann vorgenommen habe. Wie das Recht eines äußern, dadurch begrenzt wird, daß die Ausübung dieses Rechts nicht gegen das Strafgesetz verstoßen darf, so findet für jeden Beamten im Staatsdienst oder in den Kommunen das Recht der freien Meinungsäußerung seine Schranke in der für ihn bestehenden Amtspflicht. Der Beamte untersteht nicht nur dem Strafrecht sondern auch dem Disziplinarrecht. Den Beamten ist eine außeramtliche politische Tätigkeit nicht untersagt; mit den Dienstpflichten erscheint es aber unvereinbar, wenn Beamte Bestrebungen einer politischen Partei, welche die Grundlagen der bestehenden Rechts- und Staatsordnung grundsätzlich bekämpft, fördern. Als eine Verletzung der den Beamten obliegenden Pflichten ist es unbedingt anzusehen, wenn Beamte im öffentlichen Auftreten gegen die amtliche Pflicht des Gehorsams und der Treue gegen das Staatsoberhaupt oder gegen die Amtspflicht der rücksichtslosen Achtung gegenüber Behörden und Inhabern öffentlicher Ämter verstoßt oder wenn er in der öffentlichen Erörterung politischer Fragen von einer sachlichen Erörterung zu offenbar unwahren, ungerechten Behauptungen und zu verlegenden persönlichen Angriffen übergeht. Unzutreffend behauptet der Angeklagte, daß eine besondere Treupflicht gegen das Staatsoberhaupt nicht mehr bestehe. Die Treupflicht ergibt sich aus § 2 lit. 10 II. Allg. Landrecht, auch hat der Angeklagte den Treueid geleistet. Unvereinbar ist es mit der Amtspflicht des Kritik üben den Beamten, wenn er Zustände in einem Herrbild vorführt und die für die Beurteilung maßgebende Rechtslage unvollständig und in schiefer oder gar unrichtigen Beleuchtung darstellt.

Wenn der Kaiser reist!

Aus Anlaß der Einweihung des neuen Kaiserpalastes in Posen werden einige hundert Schulleute aus Berlin und Breslau nach Posen kommandiert, um die dortige Polizei zu unterstützen.

Es wäre interessant, zu erfahren, was derartige Maßnahmen dem Staate, d. h. den Steuerzahlern kosten!

Der nationalliberale Stadtrat.

Neben dem überzeugungstreuen Katholiken und braven Zentrumsmann Dhm sah im Ausschussrat der Niederdeutschen Bank (und verschiedener Tochter-Gründungen) auch der Führer der Dortmunder Nationalliberalen, Stadtrat Raimweg. Herr Raimweg, seines Zeichens Architekt und Baumeister, aber auch rühriger Politiker scharfmacherischer Oberbank, wurde von Leuten, die es wissen können, als der Eingeweihte nächst Dhm bezeichnet. Am Sonnabend hat ihn insofern das Verhängnis ereilt, als eine Londoner Firma für ein Wechselgepäck über 60 000 Mark, das aus den Dhm'schen Wechselstellungen herrührt, eine Raimweg gehörige Ziegelei vollständig hat ausfinden lassen. Von dem Herrn Stadtrat sollen noch erhebliche höhere Aktepte laufen. Raimweg soll im übrigen es durchaus verstanden haben, bei seinen Beziehungen zu Dhm auf seine Kosten zu kommen. Für die Tochter-Gesellschaften war er auch in seiner Eigenschaft als Baumeister beschäftigt. Bei Submissionen, die diese ausschrieben, soll es Herr Raimweg verstanden haben, gute Aufträge zu erlangen. Im übrigen gestattet die Beteiligung des Herrn Raimweg an den verschiedensten Wachsenschaften Dhm's wohl den Rückschluss, daß die geschäftliche Praxis des nationalliberalen Führers nicht unanfechtbar war. Eine besondere Spezialität Raimweg's waren übrigens opulente, große Gesellschaften, bei denen das einzelne Rubel nicht mindestens sechzig Mark kostete. Der zwingende Not gehorchend hat Raimweg am Sonnabend endlich seine städtischen Ehrenämter niedergelegt.

Die Belegschaften des rheinisch-westfälischen Kohlenreviers.

Nach der neuesten Statistik des Allgemeinen Knappschaftsvereins zu Bochum werden auf den Bechen des Vereinsgebietes 351 532 Mann beschäftigt. Davon sind 21 075 Oesterreicher, 944 Russen, 5423 Holländer, 190 Belgier, 8860 Italiener und 353 sonstige Ausländer, insgesamt 31 875 Ausländer. Außerdem waren 130 079 Mann aus den östlichen Provinzen des Deutschen Reiches zugewandert, darunter außer Russen und Litauern 85 000 Polen. Die Zahl der Ausländer stieg von 1803 bis 1908 von 4246 auf 31 875 Mann, also um 841 Proz. Die Zahl der Arbeiter aus dem preussischen Osten stieg in der gleichen Zeit um 231 Proz., während die Gesamtzunahme der Belegschaften nur 128 Proz. betrug. Die Zahl der Arbeiter aus Oesterreich stieg in dem obigen Zeitraum um 1014 Proz., die der Holländer um 309 Prozent, die der Russen um 655 Proz., der Italiener um 451 Proz. und die der Belgier um 184 Proz.

Diese Ziffern zeigen deutlich, wie der alte rheinisch-westfälische Bergarbeiterstamm mehr und mehr verschwindet und durch ungelernete ausländische Arbeiter ersetzt wird.

Ein Komiker.

Der Kaiser hat im Kasseler Hoftheater einige Schauspieler empfangen und mit ihnen geplaudert. Darüber wird berichtet:

„Der Kaiser sprach von den angenehmen Erinnerungen, die er an das Berliner Wallner-Theater habe. Besonders Oscar Bieler's, des ausgezeichneten Comibanten und Darstellers jugendlich-komischer Rollen gedachte er mit Wärme. Was ihn auch sonst freundlich bedenkten an den Mann bewahren lasse, sei das persönliche Wirken, das Bieler seinerzeit in jenem Wahlkreise von Berlin für den Kandidaten für die Militärvorlage entfaltete, und das diesem zum Siege verhalf.“

Ja, ja, ein Komiker!

Oesterreich.

Tschechische „Sozialisten“.

Wir haben berichtet, wie die in den Händen der tschechischen Separatisten befindliche Zeitung der Brüner Allgemeinen Arbeiterkrankenkasse die Arbeiter um ihr Wahlrecht bringen wollte. Nun hat der deutschbürgerliche Stadtrat die „sozialistische“ Verwaltung korrigieren müssen, indem er ihr auftrag, die Wahlen so vorzunehmen, daß die Mitglieder ihr Wahlrecht an einem Tage und ohne materiellen Schaden ausüben können, daß der Aufsichtsrat in die Wahlkommission kommt, kurz, daß unabhängig und statutenmäßig vorgegangen wird. Doch die Banjaleute haben dagegen Verusung erhoben! Man will die Wahlen eben durch formale Rechtsmittel verschleiern. . . . Ueber ganz gleiche Mäander Bürgerlicher haben sich die tschechischen Parteiblätter oft und mit Recht erhitet. Nun hat man auch bestimmt, daß die Mitglieder die Wahllegitimationen selbst abholen müssen und daß sie an Sonntagen nicht ausgegeben werden!

Schweiz.

Wahlen.

Jürich, 15. August. (Fig. Ver.) Im Winterthurer Wahlkreis fand gestern eine Ersatzwahl in den Nationalrat statt, bei der zum erstenmal seit Jahren wieder die Liberalen und Demokraten mit eigenen Kandidaten getrennt kandidierten. Stimmen erhielten nun unser Genosse Professor Dr. Schenkel in Winterthur 5308, der Demokrat Reallehrer Hardmeier 5321 und der liberale Fabrikant Gugler 5778. Im Bezirk Winterthur erlangte der sozialdemokratische Kandidat mit 4078 Stimmen die relative Mehrheit. Im ganzen Wahlkreis ist die Freisinnige Partei die stärkste, während er früher jahrzehntlang die sichere Domäne der demokratischen Partei war. Für den notwendig gewordenen zweiten Wahlgang ist die Situation noch nicht abgeklärt. Hält unsere Partei an der Kandidatur Schenkel fest, so wird Hardmeier zurücktreten, um für alle Fälle die Wahl Guglers zu sichern, da im zweiten Wahlgang die relative Mehrheit gilt. Wird die Kandidatur Schenkel fallen gelassen und bleiben beide bürgerliche Kandidaten in der Wahl, so wird es sich fragen, ob unsere Partei Stimmhaltung oder Freigabe der Stimme oder Unterstützung der demokratischen Kandidatur beschließen soll.

Bei der gleichzeitig im Bezirk Winterthur vorgenommenen Wahl des Statthalters (Landrats) siegte der Demokrat Bezirkschreiber Egg mit 7012 gegen 4329 Stimmen über unseren Kandidaten, Genossen Kaufmann, Bezirksamtsrat in Jürich.

Die sozialdemokratische Stimmenzahl ist, als Folge verlorener wirtschaftlicher Kämpfe, zurückgegangen.

Indien.

Haussuchungen.

Kalkutta, 16. August. Die Polizei hat eine nächtliche Haussuchung bei einem ehemaligen Deportierten abgehalten. „Empire“ sagt, die Haussuchung habe sich auf das Gerücht von einer Waffeneinfuhr aus London und Paris bezogen. Der Polizei sei eine Anzahl von Dokumenten und Briefen mehrerer englischer Anhänger der nationalistischen Bewegung in Indien in die Hände gefallen, darunter auch ein Brief eines Unterhausmitgliedes. Es wurden keine Waffen gefunden. Verhaftungen sind nicht erfolgt.

Aus der Partei.

Parteitag für die Provinz Posen.

Am Sonntag, den 14. August, tagte in Kolmar i. P. der Parteitag für die Provinz Posen, der von 18 Delegierten besucht war. Aus dem Geschäftsbericht ist zu entnehmen, daß zurzeit in dreizehn Wahlkreisen der Provinz 1073 Mitglieder vorhanden sind, darunter 79 Frauen. Verbindungen bestehen jetzt in allen 15 Wahlkreisen. — Nach einem Referat des Genossen Lepiy über Kommunalwahlen sprach sich der Parteitag einstimmig für Beteiligung an den Stadtverordneten- und Gemeindevahlen aus. Nur drei Orte in der Provinz erheben kein Bürgerrechtsgeld.

Als Delegierter zum Magdeburger Parteitag wurde für alle Wahlkreise der Genosse Lepiy vromberg gewählt. — Ein Antrag der Posener Genossen, den Sitz nach Posen zu verlegen, wurde nach langem Hür und Wider von den Posenern für dieses Jahr zurückgezogen. Auf dem Parteitag kam zum Ausdruck, daß es auch im dunkelsten Osten, wenn auch langsam, vorwärts geht.

Gemeindevahlstige.

In Klein-Proyendurg, einem vorwiegend von Tabakarbeitern und Bauern bewohnten heftigen Dorfe bei Danau, errang am Sonnabend die Sozialdemokratie ihren ersten großen Kommunalwahlstige. Ihre sämtlichen drei Kandidaten wurden mit 203 bis 228 Stimmen gewählt, das Zentrum unterlag mit 176 bis 185 Stimmen. Der Ort ist katholisch und war bisher eine Zentrumdomäne. Die Steuerlöhne des Zentrums im Reichstoge, besonders an der Tabaksteuer, haben den Umschwung bewirkt, das zeigte sich deutlich schon, als einer unserer Genossen zum Beigeordneten gewählt wurde. Natürlich wurde auch ihm, wie man es in Hessen gewohnt ist, die Bestätigung verweigert. Aber das hinderte die Arbeiter im Nachbarorte Klein-Kuheim nicht, am Sonnabend bei der Beigeordnetenwahl den Genossen J. Adam Bauer I. zu wählen; er erhielt 249, der bisherige Beigeordnete P. Jung II. 234 Stimmen.

Brandenburgische Kreisconferenzen.

Die Generalversammlung für Brandenburg-Westphalen tagte am Sonntag in Brandenburg. Sie war von 40 Delegierten besucht. Der Zentralwahlverein hat eine Zunahme von 950 Mitgliedern zu verzeichnen, von denen 648 auf Brandenburg, 302 auf Rathenow entfallen. Die Zahl der weiblichen Mitglieder ist von 351 auf 525 gestiegen. Ingesamt zählte der Zentralwahlverein am Jahresabschluss 4413 Mitglieder, davon hat Brandenburg 3340, Rathenow 1073 Mitglieder. Neue sozialdemokratische Wahlvereine sind jüngst in Plaue und Kl.-Kreuz gegründet worden. Der Kassenbericht weist einen erfreulichen Fortschritt auf. Die Abonnentenzahl der „Brandenburger Zeitung“ stieg im 1800.

Angenommen wurde ein Antrag des Genossen Rade, zukünftig Parteidelegationen durch Urwahl vorzunehmen. Der Vorstand soll der Generalversammlung im nächsten Jahre eine entsprechende Vorlage unterbreiten.

Ferner wurde beschlossen, die Anstellung eines Parteisekretärs erst in den einzelnen Ortsvereinen zu diskutieren. Der Zentralvorstand wird beauftragt, der nächsten Generalversammlung eine Vorlage zu unterbreiten, aus der die Kosten eines Sekretariats ersichtlich sind.

Genosse Peus hielt sodann ein Referat „Ausblick auf die Reichstagswahlen“, worin er u. a. sagte: Ein Bloß von Vebel bis Baffermann ist fürs Reich sicher ein Ansturm. Die Regierung wird entweder schon mit dem jetzigen Reichstag, oder aber sicher mit dem kommenden einen Konflikt herbeiführen, um die Sozialdemokratie aufs neue zu zerstückeln. Wir müssen deshalb die schwersten Kämpfe erst recht nach der nächsten Reichstagswahl gefast sein und dafür sorgen, daß es den Gegnern nicht gelingt, uns die Schuld dafür aufzubürden, daß es nicht vorwärts geht, während sie selber es sind, die sich dagegen sperren, ihre eigenen angeblichen Programmforderungen durchzuführen. Erst wenn die Regierung es erlebt, daß unsere Macht im Volke unerschütterlich besteht und auch die Gegner das begreifen, wird eine Politik in unserem Sinne sich allmählich durchsetzen. Möglicherweise geht dann auch in den Parteien rechts von uns eine Spaltung vor sich zwischen solchen, die Unternehmerinteressen und

solchen, die die Arbeiterinteressen (Arbeiter im umfassendsten Sinne gedacht) in den Vordergrund rücken. Noch ist diese Entwicklung nicht da, noch sind wir ganz auf uns angewiesen. Und so wollen wir mit der ganzen Energie, deren wir fähig sind, für die Weiterentwicklung unserer Partei kämpfen. Es kann ja nicht anders kommen, dem Sozialismus und der Demokratie gehört die Zukunft. (Beifall.)

Der Antrag, den Genossen Peus als Kandidaten des Kreises wieder aufzustellen, wurde einstimmig angenommen. Beim Punkte „Provinzialkonferenz“ wurde gerügt, daß zum Internationalen Kongreß in Kopenhagen für Brandenburg nur Berliner Genossen gewählt worden seien. Gegen diese Beschwerden wurde geltend gemacht, daß die drei Delegierten zwar Berliner, aber auch Reichstagskandidaten in der Provinz Brandenburg seien. Schließlich wurde folgende Resolution angenommen:

Die Provinzialkonferenz wolle Maßnahmen treffen, daß in Anbetracht der, wo die Provinzialinteressen im Vordergrund stehen, die Provinz nicht durch Groß-Berlin überstimmt wird.

Zur Provinzialkonferenz wurden die Genossen Genth, Grühle und Schmidt-Rathenow delegiert.

Zum Magdeburger Parteitag wurde nach kurzer Diskussion gegen zwei Stimmen die bekannte Resolution des Brandenburger Wahlvereins angenommen. Als Delegierte zum Parteitag wurden hierauf die Genossen Rade und Schnelle-Brandenburg, sowie Weber-Rathenow gewählt.

Die Generalversammlung für Prenzlau-Angermünde tagte in Prieß, sie war von 18 Delegierten aus Schwedt, Prenzlau, Oberberg, Angermünde und Strasburg besetzt, ferner nahmen fünf Vorstandsmitglieder, Genosse Wels-Berlin als bisheriger Kandidat, Genosse Gadelbusch-Berlin von der Agitationskommission und Genosse Klam vom 4. Berliner Wahlkreis teil. — Der Organisation gehören 595 männliche und 60 weibliche Mitglieder an, gegen das Vorjahr eine Zunahme von 90 männlichen und 48 weiblichen Mitgliedern. 71 Mitgliederberufungen, 30 öffentliche Versammlungen in Sälen und zwei unter freiem Himmel wurden abgehalten. Die „Brandenburger Zeitung“ hat 501, der „Vorwärts“ 17 Abonnenten. 7 Lokale sind frei. Die Einnahme betrug 1821,27 M., die Ausgabe 1224,01 M. Genosse Gadelbusch hielt ein Referat über Reichstagswahl, Agitation, Organisation und Wahltechnik, Genosse Wels über den Internationalen Kongreß und den Parteitag. Eine Resolution, die den babischen Disziplinbruch verurteilt, fand einstimmige Annahme. Zur Provinzialkonferenz wurden die Genossen Duffe-Schwedt, Jählsdorf-Prenzlau und Trampe-Prieß delegiert, zum Parteitag Genosse Gadelbusch. An Stelle des Genossen Wels, der in Kalau-Ludau kandidiert, wurde Genosse Gadelbusch als Reichstagskandidat vorgeschlagen. Die definitive Wahl des Kandidaten soll in einer außerordentlichen Generalversammlung erfolgen.

Kreisconferenzen.

Der Sozialdemokratische Kreiswahlverein für den 18. hannoverschen Reichstagswahlkreis (Wegental-Stade) hielt am Sonntag, den 7. August, in Wegental seine diesjährige ordentliche Generalversammlung ab. 40 Ortsvereine waren durch 28 Delegierte vertreten. Die Mitgliederzahl ist von 1293 am 1. Juli 1909 auf 1887 am 1. Juli 1910 gestiegen. Zwei Ortsvereine wurden neu gegründet. In den Gemeindevertretungen des Wahlkreises sind jetzt 55 Genossen tätig. Die Abonnementzahl der Parteipresse beträgt annähernd 2000. Die Kreisliste balanziert in Einnahme und Ausgabe mit 3470,42 M. Die finanziellen Verhältnisse waren bisher nicht danach angetan, die Landagitation mit dem nötigen Nachdruck betreiben zu können. Deshalb wurde eine Erhöhung des Parteibeitrages für männliche Mitglieder von 30 auf 40 Pf. beschlossen. Zur Subventionierung der babischen Landtagsfraktion wurde nach einer sehr lebhaften Debatte einstimmig eine Resolution angenommen, die das Vorgehen der babischen Genossen als schweren Disziplinbruch charakterisiert. Vom Magdeburger Parteitag wird erwartet, daß er durch entschlossene und rücksichtslose Maßnahmen die Wiederkehr solcher parteischädigender Vorkommnisse verhindert. Als Delegierter zum Parteitag wurde einstimmig Genosse G. Reiche-Regelad gewählt. Eine Wiederaufstellung des Genossen Hermann Rhein-Bremen als Reichstagskandidat wurde in namentlicher Abstimmung mit 18 gegen 12 Stimmen abgelehnt. Der Kreisvorstand und eine fünfgliedrige Kommission erhielten den Auftrag, einer demnächst einzuberufenden außerordentlichen Kreisgeneralversammlung geeignete Vorschläge zur Aufstellung eines Reichstagskandidaten zu unterbreiten.

Die Kreisconferenz für Nienburger-Bangensalza-Weißensee tagte in Nienburger i. L. H. Die Mitgliederzahl ist um 217 auf 828 angewachsen. Es gelang in drei Orten neue Vereine zu gründen. An Einnahmen sind 2588,11 M., an Ausgaben 1917,25 M. zu verzeichnen. Auch das „Volks-Blatt“ für Nienburger hat durch erhebliche Zunahme von Abonnenten Fortschritte gemacht. Die meisten Erfolge für das Parteiblatt und für die Organisation waren in der Wahlrechtsbewegung. Das Strafkontto der Redaktion ist im letzten Jahr sehr angewachsen. Es wurde beschlossen, einen einheitlichen Frauenbeitrag von 25 Pf. zu erheben und die „Gleichheit“ gratis zu liefern. Nach scharfer Beurteilung der babischen Landtagsfraktion gelangte die Protestresolution einstimmig zur Annahme. Als Delegierter zum Magdeburger Parteitag wurde der Reichstagskandidat Genosse Schäfer gewählt.

Reichstagskandidaturen.

Die württembergischen Parteigenossen haben in den letzten Wochen eine Anzahl Wahlkreise mit Kandidaturen besetzt. Es wurden aufgestellt: Für Stuttgart Hildensbrand; Heilbronn: Feuerstein; Heilbrunn: Sperka; Eßlingen: Schlegel; Waiblingen: Rattutat; Göttingen: Bindemann; Ulm: Dietrich.

Die Parteikonferenz des Kreises Wiesbaden-Rheingau stellte einstimmig den jetzigen Vertreter des Kreises, Genossen Lehmann-Mannheim, wieder als Kandidaten für die kommende Reichstagswahl auf.

Im babischen Wahlkreis Schopfheim-Walds hat wurde Genosse Müller, Landtagsabgeordneter, als Kandidat aufgestellt.

Ausschlüsse.

Die Bezirkskommission für das westliche Westfalen hat die bisherigen Genossen Brambräter, Him und Breusicht aus der Partei ausgeschlossen, weil sie Mitglieder der anarcho-sozialistischen Gewerkschaften sind und anarcho-sozialistische Propaganda getrieben haben.

Aus Industrie und Handel.

Steigende Fleischpreise — sinkender Fleischkonsum.

Ehe noch die erneute Hinauffetzung der Fleischpreise ihre Wirkung auf die Gestaltung des Fleischkonsums ausüben konnte, ist schon wieder eine unguünstige Wendung des Konsums eingetreten: im zweiten Quartal des laufenden Jahres ging der Fleischkonsum so stark zurück, daß er sogar noch unter den des Vorjahres sank. Berechnen wir aus den Viehschlachtungen in Deutschland unter Zugrundelegung der hergebrachten Durchschnittsgewichte die dem Konsum zugeführte Fleischmenge unter Einschluß der Mehreinfuhr von Fleisch, so ergibt sich für das zweite Vierteljahr dieses Jahres ohne Hauschlachtungen eine Fleischmenge von 609 660 Tonnen. Im zweiten Vierteljahr 1909 betrug die entsprechende Ziffer 610 611 Tonnen. Danach wäre der Konsum um 951 Tonnen zurückgegangen. In Wirklichkeit ist die Einschränkung aber relativ noch erheblich größer. Innerhalb des letzten Jahres ist die Bevölkerung und damit die Zahl der Konsumenten gewachsen, und eine Berechnung des Fleischverbrauchs pro Kopf der Bevölkerung ergibt nur eine Menge

von 9,47 Kilogramm gegen 9,60 Kilogramm im vorigen Jahre. Also bereits im zweiten Vierteljahr, wo noch nichts von der Hinauffetzung der Fleischpreise verlautete, ist der Konsum eingeschränkt worden. Er geht auch nur ganz unbedeutend über den vom zweiten Quartal 1908 hinaus, wo auf den Kopf der Bevölkerung durchschnittlich 9,44 Kilogramm Fleisch kamen. Und die Regierung legt die Hände in den Schoß, gerade als entspreche die Entwicklung ihren Wünschen.

Aus München wird berichtet, die bayerische Regierung sei nicht gewillt, zurzeit gegen ein österreichisches Viehaustrittsverbot irgendwelche Schritte zu unternehmen. Einmal scheint man zu hoffen, daß infolge des Einspruches Ungarns das Verbot nicht in Wirksamkeit treten werde, andererseits scheint man aber auch Absichten von Preußen zu befürchten. Die bayerische Regierung sei nicht in der Lage, hier selbständig vorzugehen. — Weil die Junter in Preußen das nicht gern sehen, könnte man hinzufügen.

Scharfer Rückgang der Kapitalinvestitionen.

In keinem einzigen der vergangenen Jahre — ob Hochkonjunktur oder Niedergangsjahr — hat der Monat Juli eine derartig geringe Unternehmenslust wie im laufenden Jahre aufzuweisen gehabt. Es wurden in neuen und alten Aktiengesellschaften und Gesellschaften m. b. G. im Juli nur 68,87 Millionen Mark neu investiert, während die vorherigen Neuinvestitionen, die im Juli bekannt wurden, 131,72 Millionen Mark betragen hatten. Im Juli 1908 stellten sie sich auf 108,48, im Vergleichsmonat 1907 auf 134,61 und 1906 endlich auf 129,50 Millionen Mark. Es betragen die Neuinvestitionen im Juli in 1000 Mark in den nachstehenden Gruppen der Warenherstellung:

	1909	1910
Bergbau, Hütten, Salinen . . .	20 679	2240
Steine und Erden	6 225	2080
Metalle und Maschinen	26 474	7995
Nahrung- und Genussmittel . .	14 945	2045
Bauwesen	18 623	5405

Schließende Urteile über die Tendenz der wirtschaftlichen Entwicklung kann man natürlich aus der nur eine sehr begrenzte Zeit umfassenden Erscheinung nicht fällen.

Dividenden im deutschen Bergbau.

Erfährt man die mit dem vorletzten Geschäftsjahre einwandfrei vergleichbaren Rechnungsergebnisse der Bergbaugesellschaften, die im Laufe des ersten Halbjahres 1910 ihre Bilanzen bekannt gaben, so ergibt sich ein Bild auf die stattliche Zahl von 136 Aktiengesellschaften. Das gesamte werdende dividendenberechtigte Nominalkapital dieser Bergbaubetriebe erfuhr im letzten Geschäftsjahre eine Erhöhung von 1 011 915 auf 1 042 636 Millionen Mark. Bei der Gesamtheit dieser Gesellschaften stellte sich im Vergleich der beiden letzten Geschäftsjahre die an die Aktionäre zur Verteilung gelangte Dividendensumme für das Jahr 1909/10 mit 87,609 Millionen Mark und um 1,057 Millionen Mark niedriger als im Geschäftsjahre 1908/09. Auf die einzelnen Zweige des deutschen Bergbaus verteilte sich die Dividendensumme der im ersten Halbjahre 1910 berichtenden Gesellschaften im Vergleich der beiden letzten Geschäftsjahre wie folgt:

Menge	Jahr	Kapital		Dividenden	
		in Millionen Mark	1909/10	1908/09	in Prozent
Steinkohlenbergbau	29	221,80	231,00	26,56	13,7
Braunkohlenbergbau	31	116,35	119,75	11,92	10,2
Erzbergbau	6	84,62	36,42	1,52	4,4
Salzbergbau	20	159,55	180,80	5,72	3,6
Schmelzbergbau	11	28,40	28,40	2,48	8,7
Wässriger Bergbau	15	77,52	77,52	7,12	9,2
Hütten, gem. Betriebe	24	373,63	388,75	30,01	8,0
Insgesamt	136	1011,92	1042,64	89,27	8,8

Im Kohlenbergbau ging bei den Steinkohlen fördernden Betrieben die Prozentziffer der Dividende um 2,2 Proz. zurück, während sich bei den Braunkohlengruben das Dividendenresultat um 0,7 Proz. günstiger gestaltete. Ebenso erhielt die gleiche Gesellschaftslage im Kohlenbergbau an einem Vergleich der in den beiden letzten Geschäftsjahren für Abschreibungen aufgewendeten Kapitalien, die im Steinkohlenbergbau einen Rückgang von 17,88 auf 16,81, im Braunkohlenbergbau aber eine Zunahme von 12,08 auf 13,06 Mill. Mark aufwies.

Die Bedürfnisfrage.

In der kapitalistischen Handelspresse begegnen wir einem Stoßseufzer darüber, daß die Oppelner Porzellanfabrik Silesia ihre Fabrikanlagen verdoppeln will, obgleich dafür angeblich gar kein Bedürfnis vorliegt; die alten Werke — d. h. die Konkurrenzbetriebe der Silesia — könnten noch 1 1/2 Millionen Faß Porzellan gemehrt produzieren, als der gegenwärtige Jahresabsatz beträgt. Die Folge der Vergrößerung werde ein milder Konkurrenzkampf sein, der die ganze Industrie möglicherweise an den Rand des Verderbens dringe.

Es ist geradezu komisch zu sehen, wie diese fanatischen Gegner des Sozialismus sich mit einem Male so besorgt zeigen um die Ueber einstimmung der Produktion mit dem Konsum. Kein Bedürfnis soll vorhanden sein? — Freilich nicht, wenn das Bedürfnis des Konsums in Frage kommt. Aber seit wann richtet sich die kapitalistische Produktion nach den Bedürfnissen des Konsums? Ein ganz anderes Bedürfnis ist da maßgebend für die Erweiterung oder Einschränkung der Produktion: nämlich das Bedürfnis nach Verwertung des vorhandenen Kapitals. Der bisher eingeleitete Mehrwert streift nach rentabler Anlage, und deshalb werden die Betriebe vergrößert, in der Hoffnung, der Konkurrenz die Kundschafft abzugeben, ganz ohne Rücksicht auf die Bedürfnisse des Konsums.

Die wirtschaftliche Krise in der Metallverarbeitung. Wie die Berichte der acht deutschen Eisen- und Stahlberufsgenossenschaften auf das Jahr 1909 beweisen, standen diese im vergangenen Jahre noch vollständig im Zeichen der Krise. Bei diesen Genossenschaften zusammen ist die Zahl der beschäftigten Arbeiter von 1 200 288 im Jahre 1907 auf 1 177 799 im Jahre 1908 und 1 171 686 im Jahre 1909 gesunken. Die ausgezahlten Löhne sanken in der gleichen Zeit von 1494 auf 1444 bzw. 1434 Millionen Mark. Wie sehr die Krise auf die Höhe der Arbeiterlöhne drückt, geht daraus hervor, daß der auf einen Arbeiter entfallende Durchschnittslohn von 1246 M. im Jahre 1907 auf 1227 M. im Jahre 1908 und 1225 M. im Jahre 1909 gefallen ist.

Unter dem Rückgang der Beschäftigungsgelegenheit hatte besonders zu leiden die Schlesische Eisen- und Stahlberufsgenossenschaft, die Maschinen- und Kleinereisenindustrie-Berufsgenossenschaft und die Nordwestliche Eisen- und Stahlberufsgenossenschaft. Dagegen haben sich bei der Rheinisch-Westfälischen Hütten- und Walzwerkeberufsgenossenschaft die Geschäfte ein wenig gehoben. Bei letzterer sind die Durchschnittslöhne die höchsten. Sie sind aber auch bei ihr von 1532 M. im Jahre 1907 auf 1460 M. im Jahre 1909 gefallen.

Die Fleischhockkettbewegung in Oesterreich greift immer weiter, nachdem sie in einigen niederösterreichischen Städten Erfolge erzielt hat. Nun ist auch in der ostböhmischen Industriestadt Braunau der Fleischhockkett erklärt worden. Wie der Wiener Vizebürgermeister Herkommer einem Vertreter der „Neuen Freien Presse“ mitteilte, war es auch die Furcht vor dem Fleischhockkett, der die Bürgermeister zu ihrem Scheinmanöver veranlaßte, vom Handelsminister ein Viehaustrittsverbot zu verlangen. Daß dieses erlassen wird, ist bei dem das deutsche Industrievolk an die Agrarier verrätenden deutsch-freiwirtschaftlich-sozialen Regime ganz ausgeschlossen, auch würden die in Ungarn kommandierenden Viehwärter kaum die erforderliche Zustimmung geben.

Gewerkschaftliches.

Die kleinen „Götter“ und das Reichsvereinsgesetz.

Wie das Reichsvereinsgesetz von den Behörden ge-handhabt wird, davon kann der Landarbeiterverband erzählen. Landräte, Amts-vorsteher und andere Despoten machten ihn zum Objekt ihrer Staatsretterei. Es wurde verlangt, daß die öffentlichen Ver-sprechungen der Landarbeiter, in denen die Frage der Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse besprochen wurde, gemäß § 5 des Reichsvereinsgesetzes als politische Versammlungen angemeldet werden sollen. Man kalkulierte, daß wenn ein Gendarm oder Amts-vorsteher die Versammlung überwache, die Landarbeiter es nicht riskieren würden, dort zu erscheinen. In verschiedenen Fällen wurden Geld-strafen gegen die Veranstalter und Leiter von Landarbeiter-Versammlungen verhängt. Die Aktionen der Behörden endeten jedoch in allen Fällen mit einer Niederlage.

In einem Falle erkannte das Schöffengericht Hannover durch Urteil vom 11. Mai d. J. auf Freisprechung des Angeklagten, weil die Versammlung (in Laaben bei Hannover) nicht zur Erörterung politischer Angelegenheiten bestimmt gewesen sei.

Andererseits die Schöffengerichte in Rothenburg a. T. (Bayern), Osterburg (Provinz Sachsen) und Pasewalk (Pommern). Hier kamen die Richter zu Verurteilungen. Alle drei Urteile wurden jedoch durch Landgerichtsurteile aufgehoben. Sehr leicht machte es sich das Schöffengericht in Osterburg. Es stellte fest, daß der Referent in der Versammlung den Text eines zuvor verbreiteten Flugblattes seiner Rede zugrunde gelegt, des Inhalts: „Der Arbeitslohn der Landarbeiter ist viel zu niedrig; die Arbeitskraft wird von den reichen Leuten, den Herren, schamlos ausgenutzt. Der Arbeiter ist vollständig rechtlos. Die geringe Aufbesserung der Lage der Arbeiter ist allein den sozialdemokratischen Abgeordneten zu ver-danken. Zusammenschließung der Arbeiter im festen Verband ist nötig zur Erlangung höheren Lohnes und des dem Arbeiter zu-stehenden Rechts.“ Der Inhalt der Rede beweis, daß es sich um eine politische Versammlung gehandelt habe.

Auf einen entgegengesetzten Standpunkt stellte sich aber das Landgericht Stendal als Berufungsinstanz. Es sagt in dem Urteil vom 8. April d. J.: „Wenn auch die in der Versammlung er-örterte Lohnfrage und die besprochenen wirtschaftlichen Verhältnisse der Landarbeiter öffentliche, nationalökonomische und soziale Fragen sind, so werden sie deshalb noch nicht gleichzeitig politische Ange-legenheiten. Sie werden solche erst, wenn sie von dem wirtschaft-lichen Gebiet auf das politische hinübergeführt werden, wenn also ihre Erörterung eine Änderung sozialer Zustände mittels staatlichen Zwanges, staatlicher Einrichtungen oder Beseitigung geltender Ver-fassungsgrundzüge erstrebt. Dies trifft aber auf die Rede in Oster-burg nicht zu.“ Das Urteil schließt deshalb: „Man kann ja nicht verkennen, daß der organisierte Abschluß der Arbeiterverträge unter Umständen öffentlich-rechtliche, sozialpolitische oder sogar rein poli-tische Bedeutung erlangen kann. Trotzdem bleiben die Arbeiter-verträge, da sie der freien Vereinbarung der Vertragsschließenden unterliegen, lediglich ein Gegenstand des Privatrechts und nicht der Politik.“ Hiernach mußte der Angeklagte freigesprochen werden.“

Zu einem freisprechenden Urteil kam auch das Landgericht E n s b a c h unterm 22. April 1910, gegenüber einem verurteilenden Erkenntnis des Schöffengerichts Rothenburg a. T. Es stellte fest, daß die fragliche Versammlung eine öffentliche war, zu der jeder-mann Zutritt hatte. Für die Anmeldepflicht sei aber entscheidend der nach der ganzen Sachlage von dem Veranstalter ersichtlich ver-folgte Zweck, nicht aber der Inhalt des in der Versammlung Er-örterten. Nach dem Inhalt des Einladungzettels, der sich an staat-liche Waldarbeiter wandte, habe es sich um die Erörterung wirt-schaftlicher und beruflicher Fragen gehandelt. Diese an und für sich nicht politischen Angelegenheiten werden auch dadurch nicht politisiert, daß staatliche Waldarbeiter in Frage kommen. Das Dienstverhältnis der Waldarbeiter ist ein privatrechtliches und unterliegt ausschließ-lich den Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuchs. Die Regelung dieses Privatverhältnisses ist nicht politischer Natur, auch wenn der Staat der Arbeitgeber ist. Die Versammlung wurde aber da-durch nicht zu einer politischen, indem zum Anschluß an den Wald-arbeiterverband aufgefordert wurde. Dies wäre nur der Fall, wenn dieser Verband ein politischer Verein wäre, was er nach seinen für die Entscheidung dieser Frage in erster Linie maßgebenden Statuten nicht ist. . . . Die Versammlung wurde aber auch da-durch nicht zu einer politischen, daß das politische Gebiet im Zu-sammenhang mit der rein wirtschaftlichen Frage der Organisation nebenbei kurz gestreift wurde und daß dies, wie anzunehmen ist, auch von vornherein beabsichtigt war.

Sehr stark weicht auch die Rechtsauffassung des Stettiner Landgerichts als Berufungsinstanz von einem Schöffengerichtsurteil in Pasewalk ab. Letzteres fand, daß eine Versammlung eine „politische“ gewesen sei, weil der Referent nach den einwandfreien Behauptungen des Gendarmereivorstehers sich in seinem Vortrag vor den Landarbeitern fast ausschließlich „mit einer kritischen Besprechung der verschiedenen staatlichen Einrichtungen befaßt habe“. Er habe die — nach seiner Ansicht äußerst schlechten — Lohn- und Wohnungsverhältnisse der Landarbeiter beleuchtet, dargelegt, daß die Befindeordnung beseitigt werden müßte, . . . daß die auch für die Landbevölkerung vorgesehenen Gewerbegebiete (?) abzulehnen seien (eine Gendarmenbefundung, die vom Angeklagten als borer Unfimm abgelehnt wurde, . . . daß die staatliche Alters- und Invaliden-Versicherung völlig unzureichend sei u. a. m. Alle diese Thematika seien ohne Zweifel als „politische“ im Sinne des Reichsvereins-gesetzes zu bezeichnen. Es folgt die Verurteilung auf zwei Kammer-gerichtsurteile vom 28. April 1888 und 7. Januar 1910, nach welchen unter politischen Fragen nicht nur die Gegenstände der Politik im engeren Sinne zu verstehen seien, sondern auch alles, was unter dem Begriff der Staatswissenschaft im weiteren Sinne zu subsumieren sei. „Schließlich lassen auch die in der Versammlung verteilten Statuten, Flugblätter, Zeitungsummern usw. nicht den geringsten Zweifel, daß die Versammlung vor allen Dingen eine Aufreizung der arbeitenden Klassen zum Ansturm gegen bestehende Staatsein-richtungen (huhul) und erst in zweiter Linie vielleicht (1) einen Zu-sammenschluß der Landarbeiter zum Zweck der Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen bezweckte.“ — Der Angeklagte wurde verurteilt, weil die „politische Versammlung“ polizeilich nicht an-gemeldet war.

Dagegen kam das Landgericht Stettin am 21. Juli d. J. zu einer Aufhebung dieses Urteils und Übernahme der Kosten auf die Staatskasse. Das Urteil stellt fest, daß der Redner in der Ver-sammlung zur Erreichung besserer Lebensstellung und höherer Löhne den Anschluß an den Landarbeiterverband empfohlen, die preussische Befindeordnung und andere (sozialpolitische) Gesetze be-rührt habe. Das Urteil läßt es dahingestellt sein, ob sich aus den Worten „zur Erörterung“ (politischer Angelegenheiten, § 5 R. V. G.) ergibt, daß für die Entscheidung der Frage der Anmeldepflicht nicht der Inhalt des in der Versammlung Erörterten maßgebend sei, son-dern der nach der ganzen Sachlage von dem Veranstalter der Ver-sammlung ersichtlich verfolgte Zweck. „Die Versammlung ist nicht dadurch zu einer politischen geworden, daß auch das politische Ge-biet, z. B. Befindeordnung, Gewerbegebiete im Zusammenhang mit den rein wirtschaftlichen Fragen der Verbesserung der Lebensstellung und der Organisation nebenbei gestreift und berührt ist, auch wenn dies, wie anzunehmen, auch von vornherein beabsichtigt gewesen ist. Ein derartiges kurzes Streifen wird sich bei einem Vortrag nicht vermeiden lassen und kann als ein Erörtern nicht angesehen werden. Die fragliche Landarbeiterversammlung sei daher als eine nicht-politische anzusehen, für die nach § 5 R. V. G. keine Anmeldepflicht bestand.“

Somit liegen Urteile von preussischen und einem bayrischen Ge-richt vor, nach denen die Versammlungen des Landarbeiterverbandes keine politischen und daher auch nicht der Anmeldepflicht unter-liegen, so lange der Referent kein Thema behandelt, das seiner Natur nach von vornherein als ein politisches zu betrachten ist.

Berlin und Umgegend.

Die Tarifbewegung der Jalouffearbeiter.

In einer sehr zahlreich besuchten Branchenversammlung der Jalouffearbeiter am Montag bei Voelter in der Webersstraße berichtete K o s e m a n n über die gegenwärtige Situation, die infolgedes günstig sei, als es in der Branche nicht an Arbeit fehle, die Organisation stark und der Drang nach Verbesserung der Verhältnisse allgemein sei. Die Fabrikanten hätten am letzten Freitag eine Sitzung ab-gehalten, um, wie es in der Einladung hieß, über den „Streik“ der Jalouffearbeiter zu beraten. Das Wort „Streik“ in der Ein-ladung sollte offenbar dazu dienen, die Fabrikanten aufzurütteln, denn tatsächlich handelte es sich ja vorläufig um eine Tarif-bewegung, die die Arbeiter, soweit es möglich wird, ohne Kampf durchführen möchten. Es liege also an den Fabrikanten selbst, ob sich aus der Bewegung ein Streik entwickelt oder ob sie auf friedlichem Wege beendet werden kann. Die Beratungen der Fa-brikanten zeugten von großer Uneinigkeit in ihren Reihen. Einige äußerten, daß sie bewilligen wollten, andere meinten, daß sie unter keinen Umständen Zugeständnisse machen, ja nicht einmal den alten Tarif anerkennen wollten. Im allgemeinen ging die Stimmung dahin, daß man erst einmal abwarten wolle, bis die Arbeiter mit ihren Forderungen an die einzelnen Fabrikanten herantreten. Zu Verhandlungen mit den Arbeitern haben sie sich also nicht bereit ge-funden, obwohl es in diesem Frühjahr die Fabrikanten waren, die den Wunsch nach Abschluß eines neuen Tarifs geäußert hatten. Der Redner erklärte zum Schluß, daß man nochmals versuchen müsse, Ver-handlungen mit den Fabrikanten anzuknüpfen, wenn aber das nicht zum Ziele führe, den anderen Weg zu wählen habe. Er überließ es im übrigen erst einmal der Versammlung, ihre Meinung über diese Frage zu äußern.

In der lebhaftesten Diskussion zeigte es sich deutlich, daß die Jalouffearbeiter, wenn alle Versuche einer friedlichen Vereinbarung scheitern, den offenen Kampf nicht scheuen. Es trat eine starke Strömung für sofortige Arbeitsniederlegung hervor, jedoch beschloß die Versammlung, daß die Vertrauensmänner in den einzelnen Ver-trieben anderen Tages noch einmal bei den Fabrikanten vorstellig werden sollten. Von der Antwort der Fabrikanten hängt es nun ab, ob es in ihren Betrieben zur Arbeitsniederlegung kommt oder nicht.

Deutsches Reich.

Der Krieg auf den Werften.

Von den streikenden Werftarbeitern Hamburgs meldeten sich am Montag zur Kontrolle: Metallarbeiter 8552, Schmiede 420, Fabrikarbeiter 477, Holzarbeiter 208, Kupfer- und Eisenarbeiter 68, Heizer und Maschinenisten 138, Schiffszimmerer 539 und Maler 96, insgesamt 5583. Von den ursprünglich gemeldeten 6574 Streikenden, soweit sie den freien Verbänden angehörten, welche Zahl sich durch spätere Meldungen etwas erhöht hat, sind über 1000 abgereist oder anderweitig in Arbeit getreten.

Die „Hamb. Nachrichten“ nehmen sich in ihrer Morgenausgabe vom Dienstag der armen Unorganisierten an, die keine Unterstützung erhielten. Sie nennen den Beschäftigten einen „schmählichen Vertrauens-bruch“. Das edle Blatt ist überhaupt mit den Beschäftigten der Streikenden nicht einverstanden, ein Beweis dafür, daß diese sich auf dem rechten Pfade befinden. Wäre Uneinigkeit unter den Werft-slaven entstanden, dann hätte das Scharfmacherorgan aus einem anderen Loch gepiffen.

Buchdruckereibesitzer als Scharfmacher.

Der „Deutsche Buchdruckerverein“ ist am 30. Juli unter Voll-ziehung des Beschlusses der Stuttgarter Hauptversammlung dem Bunde der Industriellen beigetreten. Herr Dr. Petersmann, der Vorsitzende, in Leipzig leist jedoch mit, daß den Mitgliedern des Buchdruckervereins die Beteiligung an der Streikversicherung offen steht; sie dürfen sich nur in Dresden anmelden bei der „Gesell-schaft des Verbandes sächsischer Industrieller zur Entschädigung bei Arbeitseinstellungen“. Die Gemeinsamkeit der Tendenzen des Bundes werden, so sagt der Vorsitzende Dr. Petersmann, den Be-ziehungen der Buchdrucker größeren Nachdruck verschaffen; in der Gemeinschaft dieses einflussreichen Industriellenverbandes fände sich der Buchdruckerverein wohler gegenüber „verschiedenen An-feindungen“ aus Arbeitgeberkreisen.

Aus den Bedingungen für die Streikentschädigung heben wir hervor: Eintrittsgeld: 50 Pfg. und Mitgliedsbeitrag: 1 Mk. pro 1000 Mark Jahreslohnsumme. Entschädigung bei Streik: pro streikenden Arbeiter 25 Proz. des durchschnittlichen Tagesverdienstes. Entschädigung bei Ausperrungen: 25 Proz. wie vorstehend, wenn die Zahl der bei einer Firma ausgesperrten Arbeiter 500 nicht über-schreitet; sonst kann noch gewährt werden für 501—1000 Ausgesperrte 12½ Proz., für 1001—2000 Ausgesperrte 7½ Proz., für 2001—4000 Ausgesperrte 5 Proz., über 4000 Ausgesperrte 2½ Proz. Es müssen die Buchdruckereibetriebe sich auf eine 5jährige Mitgliedschaft verpflichten. Die Auszahlung der Entschädigungen erfolgt nach der Zusammenstellung am Jahresschlusse innerhalb 3 Monaten; Vorschub wird in dringenden Fällen gewährt.

Wenn das am grünen Holze passiert . . .

Die Wahlen der Sicherheitsmänner im Waldenburger Kohlen-revier haben mit einer vollständigen Niederlage für die Reichstreuen und die mit ihnen verbündeten Hochabteiler und Girlich-Dunderschen Gewerksvereine geendet. In allen Revieren, wo gewählt wurde, ist ein großer Sieg des Bergarbeiterverbandes zu verzeichnen.

Auf den sächsischen Kohlen- und Kokswerken sowie auf der Wenzelsgrube blieb den Reichstreuen kein einziges Mandat. Hier wurden nur Verbändler gewählt. Auf dem Fürstlich Pleßschen Bahnschacht, dem Hauptstich der Reichstreuen, wurden von 22 Sicher-heitsmännern 11 Verbändler gewählt, obwohl die Reichstreuen den Verbändlern hier überhaupt keinen Sicherheitsmann prophezeiten. Auf den Beitzheimer Gruben war die Niederlage eine noch größere. Von 15 Sicherheitsmännern und 4 Ausschussmitgliedern erhielt der Bergarbeiterverband 18 Mandate sofort, das letzte ist in einer aus-schreitenden Stichwahl zu verteidigen. Auf den Hermsdorfer Gruben wurden 15 Verbandsmitglieder gewählt, vier sehen ebenfalls in aussichtsreicher Stichwahl. Hier waren 22 Mandate zu vergeben.

Dieser Sieg wurde errungen in dem Gebiet, wo die reichstreuen Bergarbeiter vom Fürsten v. Pleß ausgeschlossen werden, wo ein Gustav Ermert seit Jahren tätig ist. Daß Grubenbeamte in ungeschicklicher Weise die Wahl zugunsten der Grubenbarone beeinflussen wollten, versteht sich von selbst. Den Reichstreuen wird jetzt schon angst und bange vor den nächsten allgemeinen Knapp-schaftswahlen.

Ausland.

Beendigung des Kampfes in der Textilindustrie zu Enschede. Die Textilarbeiter von Enschede haben Ende voriger Woche be-schlossen, den Streik bei der Firma Wenco, der die Veranlassung zu der allgemeinen Aussperrung bildete, aufzuheben, nachdem das Komitee der Fabrikanten versichert hatte, daß der Arbeiterchaft bei Wenco in Zukunft eine gerechte Behandlung zuteil werden soll. Die modern-organisierten Textilarbeiter waren von diesem Ver-sprechen, das ja etwas Sicheres nicht bietet, nicht befriedigt und gaben sich erst auf Drängen der Christlich-organisierten damit zufrieden. Die Fabrikanten haben nun auch die Aussperrung auf-gehoben.

Der Prozeß der Bucks Stove Co.

gegen den amerikanischen Gewerkschaftsbund wegen Vorkott-schädigung, in dessen Verlauf bekanntlich Gumpers und zwei weitere Beamte des Bundes zu längeren Gefängnisstrafen verurteilt wurden, hat jetzt eine für die Gewerkschaften höchst ehrenvolle Wendung ge-nommen. Die klagende Firma hat mit dem Bunde und mit den

beteiligten Gewerkschaften ein Abkommen geschlossen, nach welchem der Bund den Vorkott aufhebt und die Firma zur Organisation ihrer Arbeiter die Einwilligung gibt und ihre Prozeßlage zurück-nimmt. Dieser nach mehrjährigem Kampfe von den Gewerkschaften erfochtene Sieg läßt jedoch die Unternehmerorganisation nicht ruhen, sie erklärt, daß die Klage gegen den Gewerkschafts-bund auch in dieser Sache nunmehr von ihr selbst weitergeführt werden wird.

Verfammlungen.

Schiffdeigner, Boot- und Steuerleute. Am Sonntagnach-mittag fand in der „Neuen Philharmonie“ eine äußerst gut besuchte Versammlung der „Winnenschiffer“ statt, in der Genosse Julius Hildebrandt-Rigdorf über: Die politische Lage und die „Winnenschiffer“ referierte. Redner zeichnete ein treffendes Bild von den derzeitigen politischen Verhältnissen und unter-zog die Tätigkeit des Reichstages, besonders seit 1907, einer scharfen Kritik. Unter allseitiger Zustimmung ging Redner speziell auf die Lage der Winnenschiffer ein und zeigte an vielen schlagenden Beispielen, wie sie gerade von den Jollen in außerordentlicher Weise betroffen und sie obendrein noch bei der Ausübung ihres Gewerbes auf jede Art schikaniert werden. Mit einem flammenden Appell an die Anwesenden, bei der kommenden Reichstagswahl den Volksvertretern und Volksausdeutern die gebührende Antwort zu geben, schloß der Referent unter großem Beifall seinen Vortrag. In der Diskussion ergänzte Genosse Schwedler die Aus-führungen des Referenten noch nach manchen Seiten hin. Auch wies er auf die Schurigkeiten hin, denen die Schiffer von seiten der Schiffsbeamten ausgesetzt sind, und belegte dies durch einige besonders krasse Beispiele. Er erntete bei der Versammlung leb-haft Zustimmung, als er die Aufforderung ergehen ließ, die Kriegervereine zu meiden, in die Wahlvereine einzutreten und die sozialdemokratische Presse zu abonnieren. Auch der Vorsitzende von den Winnenschiffern in Berlin, Genosse Schünung, griff sehr wirkungsvoll in die Debatte ein und zeigte den Anwesenden, daß es nicht genüge, Versammlungen zu besuchen und Beifall zu spenden, es müsse auch gehandelt werden. Im Winter werde die Agitation in den Schifferkreisen mit erneuter Energie aufgenommen werden.

Schiffer Ganger erklärte, daß diejenigen Schiffer, die der Sozialdemokratie fernstehen, auf solchem Wege seien; denn nur die Sozialdemokratie sei die Partei der arbeitenden Klassen. Lieber sei ihm ein Liebschützling als zehn Paulis, der den Mittelstand vertreten wolle, aber den Konservativen nachlaufe. Jeder Schiffer müsse sozialdemokratisch wählen. Im gleichen Sinne beteiligten sich noch andere Schiffer an der Debatte, die allen ihren Klagen Ausdruck gaben.

Schwedler ging noch auf die Kinderschifferschulen ein, wo die Kinder nur im Sinne der Besitzenden und Herrschenden zu-rechtgeföhrt werden, und weist im Gegensatz hierzu auf die Be-ziehungen der Sozialdemokratie hin, die für eine tendenzlose wirkliche Volksschule eintrete.

Nach einem Schlußwort des Referenten schloß Genosse A h s c h e von der Agitationskommission die Versammlung mit der Auf-forderung, in die Organisationen einzutreten, die sozialdemo-kratische Presse zu lesen und besonders auch die Frauen aufzu-klären. Mit einem begeisterten Hoch auf die Sozialdemokratie gingen die Anwesenden auseinander.

Die Jahrestelle Berlin des Deutschen Tabakarbeiterverbandes hielt am 11. August im „Rosenbalter Hof“ ihre ordentliche Mit-gliederversammlung ab. Die Abrechnung ergab in der Hauptklasse eine Einnahme und Ausgabe von 5366,36 Mark. Der Etat der Lokalkasse bilanziert mit 7505,57 Mark. Die Mitgliederzahl betrug am Schluß des 2. Quartals 766. Mit einer Ausnahme erklärten sich sämtliche Redner mit den Arbeiten der letzten General-versammlung des Verbandes einverstanden.

Zentralverband der Schuhmacher Deutschlands. Die Jahrestelle Berlin hatte am Montag eine Branchenversammlung der Ballschuh-macher einberufen, in der Hamann über die verflochtene Lohn-bewegung berichtete. Redner gab ein Bild von der Bewegung und betonte, daß in Zukunft mehr Wert auf die Konferenzen gelegt werden solle, sonst würden leicht wieder Abzüge eintreten, wie dies in früheren Fällen zu verzeichnen war. Die Hauptfrage in der letzten Lohnbewegung ist die Lohnverbesserung in den Massenartikeln (Lad-artikeln) gerade in den Betrieben, die hierbei besonders in Betracht kamen, sei eine wesentliche Verbesserung eingetreten. Angesichts der Tatsache, daß die Lohnbewegung schöne Erfolge gebracht habe, ohne größere Opfer zu kosten, könne man mit dem Verlauf zufrieden sein. Eine Diskussion fand nicht statt. Als zweiter Branchenleiter wurde Schichold gewählt.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Die Opfer der Schiffskatastrophe.

Tarifa, 18. August. (W. T. W.) Bei dem Untergang des mit dem deutschen Dampfer „Elsa“ zusammengestoßenen spanischen Dampfer „Marton“ sind 45 Personen ertrunken. 65 Personen sind von der „Elsa“ an Bord genommen worden. (Siehe unter Vermischtes.)

Die Gefahren der Aviatik.

Gastfina, 16. August. (W. T. W.) Leutnant Rogotow ist mit seinem Flugapparat infolge eines Motorschadens abge-stürzt. Der Apparat ist total zerbrochen. Bei dem Sturze er-litt Rogotow schwere Verletzungen.

Budapest, 16. August. (W. T. W.) Der Aviatiker Adorjan stürzte bei Budapest aus einer Höhe von 12 Metern ab und kam unter den Flugapparat zu liegen. Er erlitt schwere Verletzungen.

Wieder ein Eisenbahnunglück in Frankreich.

Evon, 16. August. (Preß-Zel.) Auf dem Bahnhof von Craponne stieß ein Personenzug auf einen infolge Maschinen-defektes auf dem Einfahrgleis stehenden zweiten Personenzug der West-Lyonnais-Bahn. Die ersten Wagen wurden ineinander-geschoben. Mehrere Personen sind verwundet. Da der einfahrende Zug nur mit vermindelter Geschwindigkeit fuhr, wurde ein größeres Unglück vermieden.

Vom Automobil getötet.

Frankfurt a. M., 16. August. (W. T. W.) In K e l s e r b a c h wurde ein 65jähriger Knabe vom Automobil der Kunstseidenfabrik über-fahren und sofort getötet.

Ein Neinsall Roosevelts.

New York, 16. August. (W. T. W.) Der republikanische Aus-schuss, der die Vorbereitungen für den am 27. September in Saratoga zusammentretenden Staatskonvent trifft, hat den Vorschlag, Roosevelt zum Präsidenten des Konvents zu machen, abgelehnt und einstimmig den Bundespräsidenten S h e r m a n für diesen Ehrenposten ausersuchen.

Die Pest in Odessa.

Odessa, 16. August. (W. T. W.) In den letzten vier Tagen sind hier elf Erkrankungen vorgekommen, bei denen Pestverdacht vorliegt. Seit Beginn der Epidemie sind 16 Personen an Pest er-krankt, in 7 Fällen liegt Pestverdacht vor. 13 Erkrankte wurden geheilt, 7 starben.

Die Taktik im Wahlrechtskampf.

IX.

Im dritten Teil ihres Artikels wendet sich Genossin Lugenburg gegen die, das Kautsky'sche „Ermattungsstrategie“ — eine neue Etikette für alte, wohlbelannte Dinge, die Ausnutzung der parlamentarischen Mittel des bürgerlichen Staates zum täglichen Klassenkampf zur Ausflüchtelung, Sammlung und Organisation des Proletariats — direkt zum „politischen Testament“ Friedrich Engels' erklärte. Engels habe in seinem Vorwort zu den „Klassenkämpfen in Frankreich“ dargelegt, daß das Jahr 1848 auch und unrecht als die „Revolutionsjahre“ und Engels damals auch noch glaubten, daß man, da alle bisherigen Revolutionen Minoritätsrevolutionen waren, auch die sozialistische Umwälzung auf dem Wege einer Ueberrumpelung durch eine revolutionäre Minorität einleiten könne. Engels legt dar, wo es sich um eine vollständige Umgestaltung der gesellschaftlichen Organisation handelte, müßten die Massen selbst mit dabei sein, selbst schon begriffen haben, worum es sich handelt, für was sie eintreten sollen. Als hervorragendes Mittel zur Führung des Kampfes in diesem Sinne hebt er die Benutzung des allgemeinen Wahlrechts hervor. Weiter zeigt Engels, daß die Met. Lion alten Stills, der Straßenkampf mit Barricaden veraltet ist. Dieses „politische Testament“ Engels habe mit der heutigen Situation und mit der Frage des Massenstreiks nichts zu tun. Denn niemand habe an die plötzliche Einführung des Sozialismus durch den Massenstreik oder an einen Barricadenkampf gedacht, noch gegen die Benutzung des allgemeinen Wahlrechts oder gegen die Ausnutzung des Parlamentarismus geeifert. Das Engels'sche Testament wende sich, da es die veraltete Taktik der Ueberrumpelungen kritisiere, höchstens gegen den Genossen Kautsky selbst, der ja den Massenstreik als einen vom „Kriegsrat“ geheim ausgehenden Ueberrumpelungsstreik auffasse. In diesem Umstand, der beweise, wie wenig die Kautsky'sche Ermattungsstrategie mit dem Engels'schen Testament im Einklang stehe, führt der Artikel an, daß Eduard Bernstein in den „Sozialistischen Monatsheften“ mit denselben Argumenten, stellenweise in fast wörtlicher Uebereinstimmung mit Kautsky, gegen die Lösung des Massenstreiks in der gegenwärtigen Situation aufträte.

Der Massenstreik, wie er gegenwärtig im preussischen Wahlrechtskampf zur Debatte steht, war und ist von keinem Menschen als Gegenlag zum Parlamentarismus, sondern als seine Ergänzung, ja, als Mittel, parlamentarische Rechte zu erringen, gedacht. Nicht als Gegenlag zum täglichen Werke der Schulung, Aufklärung und Organisation der Massen, sondern als ein hervorragendes Mittel, gerade die Schulung, Aufklärung und Organisation der proletarischen Massen zu fördern. Da Genosse Kautsky nun diesem so gebachten Massenstreik unsere altbewährte Taktik des Parlamentarismus entgegenstellt, empfiehlt er in Wirklichkeit vorläufig und für die gegenwärtige Situation einfach Nichts als Parlamentarismus; nicht im Gegensatz zum utopischen Sozialismus, wie Engels, sondern im Gegensatz zur sozialdemokratischen Massenaktion des Proletariats zur Erringung und Ausübung politischer Rechte.

Genossin Lugenburg wendet sich also dem gegen Kautsky'schen Anschauung, daß von den kommenden Reichstagswahlen „alles Heil zu erwarten sei“. Sie glaube nicht, daß die Ausmalung des künftigen Sieges in gar so leuchtenden Farben angebracht sei, sondern halte dafür, es sei besser, uns auf die Wahlen mit allem Eifer und aller Energie, aber ohne übertriebene Erwartungen vorzubereiten. Was aber habe der künftige Reichstagswahlkampf mit der Frage des preussischen Wahlrechtskampfes heute zu tun. Genosse Kautsky erwarte, der Wahlausfall werde „eine ganz neue Situation“ schaffen. Die könne, da selbst 125 sozialdemokratische Abgeordnete immer noch eine Minorität im Parlament wären und damit also zunächst noch durchaus keine Umwälzungen der politischen Verhältnisse gegeben sei, nur im Staatsstreik, in der Kasserung des Reichstagswahlrechts bestehen. Dann, meine Kautsky, würden wir mit allen Mitteln, auch mit dem Massenstreik vorgehen. Wenn aber der Massenstreik nicht eintrete, so seien die ganze Kombination und die großen Aktionen in sich zusammen.

Suchen wir freilich unsere Taktik nicht auf die Reichstagswahlen und den Staatsstreik zuzuspitzen, wollen wir uns überhaupt nicht auf bestimmte Zukunftskombinationen einrichten, dann kann uns die Frage, ob wir mehr oder weniger Mandate bei den nächsten Wahlen erobern, ob der Staatsstreik dann erfolgt oder nicht, ziemlich läßig lassen. Nun wir nur in jedem

Moment in der Gegenwart unsere Pflicht, um in jeder gegebenen Situation das Höchstmögliche an Aufrüttelung und Ausflüchtelung der Massen zu leisten und auf der Höhe der Situation und ihrer Anforderungen zu sein, dann werden wir bei dem weiteren Gange der Ereignisse unsere Rechnung finden. Will man hingegen, wie Genosse Kautsky, eine ganze „Ermattungsstrategie“ für heute mit einer Aussicht auf Großtaten der „Niederwerfungsstrategie“ im nächsten Jahre begründen, wobei diese letztere auch noch erst von einem eventuellen Staatsstreik abhängig ist, dann bekommt unsere „Strategie“ eine leichte Wehrlücke mit derjenigen der leibbürgerlichen Demokraten in Frankreich, die Marx im „Achtzehnten Brumaire“ so genial charakterisiert hat: Ueber die eigenen Hoffnungen und Niederlagen in der Gegenwart pfeiften sie sich mit der Hoffnung auf Großtaten bei der nächsten Gelegenheit zu trösten. Ueber den 18. Juni verträsteten sie sich mit der tiefen Weandung: „Aber wenn man das allgemeine Wahlrecht anzugreifen wagt, aber dann! Dann werden wir zeigen, wer wir sind. Nous verrons...“

Im vierten Teil behauptet Genossin Lugenburg, Kautsky hätte seinen Mahnruf im Namen der „Ermattungsstrategie“, die alle ihre Hoffnungen auf die kommenden Reichstagswahlen lege, nicht erst gegen die jegliche Erörterung des Massenstreiks, sondern bereits gegen die Straßendemonstrationen richten sollen, ja schon gegen den Beschluß des preussischen Boteles, der in seiner Resolution die Anwendung „aller zu Gebote stehenden Mittel“ in Aussicht stellte, wobei der Referent erklärte, daß darunter auch der Massenstreik zu verstehen sei und daß seine Anwendung abhängig von dem Grade der Entflammung, den wir in den Massen hervorgerufen. Die Demonstrationen seien somit von vornherein im Zusammenhang mit der Lösung eines eventuellen Massenstreiks gedacht gewesen, als Mittel, jenen Grad der „Entflammung der Massen“ zu erreichen, bei dem die schärfsten Mittel zur Anwendung kämen. Diese Demonstrationen seien also bereits bedenklich aus dem Rahmen der „Ermattungsstrategie“ ins Gebiet der „Niederwerfungsstrategie“ heraus und seiteten zu dieser letzteren direkt hinüber.“ Umjomehr, als die Straßendemonstrationen allein und mehr noch als der Massenstreik die Eventualität eines Zusammenstoßes mit der Militärmacht in sich trügen, eine Eventualität, die die „Ermattungsstrategie“ vermeiden müsse. Selbstverständlich befürworte aber Genosse Kautsky die weitere Anwendung von Straßendemonstrationen. Freilich wolle er sie ohne Steigerung, ohne Zuspitzung. Das sei aber eine rein theoretische Auffassung der Demonstrationen, der Massenaktion überhaupt, die mit ihren wirklichen praktischen Bedingungen nicht rechte.

Wenn wir große proletarische Massen auf die Straße zur Demonstration rufen; wenn wir ihnen erklären, die Situation sei eine derartige, daß einzig und allein durch ihre eigene Massenaktion, nicht durch parlamentarische Aktionen, der Zweck erreicht werden könne; wenn es gelingt, immer mehr die Massen zu entflammen; wenn die Straßendemonstrationen immer mächtiger und der Plan, die Kampfstimmung, immer größer, zugleich die unvermeidliche Verschärfung der Verhältnisse mit der Staatsmacht, die Möglichkeit der Zusammenstoßes mit der Polizei und dem Militär immer größer wird, dann erstreckt in den Massen von selbst die Frage: Was weiter? Die Demonstrationen bringen ja die Lösung nicht; sie sind der Anfang, nicht das Ende der Massenaktion; sie schaffen zugleich von selbst eine Zuspitzung der Lage. Und wenn die von uns entfachte Massenbewegung nach weiteren Zwickeln, weiteren Ausflüchteln ruf, so müssen wir ihr diese weiteren Ausflüchteln zeigen, oder — wenn wir das aus diesem oder jenem Grunde nicht in Stunde sind — dann bricht auch die Demonstrationenbewegung über kurz oder lang zusammen, sie muß zusammenbrechen.

Kautsky bestreite das unter Berufung auf Oesterreich, wo der Wahlrechtskampf ein Duzend Jahre gedauert habe, wo man die Bewegung ohne jede Steigerung und Zuspitzung im Gang halten konnte. Darin irre Kautsky. Die Massenbewegung habe vielmehr von 1897 bis 1905, also etwa acht Jahre lang vollständig daniedergelegen. Auf allen Parteitagen der österreichischen Genossen bildeten die Klagen über diesen Zusammenbruch der Massenaktion eine ständige herrschende Note. Der Artikel zitiert verschiedene derartige Äußerungen auf den österreichischen Parteitagen. Erst unter dem unmittelbaren Eindruck des österreichischen Massenstreiks in Rußland, der das Verfassungsverweigerungsmanifest des 30. Oktober erzog, wurde eine Massenbewegung in Oesterreich wieder möglich. Zufällig habe das österreichische Proletariat die Wahlreform nur in den zwei stürmischen Anläufen anfangs der 90er Jahre und 1905 durchgesetzt, und

beide Male sei die Bewegung mit der Entschlossenheit zum Massenstreik fest verknüpft gewesen. Im Jahre 1905 waren die Vorbereitungen zum Massenstreik in ernstester Weise getroffen. Es kam nur deshalb nicht dazu, weil die Regierung alsbald das geforderte Zugeständnis machte.

Bezeichnenderweise tauchte auch in Oesterreich, als in der tristen Zwischenzeit nach Mitteln gesucht wurde, die Massenbewegung zu beleben, jedesmal wieder — die Lösung des Massenstreiks auf. In Graz wie in Salzburg verwandelte sich die Debatte über die Wahlrechtsbewegung in eine Debatte über den Massenstreik. Die Genossen wählten nämlich alle, was Engel in Graz ausgesprochen hat: „eine Wahlrechtsbewegung könne man nur dann einleiten, wenn man sie bis zum Ausschreiten durchzuführen entschlossen sei“. Freilich habe die Entschlossenheit allein nicht, denn weder Massenstreik noch Massendemonstrationen lassen sich künstlich aus dem Boden stampfen, wenn die politische Situation einerseits und die Stimmung der Massen andererseits nicht eine entsprechende Steigerung erfahren haben. Man soll sich aber keinen Illusionen hingeben, daß man ungekehrt eine Massenbewegung, daß man Demonstrationen jahrelang ohne Steigerung und ohne die Entschlossenheit zum schärfsten Kampf aufrechterhalten könne.

Wie wenig dies möglich ist, beweist der bisherige Verlauf unserer eigenen Wahlrechtsbewegung in Preußen. Daß vor zwei Jahren die begonnene Demonstrationenbewegung nach kurzer Zeit eingestiegen wurde, obwohl der Plan der proletarischen Masse durchaus nicht im Abflauen begriffen war, ist ja eine bekannte Tatsache. Aber auch in diesem Jahre verläßt die Bewegung in gewisser Hinsicht dieselben Pfade. Bei jeder großen Demonstration, die in Berlin veranstaltet wurde, hatte man das deutliche Gefühl, daß sie mit dem inneren Gedanken unternommen wurde: „Nun aber Schluss!“ Nach der großartigen Demonstration im Tiergarten am 6. März, die ein großer Schritt vorwärts war von der Demonstration des 12. Februar, war die Stimmung der Massen in Berlin so gehoben, daß sich für die Partei, wenn es ihr wirklich darum zu tun war, die Demonstrationen „immer mächtiger“ zu gestalten, die Pflicht ergab, eine nächste passende Gelegenheit zu ergreifen, um eine neue noch wirksamere Demonstration zu veranstalten. Eine solche Gelegenheit bot sich aber, und eine glänzende — am 18. März oder wenigstens am nächsten Sonntag nach dem 18. März. Anstatt dessen und um dieser Demonstration aus dem Wege zu gehen, wurden am 15. März jene drei Duzend Versammlungen in Berlin angeordnet, die angesichts der Stimmung der Massen und nach dem 6. März einen kläglichen Rückschlag bedeuteten. Der 18. März aber — ein Datum, das in diesem Jahre für die Massenbewegung eine Bedeutung und Aktualität erlangt hatte, wie noch in keinem früheren Jahre, der Jahrestag der deutschen Revolution und der Pariser Kommune, der sich für die Aufrüttelung der Massen, für politische Rückblicke und geschichtliche Analyse, für unermüderliche Kritik der bürgerlichen Parteien glänzend bewerteten ließ — der 18. März wurde in Berlin überhaupt nicht gefeiert. Weder eine Demonstration, noch auch nur Massenversammlungen, noch eine Gedächtnisfeier — ein mütter Leitartikel im „Vorwärts“ und keine Zeile in der „Neuen Zeit“ — das war die Art, wie man die ausgezeichnete Stimmung der Massen zu „immer machtvolleren Demonstrationen“ wahrgenommen hat. Und dies ist ganz natürlich. Gebt man nicht an die Demonstrationen mit der klaren Entschlossenheit heran, die Bewegung immer weiter zu treiben und vor ihren Konsequenzen nicht zurückzufahren, dann ergibt sich jene Jagdbarkeit, die der Möglichkeit jeder stürmischeren Demonstration lieber aus dem Wege geht.

Genossin Lugenburg meint weiter, wenn in den Provinzen, wo die Genossen auch den 18. März nach Möglichkeit ausgenutzt haben und wo die Lösung des Massenstreiks immer lauter wurde, die Kampfstimmung und die Entschlossenheit nicht so groß gewesen wäre, so wäre es nicht zu den Demonstrationen des 10. April gekommen. Nachdem man aber in Berlin am 10. April den großen Sieg über die Reaktion erfochten, das Recht auf Straßendemonstrationen durchgedrückt habe, sei es die Pflicht der Partei gewesen, dies neu erlangene Recht aufs äußerste auszunutzen. Aber während es im ganzen Lande am 1. Mai selbst in den kleinsten Orten Straßendemonstrationen gab, habe in Berlin keine stattgefunden, weder eine erlaubte, noch eine unerlaubte.

Während die parlamentarische Behandlung der Wahlrechtsvorlage — das Hinundher zwischen dem Herrenhaus und dem Abgeordnetenhaus — noch eine monatelange Frist und Gelegenheit zu Demonstrationen bietet, und während die Stimmung der

Kleines feuilleton.

Die Bilanz der Flugmaschinenindustrie. Die Flugmaschine, deren Führer heute allenthalben Triumphe feiern, ist in den wenigen Jahren ihrer Entwicklung zum Gegenstand einer bedeutenden Industrie geworden, die bereits mit statistischen Zahlen rechnet. Vor einem Jahre noch zählte man alles in allem etwa 100 Aeroplane in Europa; heute haben die Militär-Verwaltungen seit der berühmten ersten Ueberquerung des Kanals allein schon 250 Apparate gebaut, Harman ist über 100 hinausgekommen und mit den übrigen Systemen, die ernsthaft zu rechnen sind, gelangt man zu der überaus hohen Zahl von etwa 800 Maschinen. Rügt man die verschiedenen neuen Typen hinzu, die jetzt überall konstruiert werden, so kann man im ganzen etwa 700 oder 800 Flugmaschinen rechnen. Der kleinere Blériot-Eindecker, der zuerst 10 000 Frs. kostete, wurde nach der Fahrt über den Kanal mit 12 000 Frs. bezahlt, und die neueste Konstruktion kostet je nach dem Motor 16 000—20 000 Frs. Die Preise der anderen Systeme stellen sich nach den Katalogen wie folgt: Henri Farman 28 000, Voisin 23 500—25 000, Antoinette 25 000, Maurice Farman 25 000, Sommer 28 000 Frs. Diese Preise verstehen sich natürlich für die vollständige Maschine; das Gefährt allein ohne Motor kostet etwa die Hälfte. Man sieht aus diesen Zahlen, daß sich die Flugmaschinen heute noch gut bezahlen machen, und eine Anzahl Flieger glauben denn auch Ersparnisse machen zu können, indem sie nicht ganze Apparate, sondern nur einzelne Teile kaufen und dann selbst eine Maschine konstruieren; auch für solche Aufgabe ist die neue Industrie lebhaft beschäftigt. Im ganzen sind in Frankreich seit einem Jahre für etwa 10 Millionen Frs. Flugmaschinen gekauft worden.

Der erste Omnibus. In Paris ist der durch Pferdefeinstöße bewogene Omnibus den Gang aller Fleischhaken gegangen, die Pariser wollen nur noch in „Autobussen“ fahren. Das gibt Antoinette Franca Gelegenheit, in den „Annales“ zu berichten, an welchem Tage der erste Omnibus durch die Straßen von Paris rollte. Der Geburtstag des Omnibus war der 18. März 1825 und er hieß damals noch nicht Omnibus, sondern „Carrosse à cinq sold“ (Wagen zu fünf Grotschen). Der Herzog von Roannez, Gouverneur von Poitou, der Marquis von Courches und der Marquis von Erenan hatten den Plan gefaßt, auf einer bestimmten Strecke Reitwagen zum Gebrauche der Bürger fahren zu lassen. In dem Gründungskomitee befand sich auch Blaise Pascal, und von der Hand seiner Schwester ist uns eine genaue Schilderung sowohl der äußeren Gestalt dieser ersten Omnibusse, wie vor allem auch von der pompösesten Feier erhalten, die an jenem 18. März 1825 stattfand. Man hatte vorher einmal sieben solcher Wagen gebaut, von denen drei an der Porte Saint-Antoine und vier vor dem Lugenburg'schen Stallort waren. Zur bestimmten Zeit fand sich eine große Zahl städtischer und königlicher Beamten und Staatspersonen ein, und der Abgeordnete des Königs hielt eine Rede, in der er auf die Wichtigkeit des neuen Unternehmens hinwies und das „geringe Wohlstand des Königs“ statt mit strengen Strafen bedrohte, falls es gegen die Wagen irgend etwas Geschwändriges unternehme. Dies geschah im Lugenburg. An der Porte Saint-Antoine erfolgte zur

selben Zeit ein gleiches, dann gingen die Wagen, einer nach dem anderen, unter dem Geleit eines Reiters ab. Der Erfolg war schon in kurzer Zeit groß, und besonders die Kaufmannschaft der Rue Saint-Denis verlangte, daß eine zweite Linie durch diese Straße gelegt würde. Man war bereit, ihnen zu willfahren, da befanden sich Roannez und Erenan eines Tages im Louvre und unterhielten den König über diese neue Linie, als Ludwig XIV. sie plötzlich fragte: Und wo bleibt unsere Linie? Infolgedessen wurde die zweite Linie durch die Rue Saint-Honoré gelegt, was am 16. April 1662 geschah.

Ein echter Tropenregen. Wenn in unseren Gegenden gelegentlich einmal ein Regenfall eintritt, der im Verlauf von 24 Stunden mehr als 50 oder gar 100 Millimeter Niederschlagshöhe ergibt, so ist das etwas ganz Außerordentliches, und die in Mitteldeutschland Anfang August in vier Tagen gefallene Regenmenge von 190 Millimeter wurde als ein Rekord für diese Jahreszeit bezeichnet, so lange meteorologische Beobachtungen bestehen. In tropischen Gebieten der Erde geht es denn doch ein wenig anders zu. Besonders ausgiebige Regenfälle hat beispielsweise während des letzten Jahres die Insel Jamaica zu verzeichnen gehabt, und vielleicht ist eine Regenmode, die dort über dem gebirgigen Teil der Insel hinweggezogen ist, als der stärkste Regenfall zu bewerten, der überhaupt bisher irgendwo beobachtet worden ist. Es fielen dort nämlich im Verlauf von acht Tagen 3300 Millimeter, davon 750 an einem einzigen Tage. An einer anderen Station wurden 2900 Millimeter Regenhöhe in 16 Tagen gemessen. Damit ist Jamaica in Wettbewerb mit dem berühmtesten Regenort der Erde getreten, dem Nag Tscherrapundsi in Assam am Südsüds des Himalaja, der die größten Jahresmengen an Niederschlägen überhaupt aufzuweisen hat. Dort ist einmal an einem einzigen Tage ein Regenfall von 1000 Millimetern beobachtet worden und ein anderes Mal ein solcher von 2800 Millimetern in fünf Tagen. Danach kann man sich ungefähr vorstellen, was für Ueberschwemmungen trotz aller Vorsichtsmaßnahmen bei uns eintreten würden, wenn solche Regenfälle hier vorkommen könnten.

Gnurr und Satire.

In der Sauregurtzeit.

Johann Orth gefunden! In einer Laubensolone bei Berlin lebt ein Einsiedler, der den übrigen Kolonisten längst durch sein vornehmeres Wesen verdächtig war. Zufällig sah ihn ein ehe-maliger Intimer Freund Johann Orths, der Kellner Jwerichina, und erkannte ihn sofort. Ein Doppeladlerwapp an der Laube benahm den letzten Zweifel.

Schredliche Ereignisse in Freibad Wannsee. Das häufige rätselhafteste Verschwinden Badender hat eine schredliche Aufklärung gefunden. Meerungenern ist es gelungen, sich in den Wannsee einzuschleichen. Herr Privatier Lepse wurde, während er am Strande seine Zeitung las, das Opfer eines tiefen Otkopus. Frau Restaurateur Krause wurde beim Schwimmen von einem Delfisch verschlungen. Der tollste Herr Gatten noch ein letztes Lebenswohl zuwinken. Der tollste Herr Gatten, welcher Mitglied des Tierchutzvereins ist, ließ dem Haiisch sofort vier Kognals ein-schöpfen.

Der Weltfriede gesichert! Einem sächsischen Ingenieur ist soeben eine Erfindung patentiert worden, die den Bau weiterer Vredanoughts überflüssig und Seelerei in Zukunft unmöglich macht. Von einem Aeroplan aus wird Seifenpulver auf das Meer herabgeschüttet. Durch den Wellenschlag wird ein schöner fester Seifenschaum erzeugt, der die Schiffe völlig einhüllt. Bei den nächsten Flottenmanövern wird die Sache sämtlichen Admiralen der Welt vorgeführt werden. („Simplicissimus“.)

Notizen.

Theaterchronik. Im Kleinen Theater erscheint am Donnerstag Abel Hermans Lustspiel „Luzugug“ wieder auf dem Spielplan. — Das renovierte Friedrich-Wilhelm-Städtische Schauspielhaus eröffnet die neue Spielzeit unter Leitung von Waldemar Rungge am 1. September mit Goethes „Faust“. Es sind weiter in Aussicht genommen: „Die Hermannsschlacht“ von Kleist, „Die Ahnfrau“ von Grillparzer, „Genoveva“ von Heibel, „Nordische Heerfahrt“ von Jöben, „Cyrano von Armand“, „Revolutionshochzeit“ von Michaelis u. a. An Uraufführungen werden u. a. versprochen: „Der Herzog von Perugia“ von Veronelli, „Die Tragödie einer Ehe“ von E. W. Jacoby, das Lustspiel „Alletten“ von Orieux. — Abonnements werden zu bedeutend ermäßigten Preisen für sechs verschiedene Stände in Abständen von je 14 Tagen ausgegeben.

Ein Jahr-Standardbild wurde in Freiburg an der Anstrich, wo Jahr die letzten Jahre seines bewegten Lebens zugebracht hatte, im Jahr-Museum enthielt.

Die artistische Studienreise der Zepelin-Gesellschaft ist nach einem Telegramm aus Hammerfest dorthin aus Spitzbergen zurückgekehrt. Es sind natürlich alle Aufgaben zur Zufriedenheit gelöst worden (die Vereisung des Nordpols im Luftschiff könnte also losgehen). In Spitzbergen sollen alle (?) in Frage kommenden Luchten bejagt worden sein. Am 8. August drang der „Pöbönig“ ins Eis ein. Der 4. August brachte den Höhepunkt der Spritzfaher; man bediente: Prinz Heinrich, Zepelin und der Gehelmat Hergefell fliegen mit dem Fesselballon auf! — Was an der ganzen Hergefare dran ist, wird man das nächste Jahr sehen. Wir fürchten, die Luftschiffe werden den Nordpol und Umgegend ungehindert lassen (und die Veranstalter beabsichtigen auch nichts Ernstliches).

Der Erfinder des Sacharin, Dr. Raffberg, ist in Bad Nauhaus gestorben. Er hatte seine Entdeckung bereits 1879 in New York gemacht, aber die Herstellung im großen, die ihm Millionen einbrachte, begann erst in den 80er Jahren. Sacharin, der künstliche Süßstoff, der 500 mal so süß wie Zucker ist, wird aus Steinsüßholzwurzel gewonnen, das ja auch Ausgangspunkt für viele andere chemische Entdeckungen wurde. Das Sacharin hat bekanntlich keinen Nährwert; es ist besonders für Kranke dienlich, denen Zucker verboten ist. Durch Reichsgesetz ist die Fabrikation unter Kontrolle gestellt und die Verwendung als Zuderersatz außer zu medizinischen Zwecken (im agrarischen Interesse) verboten.

Der VI. Internationale Esperantologongress wurde am Montag in Washington in Anwesenheit von etwa 1000 Delegierten, darunter zahlreichen Deutschen, eröffnet. Es sind 87 Länder und neun Regierungen vertreten.

Waffen nicht das geringste Abflauen zeigt, hat es gar sehr den Anschein, als gingen wir einer schönen „Sommerpause“ entgegen, in der uns schon andere Sorgen plagen — Genosse Kautsky weist uns ja auf die kommenden Reichstagswahlen hin, — und in der die Demonstrationen ruhig aber sicher zum Schlaf gebettet wird. Das ist die unermessliche Logik der Dinge. Nicht durch meine sträfliche Agitation wird die Partei vor ein Dilemma gestellt, wie Genosse Kautsky meint, sondern durch die objektive Sachlage. Entweder will man „eine Volksbewegung größten Stils“ hervorgerufen, die Lösung „keine Ruhe in Preußen“ wahr machen, die Demonstrationen immer mächtiger ausgestalten, dann muß man mit Entschlossenheit an die Sache herantreten, bis zum äußersten zu gehen, der Zuspitzung der Situation, die sich ergeben kann, nicht ausweichen, alle großen wirtschaftlichen Konflikte für die politische Bewegung ausnutzen, und dann muß man auch die Lösung des Massenstreiks auf die Tagesordnung stellen, sie in den Massen populär machen, denn nur auf diese Weise wird die Sicherheit, die Kampffreude und der Mut der Massen auf die Dauer erhalten. Oder aber will man nur ein paar Demonstrationen als kurze Parade nach dem Schnarchen und nach dem Kommando ausführen, um dann vor einer Verschärfung des Kampfes zurückzuweichen und sich schließlich auf die altbewährte Vorbereitung zu den Reichstagswahlen über ein Jahr zurückzuziehen, dann sollte man lieber nicht von einer „Volksbewegung größten Stils“ reden, die Anwendung „aller zu Gebote stehenden Mittel“ auf dem Parteitag ankündigen, im „Vorwärts“ im Januar ein ohrenbetäubendes Säbelgerassel inszenieren und selbst im Parlament mit dem Massenstreik drohen. Dann darf man sich aber auch keiner Täuschung hingeben, daß wir die Demonstrationen auf die Dauer erhalten und immer mächtiger gestalten werden. Sonst kommen wir in die Gefahr, wiederum ein wenig an die Schilderung der französischen Demokratie im „Achtzehnten Brumaire“ zu erinnern, von der Marx sagt: „Die revolutionären Drohungen der Kleinbürger und ihrer demokratischen Vertreter sind bloße Einschüchterungsversuche des Gegners. Und wenn sie sich in eine Sackgasse verirren, wenn sie sich schließlich kompromittiert haben, um zur Ausführung ihrer Drohungen gezwungen zu sein, so geschieht es in einer Weise, die nichts mehr vermeidet als die Mittel zum Zweck und nach Vorwänden zum Unterliegen hastet. Die schmetternde Duvetüre, die den Kampf verlinkete, verliert sich in ein kleinlautes Knurren, sobald er beginnen soll, — und die Handlung fällt platt zusammen, wie ein luftgefüllter Ballon, den man mit einer Nadel sticht.“

Am 5. Teil setzt Genossin Luxemburg auseinander, daß wir zum erstenmal in Deutschland eine lebhafteste Massenbewegung bekommen haben, aber die bloßen Formen des parlamentarischen Kampfes hinausgenommen sind, daß wir nur die dankbare und natürliche Aufgabe haben, die kampffreudige Stimmung der Massen auszunutzen, um ihr die politische Lösung zu geben, sie in politische sozialistische Auffassung umzugestalten. Daraus ergebe sich auch auf die natürlichste Weise, daß die Lösung des Massenstreiks in den Vordergrund getreten sei und es sei die Pflicht der Partei, sie offen und klar zu erörtern, als ein Mittel, das sich früher oder später auch der anschwellenden Demonstrationenbewegung und dem hartnäckigen Widerstande der Reaktion ergeben müsse.

Nicht darauf kommt es an, plötzlich von heute auf morgen einen Massenstreik in Preußen zu kommandieren oder für die nächste Woche zum Massenstreik „aufzufordern“, sondern im Zusammenhange mit der Kritik aller bürgerlichen Parteien und der Beleuchtung der ganzen Situation in Preußen-Deutschland geschichtlich, ökonomisch, politisch den Massen klarzumachen, daß sie nicht auf bürgerliche Bundesgenossen und nicht auf die parlamentarische Aktion, sondern bloß auf sich selbst, auf die eigene entschlossene Massenaktion angewiesen sind.

Eine so geartete Agitation für den Massenstreik gibt die Möglichkeit, die ganze politische Situation, die Gruppierung der Massen und Parteien in Deutschland in schärferer Weise zu beleuchten, die politische Reife der Massen zu steigern, ihr Kraftgefühl ihre Kampffreude zu wecken, an den Idealismus der Massen zu appellieren, neue Horizonte dem Proletariat zu zeigen. Dadurch wird die Erörterung des Massenstreiks zum hervorragenden Mittel, indifferenten Schichten des Proletariats aufzuklären, proletarische Anhänger der bürgerlichen Parteien, namentlich des Zentrums, zu uns herüberzuziehen, die Massen für alle Eventualitäten der Situation bereit zu machen und endlich in wirksamster Weise auch für die Reichstagswahlen vorzubereiten.

Wenn sich Kautsky gegen diese Agitation wende und die ganze Wahlrechtsbewegung auf die kommenden Reichstagswahlen als den einzigen Zielpunkt zu richten suche, so heiße das einfach die auf neuen Bahnen erfreulich fortgeschrittene Parteibewegung wieder in die alten ausgefahrenen Gleise des reinen Parlamentarismus zurückzuschrauben. Das Parteileben sei aber ohnehin seit Jahrzehnten auf Reichstagswahlen als Hauptaktion eingerichtet und unsere Taktik werde ohnehin mehr wie genug von Rücksichten auf die Wahlen beeinflusst.

Bei den Reichstagswahlen werde eine intensive Agitation betrieben, mit der verglichen die in der Wahlrechtsbewegung allermindest sei. Es sei also wirklich nicht nötig gewesen, unsere Taktik noch mehr auf die Reichstagswahlen zuzuspitzen. Irrendwede „Gefahren“ könnten nur in der Einbildung derjenigen existieren, die sich von den anarchoföhen Vorstellungen über den Massenstreik nicht losmachen könnten.

Der wirkliche Effekt des Auftretens des Genossen Kautsky ist also nur der, daß er eine theoretische Schirmwand für die Elemente in der Partei und in den Gewerkschaften geliefert hat, die sich bei der weiteren rücksichtslosen Entfaltung der Massenbewegung unbehaglich fühlen, sie im Zaume halten und sich am liebsten so schnell wie möglich auf die alten bequemen Bahnen des parlamentarischen und gewerkschaftlichen Alltags zurückziehen möchten. Indem Genosse Kautsky unter Berufung auf Engels und den Marxismus diesen Elementen für ihr Vorgehen eine Gewissensberuhigung gebracht hat, hat er zugleich ein Mittel geliefert, um derselben Demonstrationenbewegung wieder für die nächste Zeit das Genid zu brechen, die er immer mächtvoller gestalten möchte.

Es ist aber klar, daß die weiteren Ausfichten der Wahlrechtsbewegung sehr umgekehrt, gerade eine Fortsetzung und mächtvollere Entfaltung der Massenaktion erfordern. Der parlamentarische Zusammenbruch der Wahlrechtsvorlage bedeutet den Bankrott der Regierung wie des konterbatio-lerikanischen Blocks. Die Aktion der Gegner ist vorläufig mit ihrem Scheitern zu Ende, die Aktion des Proletariats muß um so nachdrücklicher einsetzen. Der Gegner befindet sich auf dem Rückzuge, uns gebührt die Offensive. Nicht tröstliche Erwartungen auf die grandiose Revanche in anderthalb Jahren an der Wahlurne, sondern Schlag auf Schlag jetzt schon, nicht Ermattung, sondern Kampf auf der ganzen Linie, das ist es, was uns not tut. Und ich wiederhole: Wenn die Masse der Parteigenossen dies befreit und empfindet, dann werden auch unsere Führer auf dem Posten sein. „Die Menge tut es.“

Zum Schluß sucht Genossin Luxemburg durch Zitate aus Rommies römischer Geschichte zu beweisen, daß Rommies schon die Fabel von der notwendigen und klugen Strategie des Fabius Cunctator“ zerstückelt habe. Tatsächlich sei es eine Legende, die auf unseren Schulern den Gymnasialklassen gepredigt wird, um sie im konservativen Geiste zu drillen und vor „Ueberstürzung“ und „Unvorsichtigkeit“ zu warnen, ihnen als Geist der Weltgeschichte das Motto einzubläuen, nach dem der Landsknecht marschiert: „Immer

langsam voran.“ Daß diese Legende nun für das revolutionäre Proletariat gelten soll, heute, in dieser Situation — das ist eine von den unerwarteten Fügungen des Schicksals.“

Der Artikel schließt: „Wie dem auch sei, ist jedenfalls das Element des edlen Quintus Fabius, der nachst Opfern und Gebeten von der methodischen Kriegsführung das Heil des Staates erwartete, in unferem obersten Senat der Partei und der Gewerkschaften, wie mich dünkt, hinlänglich vertreten. An einem Mangel des Raubens, an jugendlichem Uebermut und Ueberstürzung haben wir in unferer Parteileitung, soviel ich weiß, noch nicht viel gelitten. Wie Genosse Adler auf dem Deutsch-Oesterreichischen Parteitag in Graz gesagt hat: „Die Peitsche tut immer gut, und ich gestehe, daß mir Ausforderungen auf dem Parteitag, die sich beklagen, daß zu wenig geschähe, weit lieber sind als solche, die zur Klugheit und Besonnenheit raten. Die Besonnenheit bezog ich schon vor, vielleicht in zu großem Maße. Zum Bremsen brauchen wir Sie nicht.“ So ungefähr, denke ich, ist es auch bei uns. Daß Genosse Kautsky seine Feder und sein historisches Wissen der Versüßung der Cunctator-Strategie lieh, war zum mindesten eine Verschwendung. Zum Bremsen, Genosse Kautsky, brauchen wir Sie nicht.“

Kreis-Generalversammlung des Kreises Spandau-Potsdam-Osthavelland.

Am Sonntag, den 14. d. Mts., tagte die Kreis-Generalversammlung in der Saale des Genossen F. Böhle, Habelstraße. Vor Eintritt in die Tagesordnung trug der Arbeiter-Gesangverein „Hoffnung“ die beiden Lieder: „Wir schreiten dem Lenz entgegen“ und „Das heilige Feuer schüren wir“ vor. Genosse Schubert leitete hierauf mit, daß anwesend sind: Genosse Stojsinski von der „Brandenburger Zeitung“, die Genossen Herbst und Jacobsen von der Agitationskommission und der Genosse Zirnner als Vertreter des letzten Berliner Wahlkreises. Es sind vertreten je ein Obmann des Bildungs- und Jugend-Ausschusses, sieben Genossen des Kreisvorstandes, drei Revisoren und 22 Delegierte, darunter drei Frauen.

Den Geschäftsbericht, der gedruckt vorliegt, erstattet der Kreisvorsitzende Genosse Schubert. Aus demselben ist folgendes zu entnehmen: Am 15. Januar cr. erfolgte die Uebergabe der Kreisgeschäfte an den jetzigen Kreisvorstand. Zur geschäftlichen Erledigung im verflochtenen halben Jahre waren 11 Sitzungen notwendig. In den Provinzialausläufen wurde an Stelle des auscheidenden Genossen Paris-Belien Genosse Schubert-Spandau gewählt. Sozialdemokratische Stadtverordnete resp. Gemeindevertreter sind vorhanden in Spandau 8, in Vornstädt 1, Gladow 1, Hennigsdorf 3, Warwitz 3, Tiefwerder 1, Velten 4 und Wehlesang 2. Ein Saalmangel besteht immer noch. Die Veranstaltungen zur Raifeier waren in diesem Jahre außerordentlich stark besucht. Die Presse hat sich etwas gehoben. Die „Fabel“ hat sich gut bewährt. Die Mitgliederzahl der Wahlvereine hat sich um 28 Proz. vermehrt, sie beträgt jetzt 2715. Bildungsausschüsse bestehen 3, Jugendausschüsse 7. Die Zahl der gewerkschaftlich Organisierten ist von 7744 auf 8000 gestiegen. — Nach dem vom Genossen Stahl-Spandau erstatteten Kassenbericht betrug die Einnahme 3818,95 M., die Ausgabe 2225,87 M., mitin Ueberschuß 1593,08 M.; dazu Kassenbestand vom vorigen Halbjahre 1597,51 M., ergibt einen Vermögensbestand von 3091,09 M. Es gelangt hierauf folgender Antrag des Genossen Paris-Belien zur Annahme: „Anfang September ist eine energische Agitation, womöglich Hausagitation, in allen größeren Orten des Kreises für die Presse zu entfalten“. Ein Antrag Hennigsdorf „auf jeder Kreisversammlung haben die Kommissionen Bericht zu geben“, wird abgelehnt. Zum 2. Punkt der Tagesordnung gab der Genosse Jacobsen-Berlin verschiedene Anleitungen für die bevorstehende Reichstagswahl. Nach einer sehr regen Debatte gelangte folgender, vom Genossen Dr. Karl Liebknecht gestellter Antrag zur Annahme:

Der Zentralvorstand wird beauftragt, darauf hinzuwirken, daß in den Hauptorten des Kreises, soweit dies noch nicht geschehen, alsbald Zusammenkünfte der Parteivertreter mit den Vertretern der Gewerkschaften und anderen Arbeiterorganisationen veranstaltet werden und daß überhaupt eine enge Fühlung mit diesen Organisationen hergestellt und die Agitation und Organisation gefördert wird.

Es folgte nunmehr das Referat des Genossen Dr. Karl Liebknecht über die Stellungnahme zum diesjährigen Parteitag und zur Provinzialkonferenz. In etwa 1 1/2 stündiger Rede ging der Genosse zuerst kurz auf die Provinzialkonferenz ein. Der größte Teil der Rede war dem Parteitag und namentlich der Angelegenheit der Badener Genossen gewidmet. Er streifte erst die Reichsoberverwaltungsordnung und die Genossenschaftsfrage, dann die Wahlrechtsfrage und empfahl für die letztere, daß der Wahlrechtskampf in Preußen mit den Genossen der anderen Bundesstaaten zusammen zu führen sei. Die Vorgänge in Baden wurden von ihm scharf beurteilt und unterbreitete er der Versammlung folgende Resolution:

Die Kreisversammlung spricht über die Budgetabstimmung der badischen Fraktionsmehrheit ihr tiefstes Bedauern aus. Diese Abstimmung und ihre Rechtfertigung beträt nicht nur einen Mangel an politischem Augenmaß und an taktischer Sicherheit. Sie ist vor allem ein schwerer Verstoß gegen die notwendigen Anforderungen der Parteidisziplin. Dieser Verstoß wiegt um so schwerer, als er mit vollem Bewußtsein erfolgt ist und in einer politisch bewegten und für den proletarischen Klassenkampf beispiellos günstigen Zeit dem vordrängenden Proletariat Anspieß zwischen die Beine geworfen hat und Verwirrung in seinen Reihen zu stiften geeignet ist. Er ist um so schärfer zu beurteilen, als die in der badischen Kammer abgegebene Erklärung eine offene Mißachtung und Herabsetzung des Rüdinger Parteibeschlusses zum Ausdruck brachte und zwar vor Gegnern der Sozialdemokratie. Die Teilnahme der badischen Landtagsabgeordneten an böhschen Kundgebungen wird als eine Mißachtung des republikanischen Charakters der Sozialdemokratie und als eine Herabwürdigung des proletarischen Klassenstolzes gebrandmarkt.

Die Kreisversammlung erwidert, daß der Rüdinger Parteitag solche Vorkommnisse ohne Rücksicht auf die bloßen parlamentarischen Erfolge bei den künftigen Reichstagswahlen mit allen Mitteln und unter allen Umständen fernern wird.

Die Spandauer Genossen hatten den Antrag eingebracht: „Die Kreis-Generalversammlung wolle beschließen, den Parteitag zu beantragen, die Badener Genossen, welche dem von der kapitalistischen Regierung vorgelegten Budget zugestimmt und somit gegen die Beschlüsse und das Parteileben abfällig verfahren haben, aus der Partei auszuschließen. Nach längerer Debatte, in welcher sämtliche Redner das Verhalten der Badener Genossen scharf beurteilten, stimmte die Versammlung der Resolution Liebknecht zu. Der Kreisvorstand hatte die Resolution von Groß-Berlin empfohlen. Es wurde sodann noch folgende Resolution des Genossen Liebknecht einstimmig angenommen:

„Der Parteitag wolle gegen die infame Vergeßlichkeit Finnlands durch den Journalismus protestieren; dem um seine Freiheit und sein Recht kämpfenden finnischen Volke seine brüderliche Sympathie ausdrücken und ihm für diesen Kampf die oberberrichte Unterstützung durch das klassenbewußte deutsche Proletariat zu sichern.“ Eine fernere Anregung des Genossen Liebknecht, der Parteitag wolle gegen den Besatz des russischen Jaren in Deutschland und die dadurch bedingte Herabwürdigung protestieren, fand ebenfalls die Zustimmung der Versammlung.

Es folgten die Wahlen, zunächst die des Kreisvorstandes. Die Versammlung wählte auf Vorschlag den bisherigen Kreisvorstand ein bloc wieder.

In die Preßkommission wurden gewählt die Genossen Stab, Fänder und Dolbus. Für die Wahl des Kreisobmannes der Lokalkommission wird ein Antrag des Genossen Stab-Potsdam, daß dieses Amt der Kreisvorsitzende wieder übernimmt, angenommen. Zu Delegierten zum Parteitag wurden gewählt die Genossen Dr. Karl Liebknecht und Stab-Potsdam. Zum Ersatzmann Genosse Schubert-Spandau.

Zu Delegierten der Provinzialkonferenz wurden gewählt die Genossen Spior, Verkowski und Fielig. Zum Obmann des Jugendauschusses wählte die Versammlung den Genossen Dolbus-Hennigsdorf. Die dazu gestellten Anträge wurden sämtlich abgelehnt. Zum Obmann des Bildungsausschusses wird Genosse B. Schmidt-Spandau gewählt. Zu Revisoren werden die Genossen Stab-Potsdam, Lehmann-Warwitz und Paris-Belien gewählt. Die Versammlung beschließt auch, daß die Obmänner des Bildungs- und Jugendauschusses ständig auf den Kreis-Generalversammlungen vertreten sein sollen. Ein Antrag Velten, arbeitsfähige invalide Mitglieder vom Beitrag zu befreien, wird der Provinzialkonferenz überwiesen. Schließlich wählte die Versammlung noch folgende Genossen, welche eine Reineinteilung der Kreisbezirke vornehmen soll: Fielig-Belien, Spior-Spandau, Lehmann-Warwitz, Stab-Potsdam, Verkowski-Rauen und Gutschow-Hennigsdorf. Nach Erledigung weiterer kleinerer Angelegenheiten schloß der Genosse Schubert abends 9 1/2 Uhr die Versammlung mit einem Hoch auf die internationale Sozialdemokratie. Demnach hat die Versammlung von morgens 1/2 10 Uhr, mit nur einer halbstündigen Mittagspause, zwölf Stunden getagt.

II. Verbandstag der Schneider, Schneiderinnen und Wäschearbeiter Deutschlands.

Hamburg, 15. August. In der Vormittagsitzung wurde noch die Delegiertenwahl zum Internationalen Kongress vollzogen. Gewählt wurden Stähler-Berlin, Joseph-Frankfurt und Schaertl-Breslau.

In der Nachmittagsitzung verbreitete Verbandsvorsitzender Stähler sich über die Lohnbewegungen. Bei den Verhandlungen mit den Arbeitgebern sei zugestanden worden, daß die Tarifkündigungen für die einzelnen Orte durch den Hauptvorstand erfolgen können, daß aber die Entwürfe der neuen Tarife örtlich geregelt werden müssen. Die Unternehmer hätten das Bestreben, die Lohnsätze in drei Gruppen für große, mittlere und kleinere Orte zu schematisieren. Die Verhältnisse lägen aber so verwickelt, daß eine Uniformierung für die einzelnen Ortsgruppen undurchführbar sei. Der Zentralvorstand müsse darauf halten, daß bei Lohnbewegungen die betreffenden Institutionen gehört werden müßten. Handle man den Schiedsgerichten zuwider, so werde keine Unterstützung gewährt. Der Ausgang der Lohnbewegung der Stettiner Konfektionschneider habe dem Verbands große Achtung im übrigen Deutschland verschafft. Bezüglich der Streikfragen, die während der Dauer eines Tarifvertrages zwischen den Parteien entstehen, haben Verhandlungen mit den Arbeitgebern stattgefunden, die ein Schiedsgericht wünschten. Der Zentralvorstand und der Vertrat hätten dem Vorschlag wohl zugestimmt, hätten aber Ausführungsbestimmungen, die Redner verließ, festgelegt. Die rein prinzipiellen Streitfragen sollen nach wie vor dem Schiedsgericht der Hauptverbände überwiesen werden. Die Taktik der Unternehmer gebe dahin, möglichst viel Orte in einen Kampf hineinzuziehen, um so die Finanzen des Verbandes zu schwächen. Der Verband werde dieser Taktik zu begegnen wissen. Sollte der Verband in große Kämpfe verwickelt werden, so hoffe er, daß die anderen Verbände ihm gegenüber dieselbe klingende Solidarität üben, wie dies der Schneiderverband stets anderen Verbänden gegenüber getan habe. In verhältnismäßig kurzer Zeit habe der Verband an andere im Kampf befindliche Organisationen über 78 000 M. abgeführt.

Zu diesem Punkt liegen viele Anträge vor, die eine lebhafteste Debatte entzünden.

Hamburg, 16. August.

In der recht lebhaft einsetzenden Debatte über den Vorstandsbericht werden namentlich die Taktik bei Lohnbewegungen, die Tarif- und Betriebswerkstättenfrage und das Abkommen der Hauptverbände über die Regelung der Streitigkeiten zwischen beiden Organisationen behandelt. Dieses Abkommen soll, wie schon in der Montagsitzung von Stähler hervorgehoben, erweitert werden durch Einlegung von Schiedsgerichten. Das Abkommen wird von mehreren Rednern als Fortschritt bezeichnet, während andererseits Stimmen laut werden, daß durch dasselbe Verschlechterungen in die Tarife gekommen seien. Durch diese Regelung seien die Kollegen in den Hintergrund gedrängt und ihr Mitbestimmungsrecht sei ausgeschlossen. Die vorgeklagene Schiedsgerichtsfinden bei den meisten Rednern Zustimmung, einige stehen ihnen skeptisch gegenüber. Die Vertreter der Wäschbranche und der Konfektionsarbeiter wünschten eine größere Verlichthigung dieser Branchen. Auch müßte die Frage der Errichtung von Betriebswerkstätten mehr in den Vordergrund gedrängt werden. Ein Redner ist nicht damit einverstanden, daß an der Spitze der Schiedsgerichte ein juristischer Vorsitzender stehen solle, der naturgemäß von Berufsangelegenheiten nichts verstehe. Gefordert wird ferner die Einberufung einer Wäschearbeiterkonferenz. Um die Bewegung der Wäschearbeiter mehr in Fluß zu bringen, müßte die Filiale Wiesbaden die Anstellung einer Agitatorin. Eine scharfe Rüge fand das Vorgehen der Damenschneider in Wiesbaden, die den Schiedspruch nicht anerkannten, sondern den Streik proklamierten. Disziplinbrüche fanden unter keinen Umständen Sanktion. Dem Antrage der Wiesbadener auf Streichung ihrer Streikschulden wurde seitens des Zentralvorstandes bestimmt entgegengetreten. Die vorliegenden Anträge werden einer Kommission zur Beratung überwiesen.

8. Bundestag des Arbeiter-Radfahrerbundes „Solidarität“.

In Frankfurt a. M. wurde in der vorigen Woche der 8. Bundestag der Arbeiter-Radfahrer abgehalten. Der Vorsitzende Fischer-Offenbach a. M. führte aus, bei der Gründung des Bundes vor 14 Jahren habe dieser rund 400 Mitglieder gezählt, heute aber scharen sich um seine Fahne über 120 000 zahlende Mitglieder. Anwesend waren 102 Delegierte und Gauvorsteher. Den Tätigkeitsbericht des Vorstandes gab Fischer-Offenbach a. M. Die zwei Geschäftsjahre seien zwei Jahre der Krise gewesen. Erfreulicherweise konnte aber konstatiert werden, daß der Bund gerade in ländlichen Gegenden schöne Fortschritte gemacht habe. In agitatorischer Hinsicht sei viel geleistet worden, es müßten aber weiter alle Bundesgenossen zur Stärkung der Organisation beitragen. Es gäbe noch viel Parteigenossen und Gewerkschaftler, die einem bürgerlichen Sportverein angehörten. Hier wäre ein günstiges Tätigkeitsfeld, wo die Agitation einzusetzen habe. Wenn einzelne Parteigenossen glaubten, Sport sei lediglich eine private Angelegenheit und da wäre es gleich, welchem Verein man beitrete, so seien die Behörden anderer Meinung. Diese würden sagen, der Bund ist eine sozialdemokratische Organisation, und in Preußen und Sachsen sei der Bund zu einem politischen Verein gestempelt worden. Dagegen habe man natürlich Betätigung eingelegt. — Die Zahl der Gesuche um Mitgliedschaft waren in der Vorzeit sehr groß. Der Bundestag müsse klar aufsprechen, wie weit gegangen werden kann. Wenn man hier allen Wünschen Rechnung tragen wollte, dann müßte man den Beitrag um mehr als 5 Pf. — wie vorgeschlagen — erhöhen. Die Mitglieder müßten die Vorschriften im Gewerkschaftsrecht mehr beachten, da sonst dem Bund Schaden erwächst. Dem Antrag des letzten Bundestages, einen Statutenentwurf ausgearbeitet, der eine straffere Zentralisation vorsieht, sei der Vorstand nachgekommen. Der Vorstand sei aber der Ansicht, daß die jetzige Form genüge. Geschäftsführer Wittig-Berlin berichtet über die Entwickelung und den Stand des Radfahrhauses „Fisch auf“, das aus Mitteln des Bundes unterhalten wird. Im Gründungsjahre 1905 betrug der Umsatz 12 000 M., 1906 aber 188 823 M. und 1907 201 185 M.; in der ersten Hälfte des laufenden Jahres liegt der Umsatz auf 245 683 M. In 7 Städten hat das Geschäft Gillen. Wittig schildert, wie der Fährverband alles versucht, um das Geschäft zu schädigen, indem er Lieferanten verpflichtet,

nicht an das Fahrradhaus „Frish auf“ zu liefern. Hartmann-Kudolstadt beantragt, das Fahrradhaus „Frish auf“ mit Schluß des Geschäftsjahres in Bundesregie zu übernehmen (daselbe der längeren 24 Jahre). Eine siebenköpfige Kommission solle die zukünftige Organisationsform, die Finanzierung usw. vorbereiten und Vorschläge machen. Der Antrag wird nach kurzen Erörterungen gegen wenige (11) Stimmen angenommen. Der Redaktionsrat überweist den Antrag, den „Arbeiter-Radfahrer“ allen Redaktionen der Partei- und Gewerkschaftspressen gratis zu überweisen. Dem Bundesvorstand überweisen wurde ein Antrag, daß der Vorstand mit dem österreichischen Arbeiter-Radfahrerbund zwecks Verschmelzung in Verbindung tritt. Der nächste Bundeskongress soll in Dresden stattfinden. Erwähnenswert ist, daß über einen Antrag, nach dem jedes Mitglied gewerkschaftlich oder politisch organisiert sein muß, und nichtorganisierte Mitglieder sich innerhalb sechs Monaten der Berufs- oder politischen Organisation anschließen haben, zur Tagesordnung übergegangen wird. Es wurde aber vorher ausgeprochen, daß in diesem Sinne gewirkt werden solle. Heftigen Widerspruch findet der Vorschlag auf Beitragssteigerung. Die Abstimmung hierzu ist nanentlich, mit 53 gegen 52 Stimmen wurde die Beitragssteigerung beschlossen. Als monatlicher Beitrag dürfen nun höchstens 45 Pf. (früher 40 Pf.) pro Mitglied erhoben werden, wovon 25 Pf. (früher 20 Pf.) an die Bundeskasse abzuführen sind. Nach den Vorschlägen der Kommission soll der Sitz des Fahrradhauses mit Schluß des Geschäftsjahres 1910 nach Offenbach a. M. verlegt werden und als offene Handelsgesellschaft bestehen bleiben. Für das Geschäft soll in Offenbach ein eigenes Gebäude errichtet werden, in dem auch der Bundesvorstand untergebracht wird. Zur Aufbringung des nötigen Kapitals soll ein obligatorischer Extrabeitrag von 1 M. erhoben werden, und zwar 50 Pf. am 1. Oktober 1910 und 50 Pf. am 1. März 1911. Dieser Extrabeitrag wird vom 1. April 1911 ab auf Verlangen zurückgezahlt. Die befohlenen Bundesfunktionen wurden wiedergewählt. Der Sitz des Vorstandes bleibt Offenbach am Main, der Sitz des Ausschusses Dresden. Damit waren die Arbeiten des Bundeskongresses beendet.

Soziales. Geschäftsbelegungen.

Die bobentes leistungsmäßig mancher Arbeiter seine fover erworbenen Spargroschen weggibt, zeigte wieder einmal ein Prozeß, der gestern das Kaufmanns- und Gewerbegericht beschäftigte.

Der Arbeiter M. hatte sich von einem gewissen Vogt, der vordem, Besitzer einer chemischen Fabrik zu sein, als Kantor- und Kassabote gegen eine monatliche Vergütung von 150 M. engagieren lassen. Beim Engagement hatte M. dem Vogt 1500 M. übergeben, die auf einer Kasse niedergelegt wurden. M. trat den Dienst auch wie verabredet an, wurde aber lediglich mit dem bloßen Sammeln von Briefen von Grünframbühlern, Seifen- geschäften und dergl. beschäftigt. Die Fabrik des Vogt bekam er aber nie zu sehen, weil sie eben überhaupt nicht existierte. M. bangte nun um sein dem Vogt übergebenes Geld. Doch zu spät. Denn dieser hatte bereits 600 M. davon abgehoben. Die verbliebenen 900 M. sind nun inzwischen durch die Behörde sichergestellt worden.

M. klagte nun gestern auf Herausgabe seines Geldes beim Kaufmannsgericht, das sich aber für unzuständig erklärte, da der Kläger weder kaufmännische Ausbildung genossen hatte, noch seine Tätigkeit als kaufmännische anzusprechen war, und verwies die Sache an das Gewerbegericht. Dieses befand sich noch gestern vormittag mit der Sache, erklärte sich aber ebenfalls für unzuständig, da der Kläger das Geld nicht als Kaution, sondern als Geschäftsbelegung zur freien Verfügung des Beklagten gestellt hatte. Der Kläger nahm die Klage beim Gewerbegericht zurück und muß nun die ordentlichen Gerichte anrufen, um wieder zu seinem Geld zu gelangen. Ob er aber, wenn er dort obliegt, auch das Geld zurückerhalten wird, ist noch fraglich.

Es sei deshalb erneut davor gewarnt, Gelder als Kautionen oder Geschäftsbelegungen ohne sorgfältige, vorherige Erkundigungen über die Verhältnisse des fuchenden Unternehmers hinzugeben.

Berliner Bauarbeiter im Jahre 1909.

Nach dem vor kurzem erschienenen Geschäftsbericht der Nordöstlichen Baugewerkschaften-Sektion I, umfaßte die Sektion im Jahre 1909 7522 Betriebe mit 92188 beschäftigten Personen. Die Zahl der Arbeiter ist gegenüber dem Vorjahre um 2512 gestiegen; die Betriebe haben sich um 237 vermehrt. Die Löhne sind etwas gestiegen. Die Durchschnittslöhne aller in der Sektion I beschäftigten Personen betragen nach wirklich gezahlten Löhnen 5,74 M., gegen 5,63 M. im Vorjahre. Wie sehr insofern die Löhne der Berliner Bauarbeiter noch ausbesserungsbedürftig sind, das ergibt sich aus dem Durchschnitts-Jahresarbeitsverdienst. Dieser betrug für einen in der Sektion I beschäftigten Arbeiter nur 1127 M., gegen 1006 M. im Jahre 1901. Der Jahresarbeitsverdienst ist allerdings nach den arbeitsfähigen Löhnen berechnet, in Wirklichkeit ist er also etwas höher. Dies für eine Großstadt doch immerhin niedrige Einkommen dürfte der beste Beweis dafür sein, daß das Gerede von den „hohen“ Bauarbeiterlöhnen in das Reich der Fabel gehört. Das mögen sich alle diejenigen merken, die über die angeblich so unbedeutenden Lohnforderungen der Berliner Bauarbeiter nicht genug setzen können.

Leider ist auch wieder die Unfallhäufigkeit gestiegen. Die Zahl der gemeldeten Unfälle betrug 8148 gegen 5586 im Vorjahr. Schuld hieran ist die durch die fortwährende Anreicherung hervorgerufene hastige Arbeitsweise auf den Bauplätzen, die gerade im Berliner Baugewerbe zur höchsten Blüte gediehen ist. „Wem's nicht paßt, der kann ja gehen!“ so lautet ein bekannter Ausspruch der Berliner Maurerpolizei, und wer sich gegen die auf vielen Bauten bestehenden Mißstände auflehnt, der wird rüchrislos aufs Straßengpflaster geworfen! Von den gemeldeten Unfällen wurden nur 481 entschädigt; 52 Unfälle hatten den Tod zur Folge. Auf je 100 gemeldete Unfälle entfielen im Berichtsjahre 7,82 entschädigte Unfälle gegen 15,62 im Jahre 1899 und 20,3 im Jahre 1890. Danach wird es für den Berlechten immer schwieriger, in den Genuss der Unfallrente zu kommen. Die Rechtsprechung der Unfallversicherungsinstanzen war für die Sektion günstig. In 943 Fällen = 85,90 Prozent, entschied das Schiedsgericht zugunsten der Genossenschaft und nur in 206 Fällen = 20,82 Prozent zugunsten der Verletzten. Das Rekursverfahren hatte für die Genossenschaft in 98 Fällen, für die Verletzten aber nur in 55 Fällen Erfolg. Mit diesem Ergebnis dürfte die Sektion zufrieden sein. Wie sich bei derselben Sektion die Rechtsprechung im Laufe der Jahre zugunsten der Verletzten verändert hat, das dürften folgende Zahlen beweisen. Im Jahre 1901 entschied das Schiedsgericht in 547 Fällen = 87,57 Prozent zugunsten der Genossenschaft und in 576 Fällen = 89,56 Prozent, zugunsten der Verletzten.

Leider schweigt sich der Bericht darüber aus, wieviel Verträge gegen die Unfallversicherungsbedingungen vorgekommen sind. Ist die Zahl der Verträge so groß, daß ihre Bekanntheit das Licht der Öffentlichkeit scheuen muß? Wir fürchten, das letztere ist der Fall. Für die Berliner organisierte Bauarbeiterschaft bilden der schlechte Wohnungsbau, fehlende oder ungenügende Abdeckung der Etagen usw. seit Jahren ein besonderes Kapitel in den Versammlungen und Debatten. Die Bauarbeiter sind der Ansicht, daß die Überwachung der Betriebe durch die technischen Aufsichtsbeamten nicht wirksam genug durchgeführt wird. Anstatt daß man den Arbeitern Renten sucht nachsagt, sollten die Berufsgenossenschaften daran gehen, die Ursachen der meisten Unfälle durch eine wirksame Kontrolle zu beseitigen. Dies wäre eine dankbare Aufgabe der Berufsgenossenschaften, der auch die Arbeiter Anerkennung zollen würden. Freilich, solange man die Bauarbeiter von der Überwachung der Betriebe ausschließt, solange wird auch die Bauerkontrolle nicht wirksam durchgeführt werden. Für ärztliche Untersuchung und Gutachten hat die Sektion im Jahre 1909 die ansehn-

liche Summe von 25 005,80 M. ausgegeben. Und nun zu den ehrliden Arbeitgebern! Durch die Revision der Jahreslohnabrechnungen wurden im Jahre 1909 nicht weniger als 1700 181 M. zur nachträglichen Besteuerung herangezogen. Schade nur, daß den Krankenkassen nicht ein gleiches Recht zusteht wie den Berufs- genossenschaften. An Ordnungsmäßigkeiten hat die Genossenschaft 1909 24 858 M. eingegeben. Am Schlusse des Berichtsjahres hatte die Sektion 2853 Renteneinpänger, 881 Witwen, 642 Waisen und 14 Empfänger von Altersrenten. Am Schlusse des Jahres 1904 betrug die Zahl der Renteneinpänger noch 3053. — Alles in allem zeigt sich, daß die angeblich so „hohen“ Löhne der Berliner Bauarbeiter noch sehr der Aufbesserung bedürfen, und daß angesichts der großen Unfallhäufigkeit die Arbeiter selbst mehr dafür eintreten müssen, daß ihnen ein größerer Schutz für Leben und Gesundheit gewährt wird.

Von der österreichischen Sozialversicherung.

Der Sozialversicherungsanschuß des österreichischen Parlaments hat nun über eine der wichtigsten Fragen des großen Gesetzgebungswerkes eine prinzipielle Entscheidung gefaßt; er hat der von der Regierung beantragten Errichtung der Bezirksstellen zugestimmt, d. h. nicht die bestehenden bewährten Einrichtungen sollen zur Versorgung der Lokalgemeinschaft der Sozialversicherung ausgearbeitet werden, sondern es wird etwas Neues geschaffen, das enorm viel Geld kostet und außerdem das Mißtrauen der Versicherten erweckt muß. Während die Regierungsvorlage die Kosten der Verwaltung der Invaliden- und Altersversicherung auf 9,24 Proz. schätzt (in Deutschland betragen sie jetzt noch jahrzehntelanger Gewöhnung 9,46 Proz. der Beiträge), beweist der Sekretär der Reichskommission der Krankenkassen Oesterreichs, Abgeordneter Genosse Eidersch, im „Kampf“, daß von den Verwaltungskosten der Kranken- mit 13, der Unfall- mit 6 und der Invaliden- und Altersversicherung mit 12 Millionen Kronen jährlich, in Summa 31 Millionen, die Kosten der Bezirksstellen 25 Millionen jährlich beanspruchen werden. (10 Millionen Versicherte, auf je 1000 Versicherte ein Beamter, persönliche und sachliche Erfordernisse eines Beamten 2500 Kronen jährlich.) Ob da die Kranken- und Unfallversicherung mit 6 Millionen ihre Verwaltung werden bestreiten können, ist natürlich so gut wie ausgeschlossen. Die gesamten Verwaltungskosten der Sozialversicherung befreit Eidersch auf 50—60 Millionen, 20 Proz. von den auf 288 Millionen veranschlagten Beiträgen. Die Nichtausgestaltung der bestehenden Krankenkassen zur unteren Verwaltungsbehörde ist eine Verschleuderung der Beiträge. Sie entpricht dem blinden Sozialistenbau, wie er sich ja auch bei der Verordnung der deutschen Reichsversicherungsordnung in der Verleumdungskampagne gegen die Ortskrankenkassen ausdrückt. — Der leitende Beamte der Bezirksstelle wird unabhängig vom Vorstand von der Landesstelle ernannt, seine Dienstverhältnisse von ihr geregelt. Für die anderen Beamten kann die Regierung Vorschriften über das Mindestmaß allgemeiner Bildung treffen — Schulzeugnisse, Bürgerpässe! Und der Vorstand 1/2 Arbeitervertreter, 1/2 Dienstgebervertreter, 1/2 Vertreter der versicherten Selbständigen, 1/2 noch einmal Unternehmervertreter von der Landesbehörde ernannt. Den Vorstand wählen die Vorstände der im Sprengel befindlichen Krankenkassen nach einem komplizierten Proporz, jeder solcher Wähler hat so viel Stimmen, als in seiner Klasse die Zahl der Vorstandsmitglieder in der der Mitglieder enthalten ist. Natürlich kann bei den nationalen Gegenständen, der gelben Zersplitterung usw. dieser Proporz nur unfruchtbare Debattierkluft ergeben.

Als ob es in Oesterreich der Schwierigkeiten auf allen Gebieten noch zu wenige gäbe, hat man hier auf dem Gebiete der Sozialversicherung neue, unfaire, gegen das dringende Abstrahlen unferer Genossen zu schaffen versucht.

Aus der Frauenbewegung.

Die hauswirtschaftliche Unterweisung der Arbeiterkinder.

In der „Deutschen Arbeiter-Zeitung“ hatte ein Dr. Grafen unter obigem Titel einen Artikel geschrieben, der vom Standpunkte der Betreuer der Unternehmerrückstände empfahl, besondere Hauswirtschaftsschulen für die Töchter der Arbeiter einzurichten und den Besuch obligatorisch zu machen.

In der Nr. 32 bringt nun das Unternehmerrückstände einen Gegenartikel, der den obligatorischen hauswirtschaftlichen Fortbildungunterricht durchaus verweigert und dafür andere Vorschläge macht, die sicherlich das Entzücken des Unternehmertums hervorrufen werden. Es wird über die 10jährige „erfolgreiche“ Wirksamkeit einer Einrichtung berichtet, die darin besteht, daß im Anschluß an Fabriken Mädchenheime gegründet werden, die Arbeiterinnen auf 3 bis 4 Jahre oder auch länger aufnehmen, am liebsten gleich nach der Entlassung aus der Schule. ... Die jungen Mädchen arbeiten tagsüber in der Fabrik, wobei die volle Arbeitszeit eingehalten wird, erwerben sich dadurch die Mittel für ihren gesamten Unterhalt und für ihre Ausbildung selbst und können nach je nach Fleiß und Leistungsfähigkeit, Ersparnisse machen oder auch ihre Angehörigen aus ihrem Lohn unterstützen. Abends bereiten die Mädchen unter Anleitung der Heimleiterin die Mahlzeiten für Mittags und Abend vor und kochen sie fertig, so weit es möglich ist. Sie waschen ihre eigene und die Hauswäsche. Sie nähen viele ihrer Kleidungsstücke selbst und haben auch Haus und Mobiliar zu reinigen und in Stand zu halten. Im Sommer sind sie, so weit möglich, im Freien und im kleinen Hausgarten beschäftigt. An diese Tätigkeit soll der „theoretische“ Unterricht anknüpfen. Er wird mehr in die Winterabende verlegt und umfaßt: Kochen von Hausmannsloft, hauswirtschaftliches Rechnen, das Nötigste aus der Gesundheitslehre, Stricken, Stopfen, Flicken, Hand- und Maschinennähen, Anfertigen von Hausleibern, Waschen, Bügeln, Hausreinigung, und wo Gelegenheit dazu vorhanden ist, auch Religion und Chorgesang.

Folgt dann in dem Artikel ein Lobgesang über den „eifrischen“ Gewinn, der für die „jungen Arbeiterinnen“ bei diesem famosen „Unterricht“ herausgesparten soll.

Gut hört sich an, was vom „Vorteil“ der „Arbeiter“ geredet wird. Es bildet sich dadurch, daß die Mädchen 3 bis 4 Jahre, auch länger, in einem Heim weilen, ein zuverlässiger Stamm von Arbeiterinnen, der Betrieben auf dem Lande, wo die Arbeiter oft nur im Winter in genügender Anzahl zu haben sind, sehr zu statten kommt.

Den Unternehmern wird dann nahegelegt, solche Institute zu errichten. Es wird erwartet, daß die Landesversicherungsanstalten zu dem Zwecke Kapitalien zu niedrigem Zinsfuß zur Verfügung stellen.

Die sozialdemokratische Partei tritt für den obligatorischen Fortbildungunterricht auch für die Mädchen ein, nicht nur für die Unterweisung in der Hauswirtschaft, und zwar muß der Besuch der Fortbildungsschule nicht in den Abendstunden, sondern am Tage erfolgen. Auch Volkswirtschaft und Staatskunde ist zu lehren. Mit dem besten Hauswirtschaftsunterricht allein fängt die Arbeiterfrau auch noch nichts an, wenn sie keine Mittel hat, womit sie wirtschaften kann.

Lesende.

Groß-Lichterfelde, Freitag, den 19. August, im Kaiserhof, Arnold- platz: Vortrag über „Erwecke Aufmerksamkeit“.

Versammlungen.

Deutscher Transportarbeiterverband. Die ordentliche Generalversammlung fand am Donnerstag in den „Germaniafälen“ statt. August Werner machte zuerst die Mitteilung, daß die Roll- fahrer sich in einer Lohnbewegung befinden und bereits ihre Forderungen eingereicht haben; sie hoffen auf einen friedlichen Abschluß. Ferner haben auch die Retterträger eine Lohnbewegung eingeleitet. — In seinem Geschäftsbericht über das 2. Quartal dieses Jahres wies Werner besonders auf die um-

fangreiche Agitation des Verbandes für die verschiedenen Branchen hin. Die Besserung im Wirtschaftsleben hielt an und ermöglichte zahlreiche Kämpfe um günstigere Arbeitsbedingungen sowie auch eine energische Abwehr, wo Verschlechterungen eingeführt werden sollten. Vieles wurden Lohnzulagen oder eine Verärgerung der Arbeitszeit errungen, oder die Arbeitszeit wurde überhaupt erst bestimmt geregelt und eine besondere Vergütung der Überstunden durchgesetzt. Alle Sektionen des Verbandes waren in reger Tätigkeit. Die fünf Sektionen haben während des 2. Quartals 148 öffentliche und Branchensammlungen, 702 Werkstätten- und Betriebsbesprechungen und 139 Konferenzen der Vertrauensleute, Kommissionen usw. abgehalten. 104 Verhandlungen mit den Unternehmern fanden statt, die zum größten Teil mit Erfolg geführt worden sind. In dieser Tätigkeit auf dem wirtschaftlichen Kampffeld zeigte der Verband schon allein den Wert der Organisation für die Mitglieder. Daneben kommen aber noch die wertvollen Unterfürsorgeeinrichtungen in Betracht, die ein starker Verband zu bieten vermag, wie sie aus dem Kassenbericht zu ersehen sind, der gedruckt vorlag und vom Kassierer Paul Steinide erläutert wurde.

Der Kassenbericht des Bezirks Groß-Berlin für das 2. Quartal 1910 zeigt eine Einnahme von 230 315,33 M., eine Ausgabe von 182 090,02 M., mithin einen Bestand von 48 225,31 M. v. 1. Juli 1910. Der Bestand war am 1. April höher und betrug 53 109,68 M., aber im letzten Quartal mußten auch höhere Unterfürsorge als im vorhergehenden gezahlt werden. Aus örtlichen Mitteln wurden bewilligt an Beerdigungsbeträge 2991,20 M., Streikunterfürsorge 2129,10 M., Gemahregeltenunterfürsorge 451,65 M., Reiseunterfürsorge 117,50 M.

Die Abrechnung mit der Hauptkasse zeigt noch die folgenden großen Summen: Für Arbeitslohnunterfürsorge 28 811,30 M., Krankenunterfürsorge 38 311,35 M., Streikunterfürsorge 22 584,75 M., Gemahregeltenunterfürsorge 3083,40 M., Extraintersorge 943 M., Beerdigungsbeträge 2485 M., Rechtschutz 303,64 M.

An die Hauptkasse wurden 20 533,91 M. in bar gezahlt, so daß mit 118 056,35 M. insgesamt abgerechnet wurde.

Der Fonds des allen Vereins Berliner Hausdiener hat als Einnahme 31 580,80 M., als Ausgabe 670 M. gebracht, somit verblieb am 1. Juli ein Kassenbestand von 33 920,80 M.

Die Fluktuation im Mitgliederbestand ist sehr groß. Obgleich 4237 Reannahmen zu verzeichnen waren, steht die wirkliche Zunahme damit in einem schlechten Verhältnis. Die folgenden Zahlen wurden bekanntgegeben: Mitgliederbestand am 1. April 1910: Gesamt: 33 328, männliche 31 004, jugendliche 897, weibliche 1427. Mitgliederbestand am 1. Juli 1910: Gesamt: 34 083, männliche 31 683, jugendliche 951, weibliche 1448.

Der Kassierer Steinide empfahl den Vertrauensleuten, eine bessere Kontrolle der Verbandsbücher auszuüben zum Nutzen der Mitglieder, die in ihren Beitragsleistungen säumig sind und schließlich gestrichelt werden müssen.

Den Bericht über den Arbeitsnachweis für das 2. Quartal erstattete Hiller, der besonders auf die stetig steigende Tätigkeit im Nachweis aufmerksam machte. Im letzten Quartal wurden verzeichnet 3441 Arbeitslose, 5734 gemeldete Stellen und 4228 besetzte Stellen. Der Redner wünschte, daß die Mitglieder den Nachweis besser unterstützen durch Anmeldung von freien Stellen und durch eifrigen Hinweis auf den Nachweis, wobei die jugendlichen Arbeiter nicht vergessen werden dürfen.

Die Diskussion über die Berichte beschäftigte sich hauptsächlich damit, wie die Agitation noch besser ausgebaut und die Kassenverhältnisse geklärt werden können. Bestimmte Beschlüsse wurden nicht gefaßt. Der Kassenführung wurde die beantragte Decharge erteilt.

Deutscher Metallarbeiterverband. In der am Montag abgehaltenen Generalversammlung der Vertrauensleute Berlin erstattete der Kassierer Henning die Abrechnung vom zweiten Quartal. Er konstatierte einen erfreulichen Aufschwung der Kassenverhältnisse. Es sind über 70 000 Beiträge mehr eingegangen wie im zweiten Quartal des Vorjahres. Während damals die Hauptkasse einen Zuschuß von 200 000 Mark leisten mußte, konnten 120 000 Mark an die Hauptkasse abgeführt werden. Die vorliegende Abrechnung der Hauptkasse beruht auf Einnahme und Ausgabe 476 218,72 Mark. Die Lokalkasse 1 200 103,71 Mark. Der Bestand der Lokalkasse betrug am Schluß des Quartals 1 100 655,52 Mark. Für Unterfürsorge wurden ausgegeben 288 274 Mark, davon an Kranke 98 623 Mark, an Arbeitslose 94 169 Mark, an Streikende 61 052 Mark, an Gemahregelte 11 685 Mark, an Reisende 6876 Mark, an Umziehende 8076 Mark, in Restfällen 1820 Mark, Sterbebeleg 3205 Mark, Rechtschutz 7797 Mark. — Den ausgesparten Bauarbeitern wurden 10 000 Mark überwiesen.

Nachdem der Kassenbericht erledigt war, gedachte der Vorsitzende Cohen in kurzen Worten des Kampfes auf den Schiffswerften. Er bemerkte, es sei möglich, daß sich noch andere Gruppen der organisierten Unternehmer mit den Werftunternehmern solidarisch erklären und Aussparungen im Vinnensand vornehmen. Wenn es dahin kommen sollte, so werde Berlin in erster Linie mit in den Kampf gezogen werden. Im Kampfe stehen gegenwärtig 35 000 bis 40 000 Werftarbeiter, von denen etwa 20 000 dem Metallarbeiterverbande angehören. Es sei selbstverständlich, daß die Berliner Kollegen die kämpfenden Werftarbeiter in jeder Weise unterstützen, namentlich für Herhalten des Zuganges nach den Werften und den etwa sonst noch in den Kampf gezogenen Betrieben sorgen werden. — Die Versammlung stimmte ohne Diskussion einem Antrage der Ortsverwaltung zu, des Inhalts, daß in der nächsten Woche eine außerordentliche Generalversammlung stattfinden soll, wo der Hamburger Vertreter des Verbandes über den Kampf auf den Werften sprechen wird.

Darauf erfolgte die statutenmäßige Neuwahl eines Teils der Ortsverwaltung. Der bisherige zweite Bevollmächtigte Handke wurde als einziger Kandidat für dies Amt wieder vorgeschlagen. Eder sprach gegen die Wiederwahl Handkes und begründete seinen Standpunkt im wesentlichen damit: Handke sei für diesen Posten nicht fähig, denn er habe in der Arbeiterbewegung, besonders in der Stellung zu dem Wiefenthal'schen Tarif, seine Meinung geändert, ferner habe Handke in Sachen der Rohrleger ein Flugblatt verfaßt, ohne die Zustimmung der Agitationskommission der Rohrleger einzuzholen. — Cohen führte gegenüber dem Standpunkt Eder's aus: An der Fähigkeit und unermüdbaren Arbeitsfreudigkeit Handkes könne gar nicht gezweifelt werden. Was Eder als einen Meinungswandel Handkes bezeichnete, sei ein langames Zurückgehen in der Rohrlegerbewegung, was lediglich dadurch verursacht worden sei, daß die Rohrleger für einen energischen Kampf nicht zu haben gewesen seien. Auf diese Kampfeslust der Rohrleger habe Handke natürlich Rücksicht nehmen müssen. Das erwähnte Flugblatt habe infolge einer plötzlich bekannt gewordenen Erhebung von Wiefenthal'scher Seite sofort verfaßt werden müssen, es sei deshalb nicht Zeit gewesen, die Kommission erst zu befragen, sie habe aber nachträglich ihre Zustimmung gegeben. Ein, der Branchenleiter der Rohrleger, wandte sich ebenfalls gegen die Ausführungen Eder's, worauf dieser nochmals seinen Standpunkt verteil. — Ein Schlussantrag wurde hierauf angenommen und Handke mit allen gegen etwa 25 bis 30 Stimmen wiedergewählt. Als erster Kassierer wurde Henning ohne Debatte einstimmig wiedergewählt. Ferner wurden gewählt als Revisoren Erbe und Schneider; als Kassier Stobsa.

Aus Anlaß der vorzunehmenden Wahl eines Bezirksleiters für Oberbarnimelde kam es zu einer längeren Debatte über den gegenwärtigen provisorisch angestellten Bezirksleiter Verweid, die einen vorwiegend persönlichen Charakter trug. Die Versammlung beschloß, die Erledigung dieser Angelegenheit zu vertagen, bis das Schiedsgericht, welches sich schon längere Zeit mit Verhandlungen in der Sache Verweid beschäftigt, zu einer Entscheidung gekommen ist. Bis dahin soll das Provisorium in Oberbarnimelde bestehen bleiben.

Berichtigung. In dem Versammlungsbericht der Generalversammlung des Deutschen Holzarbeiterverbandes muß es in dem Antrage 2, den Arbeitsnachweis betreffend, heißen: „Wer durch den Arbeitsnachweis in ein Arbeitsverhältnis vermittelt wird, welches in den ersten sechs Tagen wieder gelöst wird usw., nicht wie im Bericht steht sechs Wochen.“

W. WERTHEIM GM BH

Potsdamer Straße 10, 11 und 13

Friedrich-Straße 110/112 Passage-
Kaufhaus

Versand-Abteilung in beiden Häusern



Versand-Abteilung in beiden Häusern

Inventur-fussverkauf

Vor Eröffnung unseres neuen Hauses Leipziger Straße 75/76

Verkauf von Restbeständen in allen Abteilungen

— ohne Rücksicht auf den früheren Wert — zu ganz bedeutend herabgesetzten Preisen. Der frühere Preis ist auf jedem Artikel deutlich vermerkt

Wirtschafts-Artikel

Einkoch-Apparat „Normal“ 9.50	Waschwannen } aus starkem Zink mit Holzboden { 6.00, 7.75, 9.25	Roßhaarhandfeger 55, 70, 85, 95 Pf.
Messingkessel 2.55, 2.90, 3.50	Waschzuber } { 6.25, 8.25, 10.25	Roßhaarbesen 85 Pf., 1.05, 1.35, 1.75
Fruchtpressen 4.85, 6.50	Waschtöpfe verzinkt, m. Einsatz 2.35, 2.65, 3.10	Teppichbesen mit Stiel 55, 70, 85 Pf.
Reibemaschinen emailliert und ff. dekoriert . 1.65	Wäschemangel 16.50, 18.50	Teppichhandfeger 38, 45, 50 Pf.
Brotbüchsen ff. lackiert 95 Pf., 1.25	2 Gasplättchen vernickelt, mit Erhitzer 4.50	Schrubber 18, 25, 30 Pf.
Schaukelbadewannen 25.00, 27.50	Gaskocher 1 Flamme 3.25, 2 Flammen 8.25	Straußenwedel 50, 70, 95 Pf.
Plättbretter bezogen 2.05, 2.35, 2.65	Eßbesteck ff. vernickelt Paar 38 Pf.	Bohnerschrubber 3.50, 4.50, 5.75
Ärmelplättbretter 38, 65 Pf.	Eßlöffel ff. vernickelt Dutzend 1.20	Bohnermasse 55 Pf., Stahlspäne Paket 14 Pf.

Spiritusplättchen . . 4.35, 5.25, 6.85

Messerputzmaschine mit Schmirgel . 5.35

Teppichkehrmaschine 6.50, 9.50, 10.50

Emaile-Waren

Waschgarnitur 5teilig, ff. dekoriert . . 6.75, 8.50	Schmortöpfe ohne Ring 40, 45, 55, 70 Pf.	Maschinentöpfe 20, 25, 30 Pf.
Eimer mit Deckel, ff. dekoriert 2.25	Kasserollen mit Ausguß 20, 25, 35, 45 Pf.	Kaffeekannen dekoriert 60 Pf.
Toiletten-Eimer mit Rohrbügel 2.65	Wasserkessel 95 Pf., 1.25	Bratpfannen mit Deckel 1.00, 1.25, 1.70
Wassereimer 65 Pf.	Gaskochtöpfe mit Deckel 75, 85 Pf., 1.10	Löffelbleche 1.10
Wannen oval 75 Pf., 1.10	Milchkocher 85, 95 Pf., 1.20	Semmelbehälter 75 Pf.
Mülleimer mit Deckel 2.10	Kartoffeldämpfer 1.40, 1.55, 1.90	Konsole für Sand, Seife, Soda 85 Pf.

Tischlampen 95 Pf., 1.50

Gaszylinder Dutzend 65 Pf.

Glühstrümpfe 22, 28 Pf.

Selten günstige Gelegenheit

TEPPICHE

Selten günstige Gelegenheit

Pa.-Velours ca. 135/200 cm reg. Wert 17.50 jetzt 12.50	ca. 175/235 cm reg. Wert 28.00 jetzt 19.50	ca. 200/300 cm reg. Wert 42.00 jetzt 30.50	ca. 250/350 cm reg. Wert 70.00 jetzt 47.50
Pa.-Axminster ca. 200/300 cm reg. Wert 65.00 jetzt 48.75	ca. 230/315 cm reg. Wert 81.00 jetzt 61.25	ca. 250/350 cm reg. Wert 98.00 jetzt 69.50	ca. 300/400 cm reg. Wert 133.00 jetzt 98.00
Beste Qualität, aparte Perser und moderne Muster			
Pa.-Tournai-Velours (bestes Fabrikat) ca. 200/300 cm reg. Wert 97.00 jetzt 68.00	ca. 250/350 cm reg. Wert 152.00 jetzt 110.00	ca. 300/400 cm reg. Wert 225.00 jetzt 155.00	

Große Posten Restbestände von
Läufern aus Linoleum, Jute, Haargarn und Velours
in Längen von 2 1/2 bis 7 Meter
bedeutend unter regulärem Wert

Ein Posten
Phantasie-Diwandecken
aparte Perser und moderne Muster früher 13.50 jetzt 9.50
Moquette-Diwandecken früher 26.50 jetzt 18.75

MÖBEL- ABTEILUNG

Nur
Passage-
Kaufhaus

Zu ganz besonders herabgesetzten Preisen:
Mehrere kompl. Schlafzimmer-Einrichtungen
aus Eiche, Mahagoni oder Birke
Alle Arten feiner Polstermöbel, Klubsessel usw., Speise-,
Herren- und Wohnzimmer-Möbel, sowie Salon-Einrichtungen
in gediegener Ausführung

Der Brand auf der Weltausstellung

Brüssel, 15. August. (Eig. Ber.)

Es fing so harmlos an. Ich sitze auf der Terrasse des Restaurants Univer, das im rechten Flügel des Hauptgebäudes der belgischen Ausstellung liegt. Der mächtige Bau mit der stolzen Fassade und seiner gelben Säulengalerie liegt auf dem Hügel und zwingt den Blick des Eintretenden. Scharf heben sich die im Licht noch gezogenen Linien von dem blauen Nachthimmel ab. Unten spielt noch der große Springbrunnen, und in den stillen Teichen spiegeln sich friedlich die Sterne. Ueberall flammen bunte Lichter. Alle Restaurants sind überfüllt und eine froh bewegte Menge flutet durch die Wege und füllt die Plätze. So voll ist die Weltausstellung noch nie gewesen als heute. In langen Reihen sind die Turner und Sänger des ganzen Landes mit Musikkapellen voraus hineinschmarmelt und das Brüsseler Volk ist heute am Sonntag gekommen. Morgen ist Hauptfeierabend, das Marienfest. Die Ausländer verschweben heute fast in der Menge der Belgier. Nur hin und wieder hört man deutsche Worte, die an anderen Tagen fast die französischen erdrücken.

Es ist gerade 9 Uhr abends. Eine junge Dame im roten Abendmantel, gefolgt von ihrem Cavalier im Evening Drek, geht vorüber; wohl eine Amerikanerin, die eben aus dem Automobil gestiegen ist. Mit einem Male bleibt sie stehen, ihr Diener deutet nach dem Hauptportal. Ich blide unwillkürlich mit hinauf und sehe: Was ist das? Ein kleines graues Wölkchen scheint an einer Säule emporzukriechen und schlängelt sich nach dem Dache hin. Ich laufe näher heran. Nun ist es fast schon eine Wolke. Es schwindet jeder Zweifel, es brennt gerade dort, wo das Hauptportal liegt mit der Centralpost dicht daneben und dem englischen Restaurant.

Jetzt flammt es hoch auf. Es geht wie ein elektrischer Schlag durch die Menge. Ein Schrei löst sich los: es brennt. Aber man beruhigt sich noch, es wird nicht so schlimm werden. Das Gebäude täuscht eine solche Festigkeit und Unererschütterlichkeit mit seinen mächtigen Säuleneihen vor. Oben auf dem Dache stehen die Statuen ernst und gemessen und die Fahnen aller Staaten flattern lustig im Winde. Es wird nichts sein. Aber die Masse ballt sich schon dichter zusammen. Wo bleibt denn die Feuerwehr? Es ist jetzt 10 Minuten vor 9 Uhr und der Rauch wird dicker. Aber eben flammen überall Tausende von bunten Flämmchen über den Wegen auf, und die Fassade des „Chien vert“, des Hauptrestaurants, der angrenzenden Brüsseler Kirmes glänzt in ruhigem grünen Licht. Es ist wohl nichts. Nun kommt ja auch die Feuerwehr. Ein Mann schiebt einen kleinen Karren, so groß wie eine Drehorgel. Aber er hat es doch eilig. Man weiß nur nicht recht, wie er mit dem Kinderpielzeug hinaufkommen will, dorthin wo die Rauchsäule aufsteigt. Oder brennt es vielleicht innen?

Es ist 5 Minuten vor 9 Uhr. Nun endlich die erste und einzige Dampfpistole. Die Masse benimmt sich bewunderungswürdig. Die paar Polizisten, die den Taschendieben als Handwerg passen sollen, haben gar keine Mühe, die Menge zurückzutreiben. Aber noch ahnt niemand das Entsetzliche, das die nächsten Minuten bringen sollen. Noch immer ist der Brand ein kleines Schaulust, eine Art unerwartete Abendunterhaltung, das dem Feuerwerk, das um 10 Uhr abgebrannt wird, etwas Abbruch tut. Es ist 9 Uhr und nun sieht es schon sehr ernsthaft aus. Von allen Seiten scheint es emporzukommen. Ein unheimlicher Strahlenglanz bildet sich über dem belgischen Hauptportal. Der Funkenregen beginnt schon, die Dampfpistole arbeitet, man sieht es an der anderen Färbung der Rauchwolken. Und richtig, man beginnt auszuräumen. Zwei Männer schleppen ein schweres Bild in Goldrahmen, eine holländische Landschaft mit friedlich grasenden Ähren, vorüber. Andere Männer bemühen sich, die schweren Holzfüße mit den Vorbeerbäumen, die am Hauptportal stehen, herunterzuschaffen. Man sieht einen Kellner mit weißer Jacke sich in Sicherheit bringen. Aber alles ist merklich ruhiger. Die Massen stehen da und schauen zu. Ein Trupp geht im Laufschrift vorüber, Feuerwehrlente, und wieder ein Trupp und noch ein Trupp.

Es schlägt 9 Uhr vom Turm der deutschen Ausstellung. Die Wälder beginnen zu wandern, eins folgt auf das andere, aber man scheint nicht recht zu wissen, wohin sie gebracht werden sollen. In einen Holzpavillon, wo die Musikpelle gespielt hat, 20 Schritte von dem Flügel, dessen Mitte brennt, werden sie hingestellt. Andere wieder werden weggetragen. Männer eilen vorüber und bringen Geldkassen in Sicherheit. Andere wieder tragen Wächer und Alfenstäbe. 5 Minuten nach 9 Uhr ist die Mitte des Riesensbaus schon ein Flammenmeer. Ein Mann kommt die Galerie entlang gelaufen, er trägt einen alten Holzstuhl über dem Arm, er ist ganz verwirrt, sprachlos und sucht seinen Stuhl durch die Menschenmassen hindurchzubringen. Nun beginnt das Gebäude von der Mitte aus nach rechts und links zu brennen. Es geht alles so schnell, daß man sich über das einzelne keine Rechenschaft mehr geben kann. Schläuche werden gezogen, die Feuerwehr sucht nach Hydranten. An einer Stelle reißt sie den Boden auf, um statt eines Wasserrohres einen Abzugskanal zu entdecken. Verwirrung und Kopflosigkeit an allen Ecken und Enden, Unterschätzung des Brandes und Mangel einer tatkräftigen Leitung. Kostbare Minuten gehen verloren. Die zuschauende Masse gerät in Bewegung, ein großer Teil ergreift die Flucht nach den Ausgängen zu, ein anderer wieder bleibt stehen, weil die Reugier mächtiger ist als die Furcht. Ein Drängen und Schieben entsteht, eine Mutter drückt ihr Baby an sich und sucht den Mann fortzuschieben, der noch anschauen will. Jemand eine unbekannte Kraft, sind es Soldaten, sind es Polizisten, ist es die Feuerwehr, sind es freiwillige Rettungsmannschaften der Turnerschaft, beginnt diese flauende Masse fortzudrängen und vorwärtszuschieben, aus der Nähe des Feuerherdes zu entfernen. Schon flammt das Dach auf und beim Hauptportal beginnt es einzustürzen. Wir sind in den Teil der Masse geraten, der die Hauptstraße nach der inneren Ausstellung herabzieht. Da steht Bude an Bude, Aneipe an Aneipe, das deutsche „Vatervaterglück“ neben dem Restaurant der sozialistischen „Raison du peuple“, ein Champagnertempel zwischen zwei Ausgängenstellen von weißem Stein. Ein Teil der Gäste sitzt noch immer ruhig auf den Plätzen. Aber schon sind die elektrischen Lampen auf dem weiten Platz hinter uns erloschen, und nur der „goldene Stier“ in der Kuppel des Gebäudes der Riebigkompanie glänzt im Widerschein des Brandes. Vom Brande sieht man jetzt nur eine braunrote Dampfswolke mit ihrem grauen Rand, den der Wind nach oben drückt.

Die deutsche Ausstellung! Die Gefahr scheint noch weit ab, aber sie kann kommen. Das Feuer greift mit unheimlicher Schnelligkeit um sich, und die auf Holzgerüst aufgeführten Gipscaputen leisten den Flammen gar keinen Widerstand. Wir laufen hinüber nach dem Winkel, den der Glockenturm des Seibischen Baus mit der Ausstellungshalle bildet, in der vornan die Wälder sind. Das Haus liegt dunkel und einsam. Ist niemand am Fenster? Eine kleine Gruppe steht hier, ein paar Männer und Frauen. Es sind

ein paar Bureau Damen und untergeordnete Angestellte. Kein Leiter ist da, niemand, der eine Verantwortung übernehme. Keiner weiß auch recht zu raten. Man sieht zu, wie drüben in weiter Ferne das Feuer wütet. Die belgische Ausstellungshalle ist jetzt fast ganz von den Flammen ergriffen, die Brüsseler Kirmes ein Flammenmeer, die englische Halle beginnt zu brennen. Blaue, grüne und rote Dämpfe steigen auf, das sind die französischen Weine, die französischen Parfümerien. Dazwischen donnern Explosionen. Jemand erinnert an die Goldschätze der französischen Juweliere und an die Diamanten der Debeers-Company. Diamanten sind da in einem mächtigen Käfig aufgestellt, der wie ein Bogellkäfig aussieht. Was wird aus ihnen werden? Ein paar Männer stehen unten auf dem Dach mit dem Schlauch in der Hand, aber es ist kein Wasser da. Wo sind die Schlüssel zu den Wasserhähnen? Im Kaiserhof, dem Weinrestaurant der deutschen Abteilung, sind die Spritzen schon in Tätigkeit. Aber das ist ja Privatbesitz. Auch das große Münchener Bierrestaurant sucht seine Schätze durch Wasser zu retten. In den offiziellen Schlauchleitungen aber ist noch immer kein Wasser. Oben schreien Männer, unten wird geschrien, man versteht sich kaum. Dann hofft man wieder, es sieht eine Weile so aus, als sollte das Feuer zum Stillstand kommen. Die Feuerwehren sind jetzt in voller Tätigkeit, Leitern sind angelegt und die Leute stehen auf den Dächern und spritzen. Die Dampfpistolen arbeiten. Vielleicht kann Italien und Spanien noch gehalten werden. Die Hoffnung regt sich wieder in der Gruppe vor der deutschen Ausstellung. Solange das gegenüberliegende holländische Gebäude nicht brennt, kann die Gefahr noch vorübergehen. Und ein Teil der Brüsseler Ausstellung ist noch immer sorglos. Das Feuerwerk, das um 10 Uhr abends beginnt, wird bis zur letzten Rakete ruhig abgebrannt. Kindische Kanonenschläge hallen hinein in das Donnern der zusammenstürzenden Gebäude. Ein Wächter ist da vor der deutschen Abteilung. Eine Dame will über den Mäsen laufen, der Wächter macht sie darauf aufmerksam, daß das verboten ist.

Es schlägt 10, es wird 11. Da mit einem Male nimmt das Feuer einen neuen Anlauf. Das Restaurant Dubal geht in Flammen auf. Wir sind volle hundert Schritte noch von dem Brand entfernt, aber schon macht sich die Hitze bemerkbar, unheimliche Funken fliegen über den Garten auf Deutschland zu. Jetzt scheint endlich die Schlauchleitung in Ordnung zu sein, es wird Wasser gegeben. Municipalgardisten kommen herangesprengt und treiben die Gruppe vor der deutschen Abteilung zurück.

Der Platz wird geräumt, die Gruppen, die sich in den Gärten noch gehalten hatten, werden fortgetrieben. Hinter dem Ausstellungsgelände geht es entlang einem dunklen Weg, über Schienen und Ballen hinweg an einer düsteren Wellblechbarade vorüber, vor der eine Sanitätskolonne auf traurige Arbeit wartet, über wüste Plätze hinweg durch Steingeröll und Wasserläden hinaus zu irgendeinem Tor, wo ein paar Beamte stehen und jeden untersuchen, der ein Paket trägt.

Am Ringzaun der Ausstellung werden wir weiter geschoben. Es geht mit aufgeregten Menschen, die riesengroße Brandsadel hinter uns, immer weiter. Endlich eine bekannte Gegend, Straßenbahnwagen überfüllt von Menschen. Wir steigen nach der entgegengesetzten Richtung ein nach der Ausstellung zu. Noch einmal kommen wir dicht heran zu dem Eingangstor. Durch den Funkenregen geht es hindurch, der seine Tropfen auf Frauenkleider wirft und das Dach des Strohhalmwagens anzuzünden droht. Aber auch das geht vorüber. Es geht hinein in die Stadt. Der Wagen ist dicht gefüllt. Ein paar Männer weinern still vor sich hin, es sind Kleinhändler, Gastwirte von der Ausstellung, die nicht versichert sind, daß alles verloren haben. Wobon sollen sie leben? Eine Weltausstellung ist verbrannt.

Um 14 Uhr früh bin ich noch einmal hinausgefahren. Der große Brand ist in der Hauptsache vorüber, nur eine dunkle Glut brüht dort, wo die Schätze Belgiens und Englands ausgestellt waren. Alles ist jetzt militärisch abgesperrt, niemand kann hinein. Um 12 Uhr nachts sind Truppen gekommen und haben die notwendigen Sprengungen vorgenommen.

Auf den Trümmern der Weltausstellung.

Brüssel, 16. August. Die materiellen Werte, die durch den Brand in Flammen aufgingen, sind ganz gewaltig. Am schwersten betroffen ist eine Anzahl kleinerer Geschäftsinhaber, Wäcker, Fleischer und sonstiger Gewerbetreibender des Vergnügungsplatzes, die nicht versichert waren und zum Teil vollständig ruiniert sind.

In der englischen Abteilung sind Gegenstände von unermesslichem Werte, Brunkstücke aus dem Kensington-Museum, zerstört worden (wie überhaupt England die am meisten geschädigte Nation unter den Ausstellern sein dürfte). Der Gesamt Schaden läßt sich noch immer nicht feststellen. Auf dem Brandplatz werden fortwährend Ermittlungen angestellt, wie weit die einzelnen Schausteller betroffen sind. In der Hauptsache muß der Schaden von ausländischen Versicherungen getragen werden, da die deutschen Gesellschaften fast ausschließlich für die deutsche Abteilung, die vom Feuer verschont geblieben ist, in Frage kommen.

Allgemein hört man Klagen über die schlechte Organisation der Feuerwehr, die zu lange unätig gezeugt habe, anstatt sofort niederzueilen, wo es notwendig war. So sei die Verbindungsbrücke zwischen den Abteilungen England und Frankreich erst nach einer Stunde in Brand geraten. Gätte man die Brücke sofort niedergestürzt, dann wäre nach der Meinung von Sachverständigen das Feuer früher zum Stillstand gekommen. Es erheben sich Zweifel, ob die Feuerbrunst wirklich in der Nähe eines Restaurants ausgebrochen ist; jedoch wird es schwerlich gelingen, die Ursache des Brandes zu ermitteln.

Brüssel, 16. August. Es wird jetzt bekannt, daß von der Menagerie Postol zwei Angestellte vermißt werden. Da über ihre Verbleiben bisher nichts ermittelt werden konnte, glaubt man, daß sie in den Flammen ihren Tod gefunden haben. Die Menagerie ist vollständig niedergebrannt. Etwa 60 wilde Tiere sind in der Feuerglut erstickt. Mehrere Kolobide wurden in dem Wasser ihrer Bassins förmlich gebrüht.

Brüssel, 16. August. Der gestrige Tag brachte einen ungeheuren Ansturm des Publikums. Die Ausstellungskommision hat 91000 Franzoseninnahmen. Um sechs Uhr abends wurde durch Polizei und Militär die Ausstellung abgesperrt, aber erst nach mehreren Stunden gelang es, die vielen Tausende aus dem Gebiete der Ausstellung zu verdrängen. Wie stets bei dergleichen Katastrophen versuchen die Spitzbuben in den Trümmern Reichtümer zu erbeuten. Zahlreiche Verhaftungen wurden vorgenommen.

Wiedereröffnung der Ausstellung.

Brüssel, 16. August. Das Militär verläßt heute die Ausstellung, deren sämtliche Abteilungen von

morgen ab wieder zu besichtigen sein werden. Belgien will seine Ausstellung rekonstruieren und die neue Ausstellung im Pavillon für zeitliche Ausstellungen unterbringen, wo sechstausend Quadratmeter zur Verfügung stehen.

Vermischtes.

Schiffskatastrophen auf hoher See.

Nach einem Telegramm aus London ist in der Meerenge von Gibraltar gestern der spanische Dampfer „Marton“ mit dem deutschen Dampfer „Elsa“ zusammengefahren. Kurz Zeit nach dem Zusammenstoß begann der spanische Dampfer zu sinken. Nur ein Teil der Passagiere und Mannschaften konnte durch die „Elsa“ gerettet und in Gibraltar an Land gebracht werden. Sieben Matrosen und 32 Passagiere des „Marton“ fanden in den Wellen ihren Tod. Als Ursache der Katastrophe wird Nebel angegeben, der so dicht auf dem Meere lagerte, daß man auf dem deutschen Schiffe den gesunkenen Dampfer erst bemerkte, als ein Zusammenstoß unvermeidlich war.

Der Dampfer „Abedive“, der deutschen Ostafrikalinie gehörig, ist bei Kap Morgan auf ein Felsenriff aufgelaufen. Der Schiffsboden wurde an mehreren Stellen zerstört, das Wasser drang in diesem Strahle in die Schiffsräume ein. Trotzdem mehrere Schleppdampfer zur Bergung des Schiffes abgesandt wurden, ging das Schiff vollständig verloren und mußte seinem Schicksal überlassen bleiben. Die Besatzung wurde gerettet.

Verunglückte Kilometerfresser.

In der Nähe von Wien stieß ein in rasendem Tempo daherkommendes Automobil, in welchem sich vier Insassen befanden, gegen eine Telegraphenstange. Das Automobil überschlug sich und wurde vollständig zertrümmert. Die Insassen des Fahrzeuges wurden in schwerverletztem Zustande nach dem Krankenhaus gebracht. — Der Kammerjäger Paul Schmede fuhr mit seinem Automobil in der Nähe von Jisl mit einem anderen Automobil, in dem sich eine französische Familie befand, zusammen. Das französische Automobil wurde total zertrümmert, die Insassen beider Gefährte sind dennoch nur leicht verletzt worden.

Ein Flug von Paris nach London.

Der Aviatiker Hubert Voitham ist am Dienstag, morgens 5 1/2 Uhr, mit seinem Antoinetteapparat auf einem Flugplatz in der Nähe von Paris aufgestiegen, um den ihm beabsichtigten Flug nach London anzutreten. Voitham glaubt, daß es ihm gelingen werde, ohne Zwischenlandung sein Ziel zu erreichen. Nachdem er mehrere Rundflüge über dem Plage vollführt hatte, flog er in nördlicher Richtung davon.

Oberleutnant von Thiedemann abgestürzt.

In Frankfurt a. M. begann heute der Start zu dem Ueberlandflug Frankfurt-Mannheim. Oberleutnant von Thiedemann, einer der Teilnehmer, stürzte bei einem Probeflug nach einer Fahrt von 800 Meter mit seinem Apparat zur Erde. Thiedemann kam unter den Apparat zu liegen und hat einen Bruch des Obersehenkels erlitten.

Attentat gegen einen Eisenbahnzug.

Am Montagabend wurde auf einen Schnellzug, der die Passagiere eines transatlantischen Dampfers nach Vordis bringen sollte, ein Attentat verübt. Einige Kilometer vor Bayreuth entdeckte der Maschinenführer eines Güterzuges, daß über die Eisenbahngleise von verbredenerischer Hand eine Anzahl schwerer Gegenstände gelegt worden waren. Der Maschinenführer wußte, daß sich hinter ihm der Expresszug befand, und gab deshalb nach hinten mit einer roten Fahne Warnungssignale. Die beiden Maschinenführer des Express- und des Güterzuges untersuchten die Strecke und fanden 31 schwere eiserne Volzen, die aus einem Magazin der Staatsbahn gestohlen und auf den Gleisen befestigt worden waren. Eine Untersuchung ist eingeleitet.

Im Wahn des Aberglaubens.

Von einem furchtbaren Verbrechen, das an die trüben Zeiten des mittelalterlichen Zaubereimbahns erinnert, berichtet spanische Blätter. Im Dorfe Godor, 15 Kilometer von Almeria, war ein Bauer namens Ortega, der auf einem einsamen Hofe wohnte, von der Lungenschwindsucht befallen. Er nahm die Hülse des Duellsalbers Leona, der im Dorfe praktizierte und schon mancherlei auf dem Gewissen hatte, in Anspruch, und dieser empfahl ihm sofort als unfehlbares Heilmittel noch warmes Kinderblut zu trinken und sich die Eingeweide des Kindes auf die Brust zu legen; er selbst erbot sich für eine Summe von 500 M. ihm das Opfer zu verschaffen. Ortega zahlte das Geld, und Leona ruhte unter Mitwirkung eines Veters einen siebenjährigen Knaben, Bernardo Gonzalez. Sie schleppten das Opfer zu Ortega, wo sie von dem Bauer und dessen Frau und Vater erwartet wurden. Alle zusammen knieelten das Kind, worauf Leona ihm eine tiefe Wunde in der Gegend des Herzens einschnitt und Ortega das Blut in einer Schale auffing, um es sofort zu trinken. Dann öffnete Leona den Körper und entnahm daraus die Eingeweide, mit denen Ortega sich nach der Vorschrift einen Umschlag machte. Schließlich schleppten die Verbrecher den Leichnam zu einer Schlucht, nachdem sie das Gesicht mit Steinen zertrümmelt hatten, um es unkenntlich zu machen. Die Polizei bedachte jedoch das Verbrechen auf und verhaftete alle Mitschuldigen, die auch ein volles Geständnis ablegten.

Keine Notizen.

Explosion einer Drehmaschine. In Reichelsdorf bei Schwedegge explodierte gestern nachmittag der Benzinmotor einer Drehmaschine. Die Flammen ergriffen ein in der Nähe stehendes häßliches Mädchen, das an den Brandwunden nach kurzer Zeit unter furchtbaren Schmerzen starb. Auch der Großvater des Kindes, der zur Rettung herbeigeeilt war, zog sich lebensgefährliche Brandwunden zu.

Bei der Verhaftung zweier Italiener wurde in einer Wirtschaft in Düren in Westfalen ein Polizeikommissar von den Italienern erschossen. Die Körper wurden seither genommen.

Eine im Bau befindliche Eisenbahnbrücke in der Nähe der Gemeinde Nerge ist eingestürzt. Eine größere Anzahl Arbeiter wurde unter den Trümmern begraben. Zwei von ihnen wurden als Leichen hervorgerollt, die übrigen erlitten teils schwere, teils leichtere Verletzungen.

Infolge einer Erdstörung stürzte in Wessensan ein Dampfkessel in die Tiefe. Siebzehn Arbeiter wurden mitgerissen und tot herausgeholt.

Bombenexplosion. Vor einem Hause der Stadt St. Sorlin (Frankreich) wollte ein Unbekannter eine Bombe niederlegen; diese explodierte dabei und tötete ihn in St. S.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sachkunde... Briefkasten der Redaktion... 1. Das ist möglich...

Fun. - G. G. Die Ruffische... Briefkasten der Redaktion... 2. Das ist zunächst nicht notwendig...

Arbeiterwanderverein... Briefkasten der Redaktion... 3. Das ist zunächst nicht notwendig...

Theater und Vergnügungen

Mittwoch, 17. August. Anfang 7 1/2 Uhr. Neues Königl. Operntheater.

Deutsches. Jüdisch. Kammeroper. Berliner. Komische Oper. Neues. Residenz. Neues Schauspielhaus.

Lessing-Theater. Berliner Theater. Neues Theater. Kasernenluft. Berliner Volksoper.

Berliner Theater. Neues Theater. Kasernenluft. Berliner Volksoper.

Berliner Theater. Neues Theater. Kasernenluft. Berliner Volksoper.

Theater des Westens. Neues Operetten-Theater. Residenz-Theater.

Zu Laubenschlag. Lustspielhaus. Das Leutnantsmündel.

ROSE-THEATER. Große Frankfurter Str. 132. Ein soltamer Fall.

Karl Haverland-Theater. Anfang 7 1/2 Uhr. Premiere.

Urania. Wissenschaftliches Theater. Taubenstraße 48/49. Heute abend 8 Uhr: Von der Zugspitze zum Watzmann.

ZOOLOGISCHER GARTEN. Großes Militär-Doppel-Konzert. Eintritt 1 Mark.

Ausstellungshalle am Zoo. Täglich 6-11 Uhr. Riesen-Kinematograph.

Passage-Panoptikum. Boddhas dunkles Geheimnis. Der Mann mit dem eisernen Schlund!

Passage-Theater. Abends 8 Uhr: Ein einziger Erfolg! In einem amerikanischen Bulldog-Tingeltangel.

Metropol-Theater. Hallo!!! Die große Revue!

WINTERGARTEN. Heute !!Premiere!! des Eröffnungsprogramms der Gipfel der illustren Varietékunst!

Reichshallen-Theater. Von nun an täglich: Stettiner Sänger.

Karl Haverland-Theater. Anfang 7 1/2 Uhr. Premiere.

Karl Haverland-Theater. Anfang 7 1/2 Uhr. Premiere.

Karl Haverland-Theater. Anfang 7 1/2 Uhr. Premiere.

Schiller-Theater O. (Wagner-Theater). Gottscheld-Oper. Mittwoch, abends 8 Uhr: Schrenk und Herrmann.

Schiller-Theater Charlottenburg. Mittwoch, abends 8 Uhr: Die von Hochsattel.

Fünfter Berliner Reichstags-Wahlkreis. Sonntag, den 21. August, in der Brauerei Friedrichshain.

Gr. Garten-Konzert. Ausgef. vom Berliner Sinfonie-Orchester (Dir. Hr. Maximilian Fischer) verbunden mit turnerischen Auführungen.

Luisen-Theater. Nur noch wenige Aufführungen: Abends 8 Uhr: Auf der Goldwage.

Volksgarten-Theater. Früher Weimann. Badstr. 8, Behm u. Bellermannstraße.

Trianon-Theater. Heute u. folgende Tage (Anf. 8 Uhr): Pariser Witwen.

Burgtheater-Kinematograph. Norm. Greuter, Inhab. Rud. Mez, Schönhauser Allee 129.

Königstadt-Kasino. Dolgenstraße 72, Ecke Alexanderstraße. Inhaber: Max Schindlerhauer.

CIRCUS CYRILL HALE. Berlin, Potsdamer Straße. Alter Botanischer Garten.

Unwiderrüchliche letzte Vorstellung im Alten Botan. Garten am Freitag, 19. August, abends 8 1/2 Uhr.

Herrnfeld Theater. Die größten Schlager der letzten Saison: Die Welt geht unter! und Wenn zwei dasselbe tun.

Apollo Theater. Ab 8 Uhr die kolossal-Attraktionen. 5 Schönheiten in 5 Tänzerinnen Rollen.

Schweizer Garten. Am Königstor - Am Friedrichshain. Täglich abends 7 1/2, 10 Uhr: Elternlos.

Max Kliems Sommertheater und Festsäle. Inh.: Rudolf Krüger. Hasenheide 13/15.

Volgt-Theater. Gejundbrunnen Badstr. 58. Mittwoch, den 17. August: Große Elite-Vorstellung!

Berliner Prater-Theater. Kastanienallee 7-9. Täglich: Schützenlied.

Puhlmanns Theater. Schön. A. 148 - Kastanien-A. 97/99. Wenn schön - im Garten.

Vereins-Brauerei. Rixdorf, Hermannstr. 214/219. Oekonom: Max Wendt.

Gr. Militär-Konzert. Anfang wochentags 7 Uhr. Sonntags 4 Uhr.

Spree-Garten Treptow. Heute Mittwoch: Elitetag.

Walhalla Varieté-Theater. Weinbergsweg 19-20, Rosenthaler. Anfang 8 1/2 Uhr.

Luna-Park TERRASSEN HALENSEE. Größter Vergnügungspark des Kontinents. Sensationelle Attraktionen, Translatour- und Militär-Kapellen.

Stadt-Theater Moabit. Alt-Moabit 47/49. Täglich: Konzert, Theater, Spezialitäten.

BBB. Brandenstraße 16. Das größte Kino-Theater Berlins.

Pharus-Sommer-Theater. Besitzer: Max Ludwig. Art. Leitung: Max Reinhardt.

BBB. Brandenstraße 16. Das größte Kino-Theater Berlins.

Pharus-Sommer-Theater. Besitzer: Max Ludwig. Art. Leitung: Max Reinhardt.

BBB. Brandenstraße 16. Das größte Kino-Theater Berlins.

Pharus-Sommer-Theater. Besitzer: Max Ludwig. Art. Leitung: Max Reinhardt.

BBB. Brandenstraße 16. Das größte Kino-Theater Berlins.

Pharus-Sommer-Theater. Besitzer: Max Ludwig. Art. Leitung: Max Reinhardt.

BBB. Brandenstraße 16. Das größte Kino-Theater Berlins.

Pharus-Sommer-Theater. Besitzer: Max Ludwig. Art. Leitung: Max Reinhardt.

BBB. Brandenstraße 16. Das größte Kino-Theater Berlins.

Pharus-Sommer-Theater. Besitzer: Max Ludwig. Art. Leitung: Max Reinhardt.

BBB. Brandenstraße 16. Das größte Kino-Theater Berlins.

Pharus-Sommer-Theater. Besitzer: Max Ludwig. Art. Leitung: Max Reinhardt.

BBB. Brandenstraße 16. Das größte Kino-Theater Berlins.

Pharus-Sommer-Theater. Besitzer: Max Ludwig. Art. Leitung: Max Reinhardt.

BBB. Brandenstraße 16. Das größte Kino-Theater Berlins.

Pharus-Sommer-Theater. Besitzer: Max Ludwig. Art. Leitung: Max Reinhardt.

BBB. Brandenstraße 16. Das größte Kino-Theater Berlins.

Pharus-Sommer-Theater. Besitzer: Max Ludwig. Art. Leitung: Max Reinhardt.

BBB. Brandenstraße 16. Das größte Kino-Theater Berlins.

Abzahlungsgeschäfte

Credit-Haus Bellealliance

Credit-Haus Moabit

Lubascher, S.

Franz Abraham

Goldtröpfchen

Orangen-Feuer

Sinalco (Bilzbrause)

Si-Si

F. Falk!

Oskar Hanke's Brotbäckerei

Hankes Brotbäckerei

Carl Kappler

Kunze, Grossbäckerei

Rich. Liebenow

Mache, Carl

Peter's-Grosbäckerei

Th. Turban

Ulbrich

Heinrich Wittler

Erscheint 2 mal wöchentlich.

Bad Landsberger St. 107

Bondagen, Gummlw.

Beleucht.-Gegenst.

Berufsbildung

Wilh. Scholem

Schuch, M.

W. Adelung & A. Hoffmann

Potsdamer Stangenbier

Bergbrauerei

Patzeholer Brauerei

Berliner Bock-Brauerei

Max Böhm

BORUSSIA

Brauerei „Germania“

Brauerei P. Hoppoldt

Bezugsquellen-Verzeichnis.

Brauerei Königstadt

Brauerei Pfefferberg

Caramel-Weissbier

Groterjans

Goldbier

Phönix-Brauerei

S. D. Moewes

Schlossbrauerei

Vereins-Brauerei

Berliner Kindl

Weissbier Albert Braun

Ed. Gebhardt A.-G.

Butter, Eier, Käse

J. F. Assmann

Oskar Beck

Fritz Baritz

Alb. Kasulke

Ernst Wandelt

Damenkonfektion

Max Arndorff

Dombrowsky

Siegmund Eisenstadt

Link, Paul

Paul Loewenthal

Westmann

A. Kieper, Nowawes

Drogen u. Farben

Kneeseck-Drog.

Slephried-Drogerie

Eisen- u. Stahlw. Waff.

Gericke & Wolfram

Wolf, Carl

Fahrräd., Nähmasch.

Fahrrad-Haus „Frisch auf“

Fahrrad-Leihhaus Lehmann

Fahrrad-Vertrieb „Gross-Berlin“

Holz, Wilh.

Klink & Westens

Charles Lehmann

Rund um Berlin

Solidaria-Fahrräder

Wandell

Färberolien, Wäscher.

Carl Pollnow

Gebr. Erbguth

Meesters, Th.

Osw. Naefe

Stenzel, Paul

Stettiner-Fleisch-Centrale

Wihl, Vogel

Gardinen

Gardinen-Fabriken

Grammoph., Sprechm.

Jahre, M.

Look's Rollschuh

Phonographen-Ratz

Pletsch, Hugo

Arthur Kühn

Dähnert, O.

Graff & Heyn

Krüger, Rudolf

Küchen-Schreiber

Rohrstr., Ad.

R. Wangerin

Schönland & Sohn

Werner, Erich

Karl Westhof

Bazar Norden

Deutsche-Hut-Compagnie

LOBER-MUTE

Mandel's Hutfabrik

Peters, A.

Vester, E.

M. Bathke

Kaufhäuser

Dekuczynski, H.

Falkenstein, Paul

Edel Hoegner

Kaufhaus

Gustav Pinkus

Kaufhaus Gebr. Preuß

Wilde, J. Frankl.-Chaus. 140.

Kinematogr.-Theater

Kohlen, Koks, Briquets

Gerberberger & Müller

Aug. Grimberger

Guse & Co.

Reuterplatz 3.

A. B. Koch

M. F. Leyke

Peter & Kröb

Das Beste für Ofen u. Herd.

J. Ferdinand Leyke sen.

Loebell, L.

Georg Knipfel & Sohn

Peter & Kröb

Fortsetzung siehe nächste Seite.

Berliner Nachrichten.

Die Lungenheilstätte Grabowsee

war von uns vor einiger Zeit zum Gegenstand kritischer Betrachtungen gemacht worden. Der Chefarzt Dr. Schultes unternahm darauf den Versuch, sich mit einer lahmten Erweiterung zu wehren, indem er eine nebensächliche Einzelheit korrigierte. Wir gönnen solchen Herrschaften dieses billige Vergnügen, wenn sie nur hinterher die Mißstände beseitigen, die wir gerügt haben.

Unsere Kritik an der Anstalt Grabowsee richtete sich vornehmlich gegen den dort herrschenden Brauch, die Patienten zu allerlei keineswegs gesundheitsfördernden Arbeiten zu nötigen, die man Kranken doch zu allererst zumuten sollte. Hierin soll seitdem sich einiges geändert haben, aber zu wünschen spricht von „leichten Arbeiten“, an denen die Kranken sich, soweit es zur Förderung ihrer Gesundheit nötig ist, auf ärztliche Anordnung zu beteiligen haben.

Anderer Klagen beziehen sich auf die Verköstigung, die sehr wenig schmackhaft sei. Diese Beschwerde kehrt hier und in anderen Anstalten immer wieder, es ist aber meist überaus schwer, bestimmte Forderungen darüber zu machen, weil in diesem Punkt die Meinungen auch unter den Patienten gewöhnlich sehr auseinandergehen. Bezüglich Grabowsees wird indes behauptet, daß manche Speisen gelegentlich auch in der Qualität nicht einwandfrei seien. Ein paar Patienten hatten darüber gesagt, daß das Schmalz beziehungsweise die Butter ihnen zu unappetitlich duftete. Der Arzt Dr. v. Hornater soll geantwortet haben mit dem Rat, trocken Brot zu essen. Und der Beschwerdeführer, dem die Butter verdächtig vorkam, wurde von der Oberschwester belehrt, es sei ja nur der Darm, der so riecht.

Merkwürdiges berichtet man über die Kleidung, die den Patienten in der Anstalt gemahrt wird. Sie soll oft schon so abgenutzt sein, daß immer wieder Reparaturen nötig werden. Wenn dann ein Patient z. B. seine Hose als nicht mehr benutzungsfähig anmeldet und um Ersatz bittet, kann's passieren, daß ihm empfohlen wird, sich ins Bett zu legen, bis die Hose geflickt ist. Auf derartige Redensarten die richtige Antwort zu geben, ist da draußen in Grabowsee riskant. Du kannst nie wissen, ob du nicht wegen „Unbotmäßigkeit“ rascher entlassen wirst, als dir lieb ist.

Bei solchen plöblich verfürgten Ausweisungen wird in Grabowsee — ebenso wie in vielen anderen Anstalten dieser Art — nach dem Grundgesetz verfahren, daß der Uebelthäter unverzüglich seine Sachen zu packen hat, damit er in kürzester Zeit abdamphen kann. Vor einigen Wochen hat ein Patient, der entlassen wurde, aber seine reparaturbedürftigen Stiefel einem Schuhmacher nach Oranienburg mitgegeben hatte, die Anstalt Grabowsee in Holzpyntinen verlassen, weil ihm nicht erlaubt wurde, länger in ihr zu weilen. Daß er in Holzpyntinen den Heimweg antrat, kann dem Personal nicht unbekannt geblieben sein; der Patient soll ausdrücklich darauf hingewiesen haben, daß er seine Stiefel noch beim Schuhmacher in Oranienburg habe. Und wunderte nur, daß die Anstalt ihm die Benutzung ihres Eigentums — der Holzpyntinen — über die Entlassung hinaus gestattete.

Man kann es begreifen, daß derartige Zustände und Vorkommnisse nicht dazu beitragen, das Verhältnis zwischen Patienten und Personal freundlicher zu gestalten. Wir fürchten auch, daß der Kurserfolg dadurch nicht gefördert wird. Wie jagt doch die Hausordnung? „Zum Kurserfolg ist nicht nur gute körperliche Pflege der Kranken, sondern vor allem auch ihre ungestörte seelische Ruhe notwendig.“ Aber dieser Satz der Hausordnung soll allerdings nur dazu dienen, die daran anschließende Mahnung zum „wohlgeleiteten Verhalten der Kranken gegen einander“ zu begründen.

Von einem gewaltigen Feuer

ist vorgestern das Grundstück Warshawer Straße 61, an der Kopernikusstraße, betroffen worden. Leider sind bei dem Brande mehrere Feuerwehrmänner verletzt und andere schwer erkrankt. Ueber das Feuer, das erst nach stundenlanger Tätigkeit gelöscht war, wird uns berichtet: Am Montagabend wurde die Feuerwehr von vier Seiten aus nach der Warshawer Straße 61 alarmiert. Als Brandinspektor Teubner dort mit den Jüngen 5, 6, 7 und 8 ankam, stand das zweite Quergebäude in Flammen. Diese hatten an den großen Vorräten, besonders an Holzleihen und Brettern, reiche Nahrung gefunden. Der Brandherd lag allem Anschein nach im Keller des großen Gebäudes. Die Hitze, die sich entwickelte, war untrüglich, noch mehr aber die enorme Qualmentwicklung. Brandmeister Roth ließ wegen der großen Gefahr für die übrigen Betriebe in den angrenzenden Gebäudeteilen alle Wachen benachrichtigen, Branddirektor Reichel eilte sofort zur Brandstelle, wo inzwischen noch andere Jüge eingetroffen waren. Von allen Seiten wurde vorgegangen. Mit achtzehn Schlauchleitungen, darunter 4 B.-Rohre und 14 O.-Rohre von Dampfspritzen, wurde stundenlang Wasser gegeben. Höfe, Treppen und Fußböden, besonders der Keller standen bald unter Wasser. Trotzdem war die Lösung schwer. Die Flammen fanden immer neue Nahrung an den Holzleihen und unter der Einwirkung der Hitze verdunstete das Wasser schnell. Der Feuerwehrmann Fischer erkrankte so schwer auf der Brandstelle, daß er gleich nach dem Krankenhaus am Friedrichshain geschafft werden mußte. Oberfeuerwehrmann Belack wurde dann ebenfalls auf Anraten eines Arztes nach diesem Krankenhaus gebracht. Die Feuerwehrmänner Zippin, Krausche, Venkert, Ziske und Ruhlad, sowie der Oberfeuerwehrmann Juskiat wurden infolge Erkrankung nach ihren Wohnungen entlassen, dieselben werden ärztlich behandelt. Dann wurde der Feuerwehrmann Schulz mit einem Lenzmann mit einem Fuhrwerk nach seiner Wohnung gebracht. Der Riesen Keller, in dem mehrere Eisenbahnzüge Holz lagerten, ist natürlich total ausgebrannt. Die oberen Stockwerke haben trotz der unbeschreiblichen Hitze dank der feuersicheren Konstruktion nur wenig gelitten. Eine Dampfmaschine scheint etwas beschädigt zu sein. Der Schaden wäre unendlich größer geworden, wenn die Mauern und Pfeiler aus feinen Quaden und die feuersicheren Decken nicht standgehalten hätten. Die Feuerwehr hielt sie aber tapfer unter Wasser und dadurch gelang es, die oberen Geschosse zu schützen. Hier bei diesem Riesenbrande hat sich wieder einmal zur Evidenz gezeigt, welchen Wert eine solide Baukonstruktion besitzt. Ohne diese wäre das große Grundstück verloren gewesen. Die Feuerwehr war gestern noch bis Mittag an der Brandstelle tätig, um das Wasser aus den Kellern zu pumpen.

Gleichzeitig hatte die Feuerwehr zwei größere Brände auf dem Schlesischen Güterbahnhof am Himmelsburger Platz zu löschen, wo Vorräte an Pfeiflohlen sich entzündet hatten und in einer Ausdehnung brannten, daß tüchtig Wasser gegeben werden mußte. Großer Aufzug lag wieder einmal einer Feuermeldung zugrunde, die nachts um 9 Uhr von der Kurfürstenstraße 156 einlief. Der Täter ist leider unerkannt entkommen. Durch Kurzschluss kam abends in einem Kinetographentheater in der Straße Alt-Roabit 123 Feuer aus, das auf seinen Heerd beschränkt werden konnte. In der Mariannenstr. 48 brannte eine Schaufenstermarke. Auf dem Hofe

des Krankenhauses Roabit, Turnstraße, geriet am Dienstag ein Automobil in Brand und in einem Laden in der Hohenlohestr. 4 wurden Pfeiflohlen abgelöscht, die sich dort selbst entzündet hatten.

Die gestern abend gemeldet wurde, ist in dem Befinden der erkrankten Oberfeuermänner und Mannschaften eine Besserung eingetreten. Die Feuerwehr war am Dienstag noch bis zum Abend an der Brandstelle mit Auspumpen des Wassers und dem Aufräumen der Brandstelle beschäftigt. Zur Lösung des Brandes wurden von den 8 Dampfspritzen über eine Million Liter Wasser verbraucht. Der Schaden wird von mehreren Versicherungsgesellschaften getragen. Wie hoch derselbe ist, ließ sich gestern noch nicht feststellen.

Im Zeichen der Selbstbelebungen. Zur dritten Turnstunde ist unserer Schulen eine neue Anordnung getroffen worden. An den Tagen, an denen kein Turnunterricht stattfindet, sollen nach guter Lösung in den Klassenräumen noch besser aber im Freien 5 bis 10 Minuten Atmungsübungen angestellt werden. Hiermit bereits angestellte Versuche sollen zu guten Ergebnissen geführt haben. So sehr alle dahin gehenden Bestrebungen mit Freuden zu begrüßen sind, so sehr ist es aber auch wünschenswert, daß darunter nicht wichtige Lehrfächer leiden. Daß man die dritte Turnstunde gerade dem Deutschunterricht abgezweigt hat, ist sehr bedauerlich. Könnte man nun nicht das Freigelächtschoppen in den Religionsunterricht verlegen?

Ausstellung von selbstgezogenen Blumen. Der Verein zur Pflege der Blumenzucht in der Volkshaus veranstaltet vom 25.—30. August im Hundoldshain eine Ausstellung, die den Schülern und Eltern zugänglich sein soll. Die von den Schülern im Laufe des Sommers gepflanzten Pflanzen sollen zu malerischen Gruppen vereinigt werden und den Jüden haben, weitere Kreise für die Sache zu interessieren. Gut gewachsene Exemplare sind von den Schülern in den Schulen abzugeben, von wo sie durch die Pflanzenwagen nach dem Hundoldshain befördert werden. Hoffentlich bekommen die Kinder ihre Blumen auch unterrichtet und sicher wieder zurück, so daß sie nicht um eines dekorativen Zweckes willen um den Erfolg ihrer Mühen kommen.

Die städtische Deputation für Kunstzwecke hat zur Erlangung von künstlerischen Modellen für die Anfertigung von Plaketten, welche von der Stadtgemeinde Berlin in geeigneten Fällen verliehen werden sollen, unter den in Deutschland anlässigen Künstlern einen Wettbewerb ausgeschrieben. Für diesen Wettbewerb sind Preise von 4000 M. bis 1000 M. (im Gesamtbetrage von 8000 M.) ausgesetzt worden. Die Modelle sind bis zum 1. Februar 1911 bei der Deputation, Rathaus, Zimmer 90, einzureichen. Das Preisrichteramt haben übernommen: Stadtverordneter, königl. Baurat Professor Cremer; Stadtbaurat, Geheimrat Baurat Dr. Ludwig Hoffmann; Bürgerdeputierter, Bildhauer Professor F. Schaper; Bildhauer Professor F. Raßner; Bildhauer Professor Naillon. Die Wettbewerbsbedingungen sind von der Deputation unentgeltlich zu beziehen.

Schnelle Beförderung. Eine Dame rettete vor vier Wochen, während sie bei ihrem Onkel in der Sommerfrische zu Besuch weilte, ein Kind vom Ertrinken. Bei dem meistens sehr unständlichen Verfahren bei der Verleihung der preussischen Rettungsmedaille, den wird es wundern, daß diese Dame schon die Rettungsmedaille am Bande erhalten hat. Die Glückliche ist nämlich die Tochter eines königlich preussischen Generals und die Nichte eines königlich preussischen Landrats.

In Zukunft sollen alle nichtadeligen Personen aus unteren und unteren Ständen, die einen Mitmenschen aus Todesgefahr retten, innerhalb vier Wochen mit der Rettungsmedaille bedacht werden. Die bisher in solchen Fällen übliche öffentliche Belobigung nach fröhlichem Jahresfrist im Amtsblatt der Regierung gibt es nur noch beim Anhalten durchgehender Güte. Mit Ausnahme von Schulleuten, die ohne weiteres auf die Rettungsmedaille Anspruch haben.

Die Ausnahme in die städtische Landstammensliste findet anfangs April und Oktober statt. Eltern oder Vormünder tauchstammener schulfähiger und noch nicht eingeschulter Kinder werden darauf aufmerksam gemacht, daß Anmeldungen zum bevorstehenden Wintersemester bis spätestens 1. Oktober cr. bei dem stellvertretenden Direktor, Lehrer Post, Markstr. 49, anzubringen sind.

Darlehen auf Möbel. Unter der Bezeichnung „Geldverleiher“ befindet sich in den bürgerlichen Blättern täglich eine Anzahl kleiner Anzeigen, durch die der Selbstgeber oder Kommissionäre Gelddarlehen oder Geschäftsgelder ohne Bürgen auf Möbel gegen mäßige Zinsen und bequeme Rückzahlung, d. h. bei sofortiger Auszahlung anbieten. Wer läßt sich dadurch nicht auf den Gedanken, daß eine neue Zeit angebrochen sei, in der den Pfandhäusern eine gefährliche Konkurrenz erwachsen müsse. Wie war es nur möglich, daß man solange die Notlage so unbehaglich ertragen hatte, indem man sich von dem lieben Eigentum, das legend einen Wert für anders darstellt, trennte und läßt, Dinge, Kleider, Wäsche und Betten usw. zum Leihhause brachte. Geld auf Möbel, natürlich ohne dieselben entbehren zu müssen, das Pfandstück im eigenen Hause, ist eine Idee, die ohne Zweifel auch bei denen anziehend wirkt, die nicht aus Not um's tägliche Brot sondern zu Geschäftszwecken, zur Reisen, Vergnügungen usw. momentan geldbedürftig sind. Auf diese Weise sind die Wartezimmer dieser inserierenden Geldgeber überfüllt. Besonders Vertrauen genießen natürlich schon wegen der Schnelligkeit der Erledigung die Selbstgeber oder Darlehnsbanken. Auch in der Rosenhaleerstraße befindet sich eine „Darlehnsbank“. Das Wartezimmer ist schon vormittags überfüllt. Der Reihe nach treten die Darlehnsucher, natürlich einzeln, bei dem Herrn Direktor ein, der in weißer Weste seine „Patienten“ empfängt. Ohne viele Worte zu machen, erklärt der Herr Direktor: „Wir geben Ihnen ein Darlehen auf Möbel und schließen dann einen Vertrag über die Rückzahlung“, dabei schiebt er ein Antragsformular vor, das der Bewilligende nur mit der Höhe des gewünschten Darlehens und seiner Unterschrift zu versehen hat. Alsdann verlangt der Herr Direktor einen Vorkauf zur Deckung der Auslagen für die Verpfändung und Lagerung der Möbel in Höhe von 6 M., wofür er folgende Quittung erteilt: „Für Auslagen und Aufwendungen in meiner Angelegenheit habe ich heute nach § 652 Abs. 2 des B. G. B. sechs Mark gezahlt.“ damit wäre das Geschäft erledigt. Der Bewilligende wird darauf entlassen mit dem Wunsch, daß er sich sorgen, daß im Laufe des Tages jemand zu Hause sei, da der „Beamte“ sofort den Auftrag zur Verpfändung erhalte und sobald der Vorkauf bei der Bank eingeleitet, werde das Darlehen sofort ausbezahlt. Am nächsten Tage erscheint dann auch tatsächlich ein Angestellter der Darlehnsbank, beschäftigt und tagiert die in Frage kommenden Möbel, nimmt darüber unter Benutzung eines Formulars einen Bericht auf und läßt sich die Unterquittung zeigen. Am dritten Tage soll dann die Auszahlung erfolgen. Wenn die Darlehnssumme die knappe Tage nicht überdauert und deswegen eine Ablehnung nicht möglich ist, verlangt dann der Herr Direktor, daß ihm Anrecht an den Möbeln verschafft werde. Ueber die Form schlägt er dann vor, die Möbel nach einem Lombardspeicher schaffen zu lassen, damit er die Sachen kaufen und beleihen könne. Der Darlehnsuchende ist enttäuscht. Auf seine Erwiderung, daß ihm davon, obgleich er danach gefragt, bei Verteilung des Auftrages nichts gesagt ist, andererseits er darauf verzichtet haben würde, erklärt der Herr Direktor, daß ihm anders gesetzliche Anrechte, indem die gekauften Sachen geliefert würden,

nicht verschafft werden könnten. Er gehe streng nach dem Gesetz, da er sich vor Schwindlern schützen müsse. Auch das Verlangen, dann wenigstens den Vorkauf abzüglich der minimalen Unkosten für den Lagerer zu erstatten, lehnt der Herr Direktor rundweg ab, da er dieselben seinem Lagerer zahlen müsse, andernfalls er den Vorkauf nicht bekomme. — So war die neuzeitliche Einrichtung mit dem Darlehen auf Möbel eine Täuschung des Geldbedürftigen. Wie vielen mag es so ergeben und wie viele in Not befindliche Armen opfern noch auf diese Weise die letzten 6 M. als Auslagenvorschuss, um sich den Rat dafür zu holen, die Möbel auf einen Lombardspeicher schaffen und sich dann beleihen zu lassen. Deshalb Vorkauf vor dieser Kreditreform, die sich als leichte Geldquelle für die „Darlehnsbank“ selbst erweist.

Ein gefährlicher Stellenchwinder wurde von der hiesigen Kriminalpolizei unschädlich gemacht. Ein Arbeiter Johannes Voigt, der ausschließlich vom Schwindel lebte, trieb sich besonders an den Arbeitsnachweilen der Bäder und Fleischer umher, gab sich für den Werkmeister eines großen Betriebes aus und schwindelte Arbeitssuchenden vor, daß er ihnen sofort lohnende Beschäftigung geben könnte. Groß Arbeit gefunden zu haben, gingen die Leute gleich mit ihrem neuen Werkmeister mit, der sie unverzüglich in den Betrieb einführen wollte. Am nächsten Schandtag fiel es ihm ein, rasch noch seiner Schwester, die dort wohne, guten Tag zu sagen. Zuweilen war es auch ein Bekannter, den er im Vorübergehen begrüßen wollte. Bald kam er dann auf die Straße zurück und erzählte dem neuangeworbenen Manne, seine Schwester oder der Bekannte wolle eine Reise antreten und dafür von ihm 50 M. leihen. Er gehe sie gern, habe aber leider augenblicklich nicht soviel bei sich. Bereitwillig sprang auf den ersten Wind der neue Arbeiter ein und gab, was er hatte. Voigt ging wieder in das Haus hinein, um das Geld abzuliefern und verstaubte mit der Waise durch den zweiten Ausgang. Acht Fälle dieser Art sind ihm nachgewiesen.

Unter dem Verdacht des Totschlag's festgenommen wurde der 33jährige Arbeiter Richard Roggow aus der Kolonnenstraße. Es handelt sich um einen Vorfall, der sich am Montag in der Kolonnenstraße 78 abgespielt hatte. Dort führte der Arbeiter Voigt vom Dache und starb bald darauf. Der Arbeiter Roggow, der auf dem Dache mit beschäftigt war, stellte den Vorfall so dar, als ob Voigt durch einen Fehltritt oder sonst ein Versehen ohne seine Schuld vom Dache gefallen sei. Er behauptete, den Voigt nicht angerührt zu haben. Die eingehende Zeugenvernehmung soll jedoch die Darstellung Roggows vollständig widerlegt haben. Roggow wurde infolgedessen festgenommen und unter dem Verdacht des Totschlag's dem Untersuchungsrichter zugeführt.

Große Empörung löste am Sonntagabend unter den Passanten ein Vorgang aus, der sich in der Provinzstraße in Reinickendorf abspielte. Ein Fahrgast wurde, weil zwischen ihm und anderen Fahrgästen ein Streit um den Platz entstanden war, an der Haltestelle des genannten Strahlenzuges von dem Schaffner sowie dem Führer eines Wagens der Linie 86 (Schönholz—Steindendorf) aufgefordert, den Wagen zu verlassen. Da der Fahrgast bereits bezahlt hatte, wollte er diesem Erfuchen nur dann Folge geben, wenn er das Fahrgeld wieder zurückbekäme. Möglicherweise wurde der Fahrgast von einem Hund angesprungen und in den Arm gebissen. In unmittelbarer Nähe befanden sich drei Gemeinbediener, denen der Hund gehörte. Da der Fahrgast wenig Achtung empfand, sich von einem Polizeihund gefressen zu lassen, suchte er diesen mit dem Schirm abzuwehren. Doch in diesem Augenblick sprangen auch schon zwei der dort stehenden Gemeinbediener hinzu, nahmen den Fahrgast fest und führten ihn nach der in der Doppelstraße befindlichen Wache. Untermwegs wurde dem Arrestanten, der sich sofort bereit erklärt hatte, den Beamten zu folgen, der Knobel am Handgelenk angelegt. Auf der Wache steckte man den Arrestanten in die Arrestzelle, in welcher er von 1/10 Uhr bis 1/2 Uhr nachts verbleiben mußte. Wie uns mitgeteilt wird, konnten die Beamten die verschlossene Tür der Arrestzelle nicht wieder aufbekommen, so daß sie erst nach längerer Zeit wieder zu dem Arrestanten gelangen und ihn freilassen konnten. Soweit der uns geschilderte Vorgang.

Ist es an sich schon unerhört, daß verhaftete Personen, die auch nicht den geringsten Widerstand auf dem Gang zur Wache anwenden, gefesselt und auf der Wache stundenlang ihrer Freiheit beraubt werden, so muß es jeden Menschen empören, daß Polizeihunde auf das Publikum losgelassen werden. Was jetzt hier ist, die bierbeimigen Polizeihunde seien vermöge ihres ausgeprägten Verachtsinnes vortrefflich zur Aufführung von Verbrechen geeignet; sollte es jedoch dahin kommen, daß diese Hunde bei beliebiger Gelegenheit auf das Publikum losgelassen werden, so wäre es die höchste Zeit, daß diesen sträflichen Unfug Einhalt geboten würde. Wir können nicht annehmen, daß die Gemeinbediener angewiesen sind, den Hund wie dies hier geschieht, auf harmlose Personen loszulassen.

Unmenslich lange Arbeitszeit!

Kürzlich fand vor dem Berliner Kaufmannsgericht eine auch von uns mitgeteilte Verhandlung statt, in deren Verlauf der Vorstehende es als unmenschlich bezeichnete, daß die Klägerin, eine Verkäuferin, Tag für Tag zwölf Stunden hintereinander an die Arbeit gefesselt worden ist. Der Arbeitgeber wurde zur Beseitigung des eingeklagten Verstoßes verurteilt.

Gegen diese sehr verständige Auffassung des Gerichtsvorstehenden wendet sich eine dem „Berliner Tageblatt“ zugegangene Zuschrift aus Arbeitgeberkreisen, in der die Ansicht vertreten wird, daß die Verkäuferin im Detailbetrieb nur zwei bis drei Stunden täglich wirklich zu arbeiten hat, während in der übrigen Zeit das Geschäft nur „kloppt“. Die Verkäuferin habe also genug Zeit, sich durch Besuche weites zu bilden, keine private Handarbeiten anzufertigen und an der Ladentür frische Luft zu schöpfen. Da der Laden während der gesamten Geschäftszeit nicht geschlossen werden könne, sei eine größere Mittagspause, namentlich in Filialen, unbrauchbar. Das verbiete sich auch aus der Unmöglichkeit, für Vertretung, Kassenernahme, Warenverantwortlichkeit und dergleichen zu sorgen.

Alles, was der betreffende menschenfreundliche Arbeitgeber hier als unmöglich hinstellt, müßte und würde sofort möglich werden, wenn derartige Geschäftsinhaber gefällig gezwungen sind, ihrem Personal eine andesthalb- oder zweistündige Mittagspause zu gewähren. Der Artikelschreiber läßt sogar durchblicken, daß jetzt noch nicht mal die gesetzlich vorgeschriebene halbstündige Mittagspause, weil sie mit den praktischen Geschäftsverhältnissen unvereinbar sei, unangehalten, vielmehr die Verkäuferin gezwungen wird, vom Mittagessen anzulassen und Stunden zu bedienen. Nur weil eine Vorschrift über eine längere ungestörte Mittagspause leider noch nicht besteht, hält man sich für berechtigt, die Arbeitslosigkeit und Arbeitszeit der Verkäuferin bis zur äußersten Grenze der Möglichkeit auszuweiten. Grundverleht ist auch die Meinung über die „wirkliche“ Arbeitszeit. Weiß der kaufmännische Einsender noch nicht, daß in der weit überwiegenden Mehrzahl von Ladengeschäften den Verkäuferinnen das Eigen hinter dem Ladentisch streng und bei Strafe der Entlassung verboten ist? Wie sollen sie da wohl Handarbeiten anfertigen können? Auch diejenigen Ladengeschäftsinhaber, welche ihren Verkäuferinnen gestatten, bei kundenleeren Laden an der Ladentür herumzustehen und frische Luft zu schöpfen, werden wohl mit der Patrone zu suchen sein. Genau so steht es mit der Bekläre. Die übergroße Mehrzahl aller Geschäftsinhaber dulden die Bekläre bei Verkäuferinnen während der Beschäftigungszeit nicht, weil das Besen nach ihrer Ansicht auf eintretende Kunden keinen guten Eindruck macht. Jede Verkäuferin wird bestreben, daß die Unmöglichkeit im Ladengeschäft weit unangenehmer empfunden wird

als das Verlaufen. Das träge Dahinschleichen der Viertelstunden ohne Verkehr mit Kundtschaft wirkt erschöpfend auf Körper und Geist. Vor allem geht doch aber nicht aus der Welt zu schaffen, daß eine zwölf Stunden hintereinander an die Arbeitsstelle gefesselte Verkäuferin, die jede Minute zur Bedienung auf dem Sprung stehen muß, kaum mehr Herrin ihrer selbst ist.

In der Zukunft verlor sich wieder mal allzu offenerzig die Ausbeutungspolitik der bürgerlichen Gesellschaft, die solche bedauerntwertigen Angeklachten lediglich als Maschinen betrachtet, die zwischen Arbeiten und Schlafen hin und her pendeln und noch nicht mal den vollen Sonntag übrig haben, um den Körper gründlich auszurufen oder sich ein bescheidenes Vergnügen zu gestatten.

Im Kinderwagen vom Tode bedroht wurde gestern vormittag 9½ Uhr das einjährige Kind einer Frau Leibinger. Vom Balkon des Hauses Wadstr. 13 lösten sich plötzlich größere Stückmassen und bedeckten den zufällig an der Front des Hauses stehenden Kinderwagen. Zum Glück hat das Kind Verletzungen nicht erlitten. Verwundet wurde es bei den Anwohnern, daß auch am Nachmittag noch keinerlei Vorsichtsmaßnahmen an dem Hause getroffen waren, obwohl noch weitere Lösungsversuche und Abfänge von Stückmassen befürchtet werden.

Der Jugendausschuß für Groß-Berlin veranstaltet am Sonntag, den 21. August 1910, einen Massenausflug nach Pferdebucht bei Sadoma. Der Ausflug wird in Gruppen veranstaltet. Die einzelnen Gruppen marschieren morgens um 7 Uhr von ihren Treffpunkten ab. Gemeinsames Ziel: Pferdebucht. Von 12—1 Uhr: Mittagstisch; von 1—4 Uhr wird auf den Spielplätzen gespielt, von 4—5 Uhr: Kaffeepause. Räumlich der einzelnen Gruppen 6 Uhr. Treffpunkte: Gruppe Norden: Kettelberg-Platz (an der Gerichtstraße), Gartenplatz (Normaluhr), Schneckenstraße, Ecke Egerstraße, Schönhauser Allee (Bahnhof), Jugendheim (Wannstraße 115). Gruppe Nordost—Dst: Prenglauser Tor, Landsberger Tor (Krieger-Denkmal), Valten-Platz (Normaluhr), Schleißer Bahnhof (Koppenstraße). Gruppe Südost: Schleißer Tor (Normaluhr), Kottbuscher Tor (Normaluhr), Görlicher Bahnhof (Umschlagstation). Gruppe Südwest: Hohenstaufenplatz, Moritzplatz, Blücherplatz. Gruppe Nordwest: Treffpunkt Krummstraße, Ecke Stromstraße. Die Vororte treffen sich an ihren bekannten Stellen. — Das Fahrgeld beträgt hin und zurück 20—40 Pf. Für Spielzeug ist gesorgt. Die Teilnehmer werden gebeten, in möglichst leichter Kleidung zu erscheinen, sich mit Proviant zu versehen und die Riederblätter nicht zu vergessen.

Alle Befehls- und jugendlichen Arbeiter sind zu diesem Ausflug freundschaftlich eingeladen. Der Jugendausschuß.

Vorort-Nachrichten.

Schöneberg.

Die Schöneberger Halbtagserholungszone, die seit einer Reihe von Jahren von organisierten Frauen geleitet wird, hatte auch in diesem Jahre sich eines ungemein starken Zuwachses zu erfreuen. Leider mußten circa 100 Kinder zurückgewiesen werden, die sich noch im Laufe der ersten Ferienwoche meldeten, weil nicht genügend Mittel vorhanden waren; denn mit der Einstellung weiterer Wagen hätte die von der Stadt bewilligte Summe nicht ausgereicht. Die Beteiligung betrug 512 Kinder, die in 6 Straßenbahnhöfen während der fünf Wochen täglich, außer Sonntags, mittags 1 Uhr nach Schmarzendorfer besichtigt wurden. Dort ging es erst in ein Lokal, wo jedes Kind ein Glas Milch erhielt, und dann marschierten sie nach dem Walde, um sich dort mit allerlei Spielen die Zeit zu vertreiben. Abends gegen 7½ Uhr ging es dann wieder zurück. Im Walde erhielten die kleineren Kinder nochmals Kaffee und die größeren Kaffee, und alle diejenigen Kinder, die nichts mehr zu essen hatten, aber einen so größeren Appetit, bekamen ein Butterbrot. Die Höchstzahl der an einem Tage besichtigten Kinder betrug 422, die niedrigste 200. Der Durchschnitt betrug pro Tag 308 Kinder. Von den 512 Kindern fuhren in diesem Jahre nur 30 an allen Tagen, während es im vorigen Jahre bei weniger Kindern 71 waren. Weniger als 12 Tage fuhren 62 Kinder; 12—18 Tage 42; 18—24 Tage 177 und 24—28 Tage 201 Kinder. Das schlechte Wetter in diesem Jahre hat die Erholungszone der Kinder ganz erheblich vergrößert. 120 Kinder befanden sich in dem Alter von 3—6 Jahren, 284 Kinder von 7—10 Jahren, 139 Kinder von 11—14 Jahren. Die Beaufsichtigung der Kinder hatten 20 Parteien übernommen, die ihre Aufgabe mit viel Geschick und Umsicht erfüllten. Es zeigt sich auch hier wieder, welche hohe Idealismus und welche große Opferwilligkeit unter der Arbeiterschaft vorhanden ist, wenn es heißt, für das Wohl und Wehe des Volkes tätig zu sein, denn weder eine Vergütung noch eine Entschädigung für ihre persönlichen Aufwendungen beanspruchten die Frauen für diese aufreibende und mühselige Arbeit. — Der stete Zuwachs in jedem Jahre beweist die Notwendigkeit einer Vermehrung solcher Ferienkolonien und die völlige Kostendeckung durch die Stadt. Was will es belegen, wenn von der Stadt eine Summe bewilligt wird, die gerade ausreicht, um die Fahrkosten zu decken, während die Summe für Milch usw. durch Sammellisten aufgebracht werden muß. Vielleicht beschäftigen sich unsere Stadtväter im nächsten Jahre etwas eingehender mit dieser Materie. Der Nachweis des Bedürfnisses und der Durchführbarkeit dürfte wohl durch diese von der Arbeiterschaft geschaffene Ferienkolonie erbracht sein.

Rixdorf.

Ein gräßliches Fahrstuhlunfall ereignete sich gestern in der Metallwarenfabrik von Lau u. Co. in der Hohenstraße 55/56. Dort fuhr der 14jährige Lehrling Fritz Gerischer, zu Berlin, Müllerstr. 138 wohnhaft, mit dem Fahrstuhl vom dritten Stock des Quergebäudes nach dem Dachgeschoss. An dem noch nicht abgenommenen Fahrstuhl fehlten noch die Fensterstübe. Gerischer stieg während der Fahrt den Kopf aus dem Fahrstuhl heraus, wobei er gegen eine Diagonalverstrebung des Fahrstuhlgerüsts stieß und ihm dadurch die Schädeldecke abgerissen wurde. Der hinzugerufene Arzt konnte nur noch den inzwischen eingetretenen Tod feststellen. Die Leiche des Verunglückten wurde nach dem Schanzenhaus übergeführt.

Zehlendorf (Wannseebahn).

Den Tod durch Ertrinken fand am Sonnabend ein etwa 40 Jahre alter Mann, augenscheinlich den besseren Ständen angehörig, im Schlochtensee. Er hatte sich ein Boot gemietet und war auf den See hinausgefahren. An einer Stelle, etwa 150 Meter vom Ufer entfernt, war er dann, scheinbar um zu baden, aus dem Boot ins Wasser gesprungen. Ein Spaziergänger an dem Ufer des Schlochtensees, der den ganzen Vorgang mit angesehen, machte den Badenden darauf aufmerksam, daß bei dem herrschenden Winde das Boot abtreiben müsse, doch wurde seiner Warnung keine Beachtung geschenkt. Nun vermutete der Spaziergänger Selbstmordabsicht bei dem Badenden. Er besetzte das an das Ufer getriebene Boot und ruderte zu dem inzwischen Bewußtlos gewordenen, um ihn in das Boot zu ziehen und an das Land zu bringen. Da er allein nicht imstande war, den Körper des Bewußtlosen in das schwankende Schiff zu bringen, nahm er ihn ins Schlepptau und ruderte an das Land. Hier unter ärztlicher Leitung vorgenommene Wiederbelebungsversuche blieben ohne Erfolg. Der Name des Toten war bisher nicht zu ermitteln.

Ober-Schönau.

Für die Entsendung kränklicher Kinder von Gemeindegemeinschaften nach Rinderheilstätten hat die Gemeindeverwaltung für das laufende Jahr die Kosten für 40 Freistellen bewilligt. Die Ausführung dieses Beschlusses gibt nun zu Beschwerden Anlaß, deren Grund entweder in der leidigen bürokratischen Unmöglichkeit oder in schlecht angebrachter Sparjamkeit zu suchen ist.

In einem Falle ist ohne Zutun der Eltern das Kind vom Schularzt zur Aufnahme empfohlen. Eine von der Gemeindebehörde an die Eltern gerichtete Anfrage ob sie einen Beitrag zu den Kosten leisten würden, mußte vor diesen verneint werden; die Aufnahme unterließ hierauf ohne Angabe von Gründen, so daß man annehmen muß, der abgelehnte Beitrag spielt hier die entscheidende Rolle. Es läge ein solches Vorgehen durchaus nicht im Sinne des Gemeindegemeinschafts und wäre um so unverständlicher, als der Gemeindeverwaltung ganz genau bekannt ist, daß von den Heilstätten eine Verleumdungsausstattung der Kinder verlangt wird, welche in solcher Reichhaltigkeit in Arbeiterfamilien meist nicht vorhanden ist und aus diesem Grunde den Eltern schon enorme Aufwendungen verursacht. In einem anderen Falle, wo wiederum vom Schularzt die Entsendung beantragt wurde, ist von den Eltern der Kostenbeitrag in Aussicht gestellt und auch schon die Anschaffungen der Verleumdung gemacht worden. Nach längerer Zeit erfolgte die latente Benachrichtigung, daß das Kind — 12½ Jahre alt — wegen seines Alters nicht in die Heilstätte Lenzheim aufgenommen werden könne. Man sollte doch meinen, daß in Frage kommende Kinder müßte einem der Beteiligten als Arzt, Lehrer oder Gemeindegemeinschaft bekannt sein, um solche Fälle unmöglich zu machen. Zudem gibt es doch Anstalten, bei denen eine solche Vorrichtung nicht besteht. Im übrigen bleiben in fast allen Fällen die Eltern eine ungewöhnlich lange Zeit ohne Nachricht über den Zeitpunkt der Entsendung. Es ist jedenfalls eine ungewöhnliche Härte, wenn den Kindern erst die Verschickung — eine große Freude und Wohlstand für sie — in Aussicht gestellt wird und sie dann aus solchen Gründen zurückbleiben müssen. Unsere Genossen in der Gemeindeverwaltung werden nicht verfehlen, von der Verwaltung Aufklärung und Abhilfe zu verlangen.

Vorsigwalde-Wittenau.

Aus der Gemeindevertretung. Die gewählten Schöffen wurden zunächst in ihr Amt eingeführt. Der Jahresbericht der Gemeindekasse schließt nach Ansicht des Gemeindevorstehers nicht mit einem so großen Defizit ab, wie Anfangs angenommen wurde. Seit Eröffnung der Anstalt sind 1435 110 Kubikmeter Gas abgegeben worden. Das Rohrnetz hat eine Länge von 288 115 Meter. Zur öffentlichen Beleuchtung dienen 354 Lampen. Ein Antrag der Beleuchtungskommission, zur Verbesserung des Ortes vier größere Standleiter aufzustellen, wurde gegen die Stimmen unserer Genossen angenommen. Genosse Adam wandte sich dagegen, weil aus dem Bericht noch nicht zu ersehen sei, wie hoch das Defizit des Betriebes ist.

Das Anfangsgehalt des Laboratoriums- und Leichenbenediktors im Krankenhaus in Reinickendorf war mit 1000 M. festgesetzt; zu diesem niedrigen Gehalt fanden sich keine Bewerber, weshalb man beschloß, das Anfangsgehalt auf 1850 M. zu erhöhen. Genosse Adam trat dafür ein, daß auch das Gehalt der anderen unteren Angestellten eine Steigerung erfahren möge. Der Gemeindevorsteher bemerkte hierzu, daß die Gehälter der Angestellten ebenso hoch bemessen seien, wie in anderen Krankenhäusern. Bei der Vergütung von Lieferungen und Arbeiten für den Rathausneubau entspann sich eine lebhafte Diskussion. Die Ent- und Bewässerungsarbeiten sind der Firma Gooßon, Vorsigwalde, zum Preise von 7028,87 M. übertragen worden. Da noch billigere Offerten eingegangen waren, trat Genosse Adam dafür ein, daß man die Arbeiten dem Mindestfordernden übertragen möge. Der Gemeindevorsteher wandte sich dagegen mit der Motivierung, daß man auch die hiesigen Steuerzahler berücksichtigen müsse.

In einer früheren Sitzung der Gemeindevertretung wurde gegen die Stimmen unserer Genossen beschlossen, die Straßenbahnlinie von der Schornweberstraße nach dem Nordbahnhof Wittenau im Interesse der Entwicklung des Ortes fortzuführen. Nach dem Schreiben der Großen Berliner kostet die dreigliedrige 8 Kilometer lange Linie 310 000 M. Außerdem wird verlangt, daß bei einer Konkretenlinie die Gemeinde für den Ausfall des Schadens aufkommen müsse. Der Gemeindevorsteher erklärte das Vorgehen der Großen Berliner einfach für rigoros, es wäre dringend an der Zeit, daß der beabsichtigte Zweckverband zustande käme und der Kreis selbst Straßenbahnen baue. Der Gemeindevorsteher Dr. Rosin ersuchte hierauf, dem früheren Vertrag vom 2. Juni d. J. nochmals zuzustimmen. Der Gemeindevorsteher meinte, der Wunsch des Landrats sei, daß Interessenten zu höheren Lasten herangezogen werden sollen. Dr. Rosin erklärt hierauf, daß die Wittenauer Boden-Aktiengesellschaft nicht mehr wie 50 000 M. geben könne. Hierauf wurde dem Vertrag zugestimmt. Alsdann legte der Gemeindevorsteher drei verschiedene Zeichnungen zum Neubau des Hauptkanals der unterirdischen Entwässerung vor. Genosse Adam meinte, da der Hauptkanal vom Baumt noch nicht abgenommen sei, müsse doch schlechtes Material verwendet worden sein. Es wäre auch sonst unmöglich, daß der Kanal zusammenfallen könnte. Die Entgegung des Gemeindevorstehers, daß der Boden sehr viel Kohlensäure enthalte, der den Zement zerfresse, rief bei unseren Genossen großes Geschrei hervor. Alsdann brachte Genosse Adam noch eine Reihe Mißstände in der Gasanstalt zur Sprache. Die noch herrschende 12stündige Arbeitszeit, Mangel des notwendigen Arbeiterlohnes unterzog Redner einer eingehenden Kritik. Der Gemeindevorsteher glaubte hierauf unserem Redner unterstellen zu sollen, daß es sein Bedürfnis zu sein scheint, an den Gemeindevorstellungen herumzuzugeln. Bei ihm hätten sich Arbeiter nicht beschwert. Als hierauf der Zwischenruf fiel: „Dann werden die Arbeiter hinausgeworfen!“ drohte der Gemeindevorsteher mit Ausweisung aus dem Saal, welches Vorhaben er dann auch in die Tat umsetzte, als ihm zugerufen wurde: „Das können Sie ja!“ Genosse Adam protestierte gegen den Ausschluß der Öffentlichkeit, indes vergebens. Unsere Vertreter verließen hierauf den Saal.

Großfeuer auf dem Gutshof Dalldorf. In der sechsten Abendstunde wurde gestern die Berliner Feuerwehr von der Zren-Anstalt Dalldorf aus alarmiert. Sofort rückte der neue Automobilzug aus der Schillerstraße nach dorthin aus. Schon nach einer knappen Viertelstunde traf der Löschzug in Dalldorf ein. Wie sich ergab, war auf dem Gutshof eine große Scheune in Brand geraten. Da die Scheune vollständig mit Strohballen angefüllt war, stand sie bald in hellen Flammen. Auch ein angrenzendes Stallgebäude fing Feuer. Aus allen anliegenden Dörfern eilten die freiwilligen Feuerwehren zu Hilfe. Brandinspektor Julius ließ von dem Berliner Automobilzug vier Schlauchleitungen vornehmen, eine stärksten Kalibers und drei kleine, während die anderen Wehren gleichfalls eingriffen. Von dem Inhalt der Scheune war aber nichts mehr zu retten, ebenso brannte der Dachstuhl nieder. Von dem Stallgebäude wurde das Dachgeschoss mit den hier lagernden Futtervorräten ein Raub der Flammen.

Vernau.

In der letzten Stadtverordnetenversammlung gedachte der Vorsteher zunächst der dreißigjährigen Tätigkeit des Bürgermeisters in hiesiger Stadt. Nach Schluß der Versammlung fand eine Feier im Schwarzen Adler, an der sich unsere Genossen nicht beteiligten, statt. Alsdann wurde die Einführung des wiedergewählten Rathsherrn J. de Martincourt vollzogen. Der Aufnahme einer Anleihe von 340 000 M. von der Niederbarnimer Sparkasse zum Bau des Wasserwerkes gab die Versammlung ihre Zustimmung, desgleichen der weiteren Anschaffung von 15 Betten für das Krankenhaus. Die von Herrn H. Jahn angelegten neuen Straßen 14, 15, 16 und 17 wurden durch die Versammlung für die Stadt angenommen unter der Bedingung, daß außer der Ration von 5000 M., welche für etwaige Reparaturen auf fünf Jahre zu hinterlegen sind, noch eine Nebenration von 800 M. zu zahlen ist, welche als Entschädigung für eine Parzellenbesitzerin und zur Anpflanzung von Bäumen für einen Teil der Straße vorgesehen sind. — Der Magistratsvorlage betreffend den Abbruch eines Teiles der Stadtmauer an der Mementstraße stimmte die Versammlung zu. Vom Magistrat wurde bekannt gegeben, daß der Antrag des Genossen Helbig, eine Verfestigung des Piepmitz-Restaurants vorzunehmen, ob Trockenmauer oder Schwamm in den Dienen und Treppen vorliege, stattgegeben ist; die Baukommission hat die Verfestigung vorgenommen und denselben Holzteil entnommen. Auch der Unternehmer Bach, welcher den Bau ausgeführt hatte, sei zugegen gewesen,

derselbe habe sich bereit erklärt, die defekten Teile durch neue zu ersetzen. Eine Probe des morsigen Holzes ist an das Materialuntersuchungsamt gefandt worden, welches für die Untersuchung 100 M. gefordert habe. Dieser Preis sei aber der Baukommission zu hoch erschienen, weshalb von dem Gutachten Abstand genommen wurde. Die Genossen Werner und Helbig beantragten, daß die 100 M. geopfert würden, da unter Umständen für die Stadt durch das Gutachten ein größerer Vorteil herabkommen könne, als die 100 M. ausmachen. Diesem Antrage wurde auch stattgegeben.

Gerichts-Zeitung.

Seltene Liebesaffäre eines Generals.

Vor der Ferienkammer des Berliner Landgerichts I gelangte am Montag unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Blankenstein ein sensationeller Prozeß zur Verhandlung, in dessen Mittelpunkt der frühere kommandierende General v. G., ein Sproß des Hessischen Adels und Sohn eines Präsidenten der ehemaligen Deutschen Nationalversammlung, steht. Von ihm verlangt die Gattin eines seiner früheren Untergebenen, eines Premierleutnants M. in Berlin die Zahlung von verauslagten Pflegegeldern in Höhe von 120 000 M. mit der Behauptung, daß die beiden von ihr außerhalb der Ehe geborenen Kinder, ein 14jähriges Mädchen und ein 7jähriger Knabe, Kinder des Generals z. D. v. G. seien, zu deren standesgemäßen Unterhalt er sich nach Eingang des Liebesverhältnisses mit der Pflegerin bereit erklärt habe. — Die Einzelheiten, welche in der heutigen Verhandlung zur Sprache kamen, erinnerten lebhaft an die Ergebnisse des Schönebeck-Prozesses in Allenstein, und wenn die vorliegende Angelegenheit auch nicht so tragisch in ihrem Ende verlaufen ist, so erscheint sie desto grotesker in ihrer Entstehung und mit Rücksicht auf die Stellung und Handlungsweise der beteiligten Personen.

Es war im Jahre 1895, als sich zwischen dem damaligen Hauptmann v. G. und der Gattin seines Premierleutnants v. M. in Berlin ein Liebesverhältnis entspann, das lange Jahre währte. Ein ihnen günstiger Stern fügte es, daß der Liebhaber und der Gatte später in das gleiche Bataillon kamen, der eine als Kommandeur, der andere als Major. Hier nahm der Verkehr seinen ungestörten Fortgang. Genau wie im Falle Schönebeck konnte

mit verführten Armen zusehen,

wie seine Ehefrau, die Mutter dreier Kinder, mit welcher er bis dahin in glücklichster Ehe gelebt hatte, unterhalten wurde. Von seiner Frau sich trennen konnte er nicht, da sie das Vermögen in die Ehe eingebracht hatte, und er als Sohn eines, wenn auch hochgestellten, preussischen Beamten über Mittel nicht verjagte. Der Zwang wurde um so drückender, als der

Verführer sein Vorgesetzter

war und daher seine Karriere auf dem Spiel stand. Es lag nahe, daß der Kommandeur seinen Untergebenen vielfach dienlich außerhalb verwandte, um sich seinem Liebesleben mit dessen Ehefrau desto ungestörter hingeben zu können. Als der Ehemann späterhin erkannte, daß seine militärische Karriere ihrem Abschluß nahe, verließ er bei Nacht und Nebel Frau und Kinder, nahm seinen Abschied und begab sich in das Ausland, um dort unerkannt sein Dasein weiterzuführen. Das Liebesverhältnis seiner Frau mit dem inzwischen zum General avancierten General v. G. war nicht ohne Folgen geblieben. Es entsprangen ihm eine Tochter und sechs Jahre später ein Sohn. Nach der Geburt des letzteren suchte der General seine Geliebte zu veranlassen, sich von ihrem Manne zu trennen, unter der Zusicherung, dem Ehemann für seine Einwilligung zu seinem Gehalt einen

jährlichen Zuschuß von 2000 Mark

zu zahlen. Selbstverständlich wollte der General die Kosten zur Unterhaltung der Ehefrau und der beiden Jüngsten, von ihm erzeugten Kinder zu seinen alleinigen Lasten tragen. Auf diesen Vorschlag ging der Ehemann nicht ein. Jahre gingen dahin. Die Frau mit den beiden Kindern verzehrte ein kleines, ihr von ihrem Vater verbliebenes Vermögen. Ihr Ehemann kümmerte sich nicht um diejenigen Kinder, als deren Erzeuger sich ungeniert sein Vorgesetzter bekannte, der durch den Tod seines Schwiegervaters in die Ruhmniegung eines nach Millionen zählenden Vermögens gelangt war. Vielmehr beschränkte er sich darauf, seine spärliche Offizierspension für die Erziehung seiner richtigen Kinder zu verwenden. Das Verhältnis des Generals mit seiner Geliebten erlitt dadurch einen Bruch, daß der erstere sich inzwischen gezwungen sah, seine Haushälterin zu heiraten, die bei ihm mit einem Salär von 50 M. bedienstet war.

Er wurde hierauf prompt zur Disposition gestellt

und fungiert gegenwärtig als Vorsitzender des Aufsichtsrats der von seinem Schwiegervater begründeten Aktiengesellschaft im Rheinlande.

Als die Mutter mit ihren beiden unmündigen Kindern nunmehr nach Aufzehrung ihres Vermögens an den natürlichen Vater herantrat und ihn an seine Versprechungen erinnerte, wurde sie abgewiesen. Nur die jetzige Ehefrau des Herrn v. G. erbarmte sich schließlich und erbot sich, einen Betrag von 9000 M. zu zahlen, aber auch nur, wenn versprochen wurde, an ihren neugeborenen Ehemann nicht mehr heranzutreten und auf die Aufrechterhaltung einer zugunsten der beiden Kinder aufgenommenen Lebensversicherung in Höhe von 15 000 M. zu verzichten. Eine derartige Zumutung sah aber die Geliebte des Generals nicht als Erfüllung der von diesem eingegangenen Verpflichtungen an und erbot nunmehr durch den Rechtsanwalt Linnarz (Berlin) Klage auf Zahlung von verauslagten Pflegegeldern in Höhe von über 120 000 Mark, unter Zugrundelegung einer standesgemäßen Verwertung von 1000 M. pro Monat.

Die Verhandlungen drehten sich um den Erlaß einer einstweiligen Verfügung gegen Herrn v. G., der gegenwärtig sein Schloß in der Hesel bewohnt und fanden unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt.

Die Aufrollung der ganzen Angelegenheit hat übrigens ergeben, daß Herr v. G. auch noch in einem anderen Liebesfalle eine sehr merkwürdige Rolle gespielt hat, und zwar hat sich dieser bereits Anfang der 90er Jahre ereignet. Damals

erschloß

sich in Berlin der sehr talentierte Karlsruher Major v. M., nachdem er unmittelbar vor seinem Tode dem General v. G. den Haus Schlüssel seiner Wohnung übergeben hatte mit dem Vermerken, daß er ihm die bisher sehr schwierige Passage zu seiner, d. M.'s Frau, erleichtern wolle. Der Fall, der damals sehr viel Staub aufwirbelte, hatte die Entfernung des Herrn v. G. aus dem Großen Generalsfalle und seine Versekung nach Rön zur Folge, hinderte aber nicht das weitere Aufsteigen des damaligen Majors zum General.

Nach längerer Verhandlung beschloß der Gerichtshof, daß das Urteil in einem besonderen Termin verhandelt werden solle. — Wir werden über den Fortgang dieses auch juristisch interessanten Prozesses weiter berichten. —

Eingegangene Druckchriften.

Der deutsche Michel. Von C. Duobert. Preis 2 M. Teutonia-Verlag, Leipzig.

Hilfsorgewesen. Mit Beiträgen. Herausgegeben von Hofrat Joseph Reiter. Preis 3 M. Verlag der „Katholischen Rundschau“, Otto Smelin, München.

Frauen-Zukunft. Eine Monatschrift von Gabriele v. Lieber, Meta Hammerling, S. Dorn. Vierteljährlich 4 M. Frauenverlag München und Leipzig.

Die Freileitung der öffentlichen Meinung in der Mannesmann-Kriegsangelegenheit von Prof. Dr. Kampffmeyer. Preis 1 M. Verlag von Siffert, Berlin W. 30.

Die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse in der schweiz. Seimarbeit. Zweites Heft (erste Hälfte). Die Seimarbeit in der Seidenindustrie. Von Jac. Lorenz. 293 Seiten. Kommissionsverlag der Brillbuchhandlung Zürich.

„Mars“. Halbmonatsschrift für deutsche Kultur. Herausgeber: Ludwig Thoma und Hermann Hesse. Erstes Augustheft 1910. Preis 1 M. Verlag von Albert Langen in München.

Ergebnisse einer Politikwissenschaft. Von Schreiber Demitelle Arndt. Preis geb. 2.—, geb. 2.50. Verlag: Süddeutsche Monatshefte, München.

Die Schönheit. Heft 1. Herausgegeben von Karl Vansele. Jährlich 12 Hefte 10.—. Verlag Berlin SW. 11.

Der Arbeitsnachweis in Deutschland. Preis 40 Pf. Verlag der „Weidenschen Arb.-Ztg.“, W.-Glabbech.

Was haben wir am Hansjand? Preis 25 Pf. Volkvereins-Verlag, W.-Glabbech.

Die Arbeiterfrage gelöst. Von Dr. J. Schollmeyer. Eine Kundgebung an alle Länder und alle Parteien. Preis 60 Pf. Verlag von D. Hering, Berlin SW. 29.

Wißt du Sozialdemokrat? Von Bruno Kühn. Preis 30 Pf. Selbstverlag, Soltau.

Arbeiter-Sekretariat Bremen. Zweiter Jahresbericht 1909. Selbstverlag des Arbeiter-Sekretariats Bremen.

Chella in der Provinz. Von Marcel Probst. Zwei Romane. Umschlagzeichnung von Ernst Delemann. Preis geb. 2.50 M., geb. 4.— M. — **Wierre und Theresie.** Von Marcel Probst. Roman. Umschlagzeichnung von Ernst Delemann. Preis geb. 4.— M., geb. 5.50 M. Verlag von Albert Langen, München.

Zeitschrift. Zum 25-jährigen Bestehen der Organisation der Bau- u. Hilfsarbeiter in Hamburg und Umgebung. 1885 bis 1910. Verlag: Verband der Bauhilfsarbeiter, Zweigverein Hamburg.

Jahresbericht des Sozialdemokratischen Vereins Nürnberg-Altstadt. Vom 1. Juli 1909 bis 30. Juni 1910. Franzische Verlagsanstalt und Buchdruckerei G. m. b. H., Nürnberg.

Jahresbericht des Zentralverbandes des Sozialdemokratischen Zentralvereins für den sechsten schleswig-holsteinischen Reichstagswahlkreis vom 1. Juli 1909 bis 30. Juni 1910. Verlag: Emil Giffen, Olmsen.

Vericht über die Parteibewegung im Wahlkreis Friedberg-Büdingen vom 1. Juli 1909 bis 30. Juni 1910 nebst Abhandlung über die Reichstagswahl. Verlag: Schäfer u. Schmidt, Friedrichsdorf.

Galagos. Menschliche Komödie. Band 11 und 12. Jeder Band geb. 4.— M., geb. in Leinen 5.— M., in Leder 7.— M. Insel-Verlag, Leipzig.

Zeitschrift für Politik. Herausgegeben von Dr. Richard Schmidt und Dr. Adolf Grabowski. Jährlich erscheint ein Band (40 Druckbogen) in vier Heften zum Preise von 16.— M. Rechts- u. Staatswissenschaftl. Verlag Carl Heymann, Berlin W. 8.

Wirtschaftlicher Marktbericht der städtischen Marktballen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Marktballen. Marktberichte: Fleisch: Zufuhr reichlich, Geschäft ruhig, Preise unverändert. Wild: Zufuhr beständig, Geschäft schleppend, Preise gedrückt. Geflügel: Zufuhr genügend, Geschäft schleppend, Preise ziemlich beständig. Fisch: Zufuhr mäßig, Geschäft schleppend, Preise wenig verändert. Butter und Käse: Geschäft ruhig, Preise unverändert. Gemüse, Obst und Südfrüchte: Zufuhr reichlich, Geschäft flau, Preise wenig verändert.

Wetterprognose für Mittwoch, den 17. August 1910. Dienstag wolkig ohne erhebliche Niederschläge; am Tage mäßig warm. Berliner Wetterbureau.

Witterungsübersicht vom 16. August 1910, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer hoh mm	Wind- richtung	Wind- stärke	Wetter	Temper. in C.	Stationen	Barometer hoh mm	Wind- richtung	Wind- stärke	Wetter	Temper. in C.
Emmenbe.	760	SW	2	Regen	14	Saparanda	758	R	2	heiter	10
Hamburg	761	SW	3	heiter	16	Petersburg	759	SW	3	wolkig	11
Berlin	760	SW	3	bed. 17	17	Seibitz	763	SW	3	halb bb.	15
Kanfla W.	764	SW	2	heiter	17	Übersee	758	SW	3	wolkig	13
München	766	SW	4	Regen	15	Paris	767	SW	1	heiter	14
Wien	764	SW	4	wolkig	16						

Wasserstands-Nachrichten
der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am		am		Wasserstand	am		am	
	15. 8.	14. 8.	15. 8.	14. 8.		15. 8.	14. 8.	15. 8.	14. 8.
Remel, Mühl	172	+16	172	+16	Saatz, Grösch	114	0	114	0
Bregel, Jüterburg	108	-15	108	-15	Qabel, Spandau	80	+10	80	+10
Seißel, Thorn	288	+20	288	+20	Staltonen	63	+1	63	+1
Oder, Wafthor	192	+25	192	+25	Spree, Spremberg	148	-5	148	-5
Krosen	205	-13	205	-13	Weslitz	139	+2	139	+2
Frankfurt	220	+13	220	+13	Weser, Minden	43	-8	43	-8
Wartbe, Schum	-8	+2	-8	+2	Winden	49	-9	49	-9
Landsberg	-30	-2	-30	-2	Walden, Maximilianst.	605	-32	605	-32
Rega, Borsum	-20	-2	-20	-2	Stab	398	+17	398	+17
Elbe, Reitmarz	-14	-8	-14	-8	Weslitz	399	-10	399	-10
Dresden	-122	-2	-122	-2	Redar, Seidom	94	+10	94	+10
Berch	166	-15	166	-15	Rain, Wertheim	-	-	-	-
Magdeburg	145	-7	145	-7	Rojet, Trier	95	-20	95	-20

+) + bedeutet Sturz, - Fall, *) Unterperel.

Zentralkommission der Krankenkassen Berlins u. d. Vororte.
Am 14. August 1910 nach kurzem Krankenlager unser Mitglied
Richard Gregorius
(Reichenberger Str. 17).
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 18. August, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des St. Thomas-Kirchhofes in Niddorf, Hermannstraße, aus statt. 288/20
Um rege Beteiligung bitte! Der geschäftsführende Ausschuß.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Arbeiter
Richard Gregorius
am 14. d. Mts. an Zuckerkrankheit gestorben ist. 120/2
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 18. August, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des St. Thomas-Kirchhofes in Niddorf, Hermannstraße, aus statt. Rege Beteiligung erwartet.
Die Ortsverwaltung.

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter
(E. O. Nr. 29, Hamburg).
Filiale Berlin 3.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser langjähriges Mitglied und Redtor
Richard Gregorius
am 14. August verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 18. August, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des St. Thomas-Kirchhofes in Niddorf, Hermannstraße, aus statt. Rege Beteiligung erwartet.
Die Ortsverwaltung.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands.
Zweigverein Berlin.
Sektion der Putzer.
Unseren sowie den Mitgliedern des Sängervereins der Putzer hiermit zur Nachricht, daß unser langjähriges Mitglied
Karl Rolle
am 15. d. Mts. im 70. Lebensjahre nach langen Leiden verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 18. August, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Heiligkreuz-Kirchhofes in Niddorf, Hermannstraße, aus statt. Um rege Beteiligung der Mitglieder ersucht. 134/1
Die örtliche Verwaltung.

Allen Verwandten, Bekannten und Genossen zur Nachricht, daß am Sonntag, den 14. August, abends 7 Uhr, meine liebe Frau und unsere gute Mutter
Klara Schneller
geb. 1841
im Alter von 74 Jahren verstorben ist.
Dies seligen Hestbezügelt am Friedrich Schneller nebst Kindern.
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 18. August, nachmittags 3/4 Uhr, von der Leichenhalle des Niddorfer Kirchhofes am Mariendorfer Weg aus statt.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß meine inniggeliebte Frau, unsere treuerzorgende Mutter und Schwiegermutter
Martha Damm
geb. Bag
am Sonntag nach langen, schweren Leiden verstorben ist.
Die trauernden Hinterbliebenen.
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 18. August, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des Schöneberger Gemeinde-Friedhofes, Blante Höhe, aus statt.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß meine inniggeliebte Frau, unsere herzengute Mutter, Schwieger- und Großmutter
Elisabeth Winter
nach kurzem aber schwerem Leiden am Mittwoch, den 10. d. Mts., verstorben ist. 3936
Für die Hinterbliebenen
Karl Winter, Kaiser Friedrichstr. 14.
Die Beerdigung findet heute Mittwoch, nachmittags 6 Uhr, von der Halle des Friedhofes in der Rogstraße aus statt.

Am 15. August verließ unser langjähriger Mitarbeiter, der Korrektor
Alexander Genzel
im 67. Lebensjahre. 3956
Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm
Das Personal der Buchdruckerei J. Harwitz Nachf.
Beerdigung: Donnerstag nachmittags 6 auf dem Dom-Kirchhofe in der Kallerstraße.

Zentralverband deutscher Brauerei-Arbeiter.
Ortsverwaltung Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Brauer
Ludwig Höse
(Schloßbrauerei Schöneberg) im Alter von 49 Jahren gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 18. d. Mts., nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Heiligkreuz-Kirchhofes in Mariendorf, Eisenmacher Straße 62, aus statt. Zahlreiche Beteiligung erwartet.
Die Ortsverwaltung.

Zentralverein aller in der Hut- u. Filzwarenbranche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.
Filiale Berlin.
Nachruf.
Unser treues Mitglied, der Putz-
Paul Leykum
ist am 12. August verstorben.
Ehre seinem Andenken!
Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbureau: Col L. Amt 3, 1229. Charitstraße 3. Col III. Amt 3, 1987.
Donnerstag, den 18. August 1910, abends 8 1/2 Uhr:
Allgemeine Versammlung
der in Eisengießereien beschäftigten
Purger und Schleifer
in den Borussia-Sälen, Adlerstraße 6/7.
Tages-Ordnung: 119/20
1. Vortrag des Kollegen **Robert Bahn**. 2. Diskussion.
3. Berufsangelegenheiten.
Zahlreiche Besuch erwartet. Die Ortsverwaltung.

Zentralverband der Dachdecker
Verwaltungsstelle Berlin.
Donnerstag, den 18. August 1910, abends 8 Uhr,
Weinstraße 11 bei Grande:
Versammlung.
Tages-Ordnung: 54/2
1. Vortrag des Reichstagsabgeordneten Genossen **Karl Legten** über: „Der Kampf der Unternehmer gegen die Arbeiterverbände.“
2. Verhandlungsangelegenheiten.
Vollzähliges Erscheinen der Mitglieder erwartet.
Der Vorstand.

Rosenthaler Hof
Rosenthaler Str. 11/12. Nst. Otto Schilling. Telefon Amt III 2438.
Empfehle meine Säle u. Terrinzimmer zu Festlichkeiten u. Versammlungen.
Einige Sonntage und Sonntage noch frei. 5082*

Persil
ist das zur Zeit beliebteste überall eingeführte und bestbewährteste
selbsttätige Waschmittel
von unerreichter Wasch- und Bleichkraft. Kein Reiben, kein Bürsten, kein Waschbrett. Garantiert unschädlich für die Wäsche und vollkommen gefahrlos im Gebrauch!
Millionenfach erprobt! Überall erhältlich.
Alleinige Fabrikanten: **Henkel & Co., Düsseldorf,**
auch der seit 34 Jahren weltbekanntes
Henkel's Bleich-Soda

Fabrik-Niederlage für Berlin u. Vororte: **Joh. Schmalor, Berlin N. 4, Tiackstr. 11.**

Die Restbestände in Sommer-, Reise-, Gebirgs-Konfektion, Kostümen, Mänteln, Pelzinen, Kleidern, Jacketts, Rücken, Blusen, Backfisch-Konfektion, Leinen-, Seiden-, Loden-Konfektion gibt jetzt

Westmann
Mohrenstraße 37a (nahe Jerusalemstr.)
Gr. Frankfurterstr. 115 (nahe Andreasstr.)
zu jedem irgend annehmbaren Preise abt
d. h. früher z. Teil 50.—, 40.—, 30.—, 20.—, 10.—, 5.—, 1.— usw.
Jetzt z. Teil 8.—, 7.—, 6.—, 5.—, 4.—, 3.—, 2.—, 1.—, 0.50.— usw.

Konfirmanten- u. Prüfungs-Kleider
Trauer-Westmann (ger. gesch.)
Extra-Abteilung für fertige schwarze Konfektion Mäntel, Kleider, Jacken, Blusen, Schleier, Hüte etc.

Neue Herbstmodelle in Plüsch-, Pelz-, Tuch-Konfektion etc.
während des Umbaus unter Preis.

Möbel, Spiegel, Polsterwaren **Julius Krause** **Kastanien-Allee No. 40.**
Kompl. Wohnungseinrichtungen zu anerkannt soliden Preisen
Teilzahlung gestattet.

Soeben erschienen:
Der Klassenkampf des Proletariats
von Parvus. Heft V.
Die Arbeiterschaft und das Unternehmertum. Preis 25 Pf.

Vorher sind erschienen:
Heft I: **Der gewerkschaftliche Kampf.** Preis 15 Pf.
Heft II: **Die kapitalistische Produktion und das Proletariat.** Preis 30 Pf.
Heft III: **Die Sozialdemokratie und der Parlamentarismus.** Preis 25 Pf.
Heft IV: **Der Sozialismus und die soziale Revolution** Preis 25 Pf.

Expedition des „Vorwärts“,
Berlin SW., Lindenstr. 69, Laden.

Westmanns Trauermagazin
Extra-Abteilung
I. Gesch.: Berlin W., Mohrenstraße 37a (2. Haus von der Jerusalemstr.)
II. Gesch.: Berlin NO., Große Frankfurter Str. 115 (2. Haus von der Andreasstraße).
Sehr gr. Ausw. fert. Kleider, Hüte, Handschuhe, Schleier etc. v. einfachen bis zum hochelegant Genre z. äußerst niedrigen Preisen.
Sonder-Abteilung: **Maßanfertigung** in 10 bis 12 Stunden.

Frack-Verleih-Institut:
Friedrichstr. 115/1, a. Crabb,
Zor. Glog. Bräu, Gehrad
1.50, Hofe 1.00, Wette 50 Pf.

Zeperniek-Bernau.
Bargelle von 300 M. an (ca. 90 R.)
Reine Umhang u. langjährige Hypotheken. Blume gratis. Verkauf ständig am Bht. Zeperniek. J. Riogor, Berlin, Gontardstr. 5.

Große Firma vergibt
Teppiche, Gardinen, Stores, Steppdecken, Portieren
auf Teilzahlung ohne Anzahlung.
Reine Kasseler.
Giffre S. 100, „Vorwärts“-Spektion Auguststr. 50.

Haben Sie Stoff?
Ich fertige davon Anzug od. Paletot nach Maß, schick, smart, zarten, von 20 Mark an. **Moritz Laband,**
Neue Promenade, II. Südstr. 63.

Wir empfehlen:
Arbeiter-Gesundheitsbibliothek
Heft 11:
Frauenleiden u. deren Verhütung.
Recht einem Anhang:
Die Verhütung der Schwangerschaft.
Von Dr. J. Zadok.
Preis 20 Pf.
Gute Ausgabe 50.—
Expedition des „Vorwärts“
Berlin SW., Lindenstr. 69, Laden.

